Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

24.Oktober 1973 Jg.1 Nr.5 Preis 50 Pfennig

AUS DEM INHALT

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)



Die Überlegenheit der israelischen Besatzer ist gebrochen

Das Interesse der Supermächte im Nahost - Krieg

Seit dem 6.Oktober haben die Armeen Ägyptens und Syriens und die Truppen des palästinensischen Widerstandes, unterstützt von den T ruppen anderer arabischer Staaten, den Kampf um die Befreiung der von Israel besetzten Gebiete wieder offensiv aufgenommen. Den ägyptischen Truppen ist es gelungen, die israelischen Stellungen am Suezkanal zu nehmen. Den syrischen Truppen ist es nach anfänglichen Geländegewinnen auf den Golanhöhen gelungen, die israelische Gegenoffensive aufzuhalten und die Israelis in einen zähen "Zermürbungskrieg" mit hohen Verlusten für die Israelis an Menschen und Material zu verwickeln. Ägypten und Syrien und die palästinensischen Truppen kämpfen einen gerechten Kampf zur Befreiung der von Israel besetzten Gebieten. Sie genießen deshalb die Unterstützung der meisten Staaten der Welt und aller fortschrittlichen Kräfte.

Seit mehreren Tagen nun liegen die feindlichen Armeen in festen Fronten einander gegenüber. Keine von beiden kann zur Zeit den gleichwertig ausgerüsteten und organisierten Gegner schlagen, nur eine klare Überlegenheit in der Ausrüstung könnte in dieser Phase die Entscheidung bringen. Die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion verhindern diese Entscheidung, indem sie die Verluste der kriegsführenden Parteien immer wieder auffüllen und damit einerVerschiebung des Gleichgewichts der Kräfte zuvorkommen. Zugleich bemühen sie sich fieberhaft, einen Waffenstillstand zu erzwingen, bevor eine der beiden Seiten einen entscheidenden Vorteil errungen hat.

DIE ZIELE DER SUPERMÄCHTE

Die beiden Supermächte, die imperialistischen USA und die sozialimperialistische Sowjetunion, suchen eine Beendigung der Kämpfe im Nahen Osten im Namen der "Entspannung" und des "Weltfriedens". Sie versuchen, ihre Interessen abzugrenzen und sich gegenseitig zu garantieren, sie wollen sich als Repräsentanten imperialistischer Mächte die Weltherrschaft sichern und zugleich wollen sie einander ihre Einflußsphären nehmen und abjagen, ohne durch gewaltsame Konflikte untereinander ihrer beider Herrschaft zu gefährden.

Die Sowjetunion und die USA befinden sich im Nahen Osten in einem heftigen Konkurrenzkampf um den wirtschaftlichen und. strategischen Einfluß. Beide kämpfen um die Ausbeutung und Kontrolle des Öls, beide wollen die Herrschaft über die Märkte und Verkehrsstraßen des Nahen Ostens. Zugleich finden sie sich in einer Front gegenüber den Völkern des Nahen Ostens. Beide haben kein Interesse daran, daß diese Völker ihre Länder vollständig vom Imperialismus befreien und aufbauen ohne jede Kontrolle und Herrschaft fremder Mächte. Beide Supermächte stützen sich auf Regimes, die sie von sich abhängig halten wollen, und die sie als Vertreter ihrer Interessen einsetzen.

DIE SOWJETUNION

Die Sowjetunion versucht vor allem die arabischen Republiken Ägypten, Syrien und den Irak von sich abhängig zu halten. In ihrem Konkurrenzkampf mit den USA nutzt die Sowjetunion den Widerspruch zwischen den israelischen Aggressoren und den arabischen Völkern und Staaten aus, um die arabischen Republiken durch Waffenverkäufe und eine marktschreierische Propaganda an sich zu binden. Auch nutzt sie die Bestrebungen dieser Länder, ihre Wirtschaft von der Herrschaft der imperialistischen Monopole zu befreien, um sich an deren Stelle zu setzen. Sie ist der Feind jeder revolutionären Bewegung, die die wirkliche Unabhängigkeit der nahöstlichen Völker erstrebt. Deshalb hat sie das Massaker des jordanischen Regimes an der palästinensischen Widerstandsbewegung im September 1970 geduldet, indem sie die syrische Armee hinderte,einzugreifen. Und sie ist auch nicht an einem Sieg der arabischen Republiken über Israel interessiert, der ein Ende der waffentechnischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Sozialimperialismus bedeuten könnte. Ihre Politik besteht darin, mit antiimperialistischen Phrasen und als angeblich Verbündete der unterdrückten Völker sich auf die Seite der vom Staat Israel angegriffenen und unterdrückten arabischen Völker zu stellen, zugleich aber zu verhindern, daß der Kampf dieser Völker erfolgreich ist und die besetzten arabischen Länder vollständig befreit werden. Sie versucht den Widerspruch zwischen den arabischen Völkern und Israel einzufrieren, zu verhindern, daß er sich in der einen oder anderen Weise löst, um möglichst lange die Schwäche und Niederlage der arabischen Völker auszubeuten.

DIE USA

Zur Unterdrückung jeder revolutionären und antiimperialistischen Bewegung stützen sich die USA in erster Linie auf Israel und auf die reaktionären arabischen Monarchien Jordanien, Saudi-Arabien und die Scheichtümer am Golf, sowie auf das Schah-Regime in Persien. Sie ermutigen und unterstützen diese reaktionären Regimes immer wieder bei Überfällen und Erpressungen gegen ihre eigenen Völker und die Völker der benachbarten Staaten.

So wird Persien bei Überfällen gegen den Irak und die Befreiungsbewegung am Golf ebenso unterstützt wie Saudi-Arabien bei seiner Aggression gegen die Demokratische Volksrepublik Jemen und Israel bei seinen Angriffskriegen gegen seine Nachbarstaaten und das palästinensische Volk.

Auch die USA verstehen die Widersprüche, in denen sich die arabischen Staaten zum neuen Imperialismus der Sowjetunion befinden, zu nutzen. Während sie Israel massiv und mit den modernsten Waffensystemen ausrüsten, haben sie längst wieder enge wirtschaftliche und politische Beziehungen zum ägyptischen Regime angeknüpft. Seit 1971 kann das amerikanische Kapital wieder ganz unge-

Fortsetzung nächste Seite oben

NORDBADEN
NORDWÜRTTEMBERG

Trotz Kampfbereitschaft IGM-Führung verhindert Kampf

Am Samstagnachmittag nach dreitägigem Schwerpunktstreik bei Daimler-Benz im Raum Stuttgart und bei Bosch-Feuerbach hat sich die IGM-Führung mit den Metallkapitalisten über den neuen Lohnrahmen II geeinigt. Das Ergebnis für die Metaller in Nordwürttemberg/Nordbaden liegt noch unter dem Schlichtungsspruch! Dennoch kann sich IGM-Bezirksleiter Steinkühler nicht genug tun, das Ergebnis als Jahrhundertergebnis anzupreisen. Der Abschluß werde bestimmt in die Geschichte der Tarifauseinandersetzungen eingehen, meinte Steinkühler unmittelbar nach dem Abschluß. Damit mag er Recht haben. Aber wenn dieser Abschluß in die Geschichte eingeht, dann nur als ein besonders dreistes Stück sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik.

Die Auseinandersetzung in Nordwürttemberg/Nordbaden kann nicht richtig verstanden werden, wenn man sich nicht überlegt, in welcher Situation sie stattgefunden hat. Von seiten der Gewerkschaftsführung aus ist sie Teil einer umfassenden Politik, um die neue Kampfbereitschaft der Arbeiter zu brechen und die Arbeiter wieder an die Zügel zu nehmen. Dies ist für die Gewerkschaftsführung notwendig, denn die Arbeiter sind gerade dabei, sich von ihr zu lösen und selbständig und gegen den Willen der Gewerkschaftsführung den Kampf gegen die Kapitalisten aufzunehmen. In dieser Situation muß die Gewerkschaftsführung darangehen, die Arbeiter in



Streik nur bei Bosch u.Benz Stuttgart

Scheinkämpfe zu verstricken, künstliche Niederlagen herbeizuführen und die Arbeiter in die Resignation zu treiben, um ihre frühere Position zurückzugewinnen. Dies ist die Taktik der Gewerkschaftsführung auch für die kommenden Tarifauseinandersetzungen. In Nordwürttemberg/Nordbaden kann man diese Taktik studieren.

MIT DER AUFSTELLUNG DER FORDERUNGEN FÄNGT DER BETRUG AN

Die Verschärfung der Arbeitshetze bei gleichzeitiger Senkung des Reallohns macht für die Arbeiter zweierlei notwendig: Kampf gegen den zunehmenden Verschleiß der Arbeitskraft und Kampf für die Erhöhung des Reallohns. Das sind zwei Seiten einer Sache: der Verteidigung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter. Der erste Trick der Gewerkschaftsführung besteht darin, daß sie die beiden Seiten der Sache auseinanderzerrt und sie gegeneinander ausspielt. Die Arbeiter hatten im Kampf gegen Teuerung den Kampf für mehr Lohn aufgenommen, die Gewerkschaftsführung stellte dagegen die Auseinandersetzung um den Lohnrahmentarif. Lohnforderungen werden gegen Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen ausgespielt und umgekehrt. Mal so rum und andersrum, aber immer zum Schaden der Arbeiter.

Das bedeutet die erste Schwächung des Kampfes der Arbeiter. Der zweite Trick besteht darin, den Kampf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in unendlich viele Forderungen aufzulösen und in ein höchst kompliziertes System einzelner Forderungen umzuwandeln, so daß jede einzelne Forderung unbedeutend wird und ein entschlossener Kampf um die entscheidenden Forderungen von vornherein unmöglich ist. So wird nicht etwa der Kampf für Verkürzung des Normalarbeitstages und für Verlängerung des Urlaubs, der Kampf gegen das Akkordsystem und für die Existenzsicherung der älteren Arbeiter als ein Kampf geführt, der alle Arbeiter gleichermaßen angeht – nein, diese höchst einfachen Dinge, die untrennbar miteinander verbunden sind, werden auseinandergenommen, in ganz verschiedenen Verträgen behandelt und niemals als Forderungen eines Kampfes auf die Tagesordnung gesetzt. Darin besteht der zweite Betrug der Gewerkschaftsführung.

Der dritte Trick besteht darin, die Forderungen, die die Gewerkschaftsführung dann tatsächlich aufstellt, so niedrig wie möglich zu halten, und gleichzeitig ein großes Geschrei darüber anzustimmen, daß die Erfüllung dieser Forderungen eine entscheidende Verbesserung der "Qualität des Lebens" bedeute. Das bedeutet den dritten Betrug an den Arbeitern.

Diese Tricks und Betrugsmanöver sind natürlich nur möglich, wenn die Forderungen hinter dem Rücken der Arbeiter aufgestellt werden und die Arbeiter erst dann von den Forderungen unterrichtet werden, wenn sie bereits von der Gewerkschaftsführung beschlossen sind. Darin besteht der vierte Betrug der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung.

Der fünfte Trick der Gewerkschaftsführung besteht darin, die vorhandene Kampfbereitschaft der Arbeiter zunächst auf die Mühlen ihrer falschen und unzureichenden Forderungen zu lenken, um im Bedarfsfall ein respektables Urabstimmungsergebnis zustande zu bringen. Hat sie dieses Urabstimmungsergebnis in der Tasche, dann tut sie alles, um den tatsächlichen Kampf zu sabotieren: Hinauszögerung des Streiks, Zersplitterung des Streiks durch sogenannte Schwerpunkttaktik, Druck auf die Arbeiter und Belegschaften, die sich dieser Taktik nicht beugen wollen.

Mit dem Urabstimmungsergebnis in der Tasche und unter Hinweis auf die Gefahr der Ausweitung der Streiks setzt sie sich dann wieder mit den Kapitalisten an den Tisch und hofft auf irgendein minimales Zugeständnis der Kapitalisten auf die völlig unzureichenden Forderungen. Gelingt ihr dieses minimale Zugeständnis, das meist noch unter dem vorausgegangenen Schlichtungsspruch liegt, dann stellen sich die Gewerkschaftsführer vor die Arbeiter hin und sagen, sie hätten ohne jedes große Opfer allein durch ihre schlaue Taktik einen ungeheuren Erfolg erzielt, der bestimmt in die Geschichte eingehen werde. Darin besteht der sechste Trick der Gewerkschaftsführung.

Der siebte Trick besteht dann darin, das Ergebnis, das in jeder Hinsicht unter Ausschaltung der Arbeiter zustandegekommen ist, einer neuen Urabstimmung vorzulegen, und wenn nicht 75 % aller Stimmen gegen dieses Ergebnis abgegeben werden, das Ganze als Ergebnis der demokratischen Willensbildung der Kollegen hinzustellen.

In Nordwürttemberg/Nordbaden ist es der Gewerkschaftsführung, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, noch einmal gelungen, diese ganze üble Schmierenkomödie sozialdemokratischer Tarifpolitik über die Bühne zu bringen. Zwar steht die Urabstimmung zur Zeit der Abfassung dieses Artikels noch aus, doch kann die IG Metall-Führung darauf hoffen, daß die meisten IGM-Mitglieder die ganze Sache inzwischen schon so satt haben, daß sie entweder gar nicht mehr zur Abstimmung gehen und daß keine 75 % mehr für die Fortsetzung eines Streiks zusammenkommen, den die Sozialdemokraten schon längst in einen Scheinkampf verwandelt haben.

Fortsetzung S. 4 oben

Das Interesse der Supermächte (Fortsetzung v. S.1)

hindert nach Ägypten einströmen und der sowjetische Einfluß sinkt. Jetzt werden die Amerikaner eine Pipeline zwischen dem Roten Meer und dem Mittelmeer bauen, die den Suez-Kanal als Transportweg für Erdöl überflüssig macht und damit dessen strategischen Wert für die Israelis senkt. Politisch unterstützen die Amerikaner das Sadat-Regime in seinem antikommunistischen und antirevolutionären Kurs nach innen und seiner immer enger werdenden Freundschaft mit dem erzreaktionären saudiarabischen Regime. Obwohl sie Israel, ihren Hauptstützpunkt im Nahen Osten, weder aufgeben noch entscheidend schwächen lassen können und sie ihn deshalb militärisch mit ihrem ganzen Waffenarsenal unterstützen, sind sie doch bereit, dem ägyptischen Regime entgegenzukommen, einen Teil seiner Forderungen anzuerkennen und einem Waffenstillstand unter den jetzigen für die arabischen Staaten relativ günstigen Bedingungen durchzusetzen.

DIE SUPERMÄCHTE WOLLEN DEN GEGENWÄRTIGEN ZUSTAND AUFRECHT ERHALTEN

"Der von den Supermächten aufrechterhaltene und geschaffene Zustand von weder Krieg noch Frieden paßt ihnen am besten bei ihren Anstrengungen, sich gegenseitig Einflußsphären, Ölquellen und strategische Positionen streitig zu machen" (Rede des chinesischen Chefdelegierten bei den Vereinten Nationen, Kiao Kuanghua am 2.10.73).

Die beiden Supermächte befinden sich in einem Zustand heftigster Rivalität und haben dennoch alles Interesse daran, die Regime, auf die sich der jeweilige Rivale stützt, zu erhalten und vor dem Untergang zu bewahren. "Dem Anschein nach unterstützt jede der beiden Supermächte eine der beiden Seiten. – In Wirklichkeit muß man aber an zwei Tonfiguren denken, die geknetet wurden und dann in zwei neue Figuren umgeformt wurden, von denen dann jede einen Teil der anderen trägt." Als Beispiel für dieses Doppelspiel der Supermächte nennt Kiao Kuanghua das Verhältnis der Sowjetunion zu Israel: "Nehmen wir den Fall des israelischen Aggressors. Könnte er sich so arrogant und selbstherrlich aufführen, wenn er nur Gewehre und Kanonen von den Vereinigten Staaten erhielte, ohne daß die Sowjetunion ihn mit Menschen versorgte?"

FRIEDENSPLÄNE

Um ihr Doppelspiel mit den Staaten und Völkern des Nahen Ostens durchzuführen, spielen die Supermächte Völker und Staaten gegeneinander aus und versuchen zugleich, die Kräfteverhältnisse zu regeln und zu sichern. Diesem Zweck dienen die zahllosen "Pläne zur friedlichen Lösung" des Nahost-Konfliktes, die seit 1967 produziert wurden und denen allen eins gemeinsam ist, daß sie nämlich die bestehenden Verhältnisse erhalten wollen und vor allem dem israelischen Aggressor große Strecken des von ihm widerrechtlich besetzten Gebietes garantieren. Der jüngste dieser Pläne ist ein Waffenstillstandsplan, mit dem die Sowjetunion die jetzigen Kämpfe beenden will. Neben Waffenruhe und einem Teilrückzug der israelischen Streitkräfte aus den besetzen Gebieten sieht dieser "Friedensplan" vor allem eine Garantie der densplan" vor allem eine Garantie der neuen Grenzen durch eine direkte gemeinsame Kontrolle durch Truppen der beiden Supermächte vor.

Aber die Widersprüche zwischen Aggressoren und Angegriffenen, zwischen Unterdrückern und Unterdrückten lassen sich nicht einfrieren. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung und Völker wollen Revolution. Die Politik der halben Unterstützung, der defensiven Aufrüstung, die hohe Verschuldung, die diese Aufrüstung für das ägyptische Volk brachte, rief wachsende Unzufriedenheit im ägyptischen Volk und im ägyptischen Staatsapparat hervor. Die Ausweisung der sowjetischen Militärberater 1971 durch die ägyptische Regierung wurde vom ganzen ägyptischen Volk begrüßt, auch wenn es nicht mit der proamerikanischen Wendung einverstanden war, die das Sadat-Regime zur gleichen Zeit vornahm.

Die palästinensische Widerstandsbewegung hat trotz aller Empfehlungen, Mahnungen und Bestechungsversuche nie die von den Sozialimperialisten empfohlene Politik der "friedlichen Lösung" akzeptiert. Der Weg der palästinensischen Widerstandsbewegung, die breite Mobilisierung der Volksmassen im antiimperialistischen Kampf und die Vorbereitung des Volkskrieges gegen den israelischen Besatzer mit dem Ziel der Zerschlagung des reaktionären und proimperialistischen Staates, ist heute das Vorbild aller arabischen Völker. Sie fordern von ihren Regierungen, daß sie den gleichen Weg des unversöhnlichen Kampfes gegen die Aggressoren gehen.

Dieser Wille der arabischen Völker zum Kampf gegen imperialistische und zionistische Fremdherrschaft und Unterdrückung ist die Hauptkraft, auf die sich die arabischen Armeen bei ihrem Kampf zur Befreiung meen bei ihrem Kampf zur Befreiung der besetzten Gebiete stützen.

Der Widerspruch zwischen den unterentwickelt gehaltenen Staaten und den Supermächten hat sich verschärft und weiterentwickelt. Zusammen mit anderen ölproduzierenden Staaten haben sich eine Reihe von arabischen Staaten zur Organisation der Öl exportierenden Länder zusammengeschlossen (OPEC). Diese Organisation verhindert, daß die Supermächte und die großen Erdölmonopole, die fast den ganzen internationalen Erdölmarkt kontrollieren, einen Produzentenstaat gegen den anderen ausspielen und völlig willkürlich bei der Ausbeutung der Rohstoffreserven verfahren.

Angesichts der beginnenden weltweiten Zusammenarbeit der unterdrückten und abhängig gehaltenen Staaten ist der Unterdrückerstaat Israel isoliert. Fast nirgends findet Israel noch Unterstützung für seine Expansionspolitik. Zugleich ermöglicht die OPEC zum ersten Mal den armen Ländern, ihre Rohstoffschätze als Waffe und Druckmittel gegen den Imperialismus einzusetzen. Ägypten und Syrien können sich deshalb heute bei ihrem Versuch, die besetzten Gebiete zu befreien, auf eine breite internationale Solidarität stützen, die auch solche Staaten umfaßt, die traditionell dem Imperialismus hörig sind, wie z. B. Saudi-Arabien.

Dies alles bringt die Pläne der Supermächte zur Aufrechterhaltung des Zustands von "weder Krieg noch Frieden" und zur Aufrechterhaltung ihrer Vormachtstellung ins Wanken. Die Sowjetunion hat Ägypten und Syrien fast ausschließlich defensive Waffen gegeben, um zu verhindern, daß sie in die Lage kommen, die besetzen Gebiete aus eigener Kraft zu befreien. Ägypten und Syrien haben aber gestützt auf die internationale Solidarität im Schutze dieser Defensivwaffen vor allem der Luftabwehrraketen, die Initiative zur Befreiung der besetzen Gebiete ergriffen und ein Teil von ihnen zurückerobert. Sie haben die Pläne der Supermächte zur Kontrolle des Konflikts durchkreuzt und sind der Befreiung der von Israel unterdrückten arabischen Völkern ein Stück näher gerückt.

Die Supermächte versuchen jetzt alles, um ihre Kontrolle über die am Nahost-Konflikt beteiligten Staaten vollständig wiederherzustellen. Es wird ihnen auch gelingen, einen Waffenstillstand zu erzwingen, der dann wieder zu einem Zustand von "weder Krieg noch Frieden" führt. Vielleicht werden sie sogar den verbrecherischen Plan verwirklichen, eigene Truppen im Nahen Osten zu stationieren, die dann alle Versuche zur Befreiung der besetzten Gebiete brutal unterdrücken sollen. Das alles wird aber nicht verhindern können, daß die arabischen Völker weiterkämpfen bis zur endgültigen Befreiung der von Israel besetzten Gebiete und bis zur endgültigen Zerschlagung dieses Unterdrückerstaates.

J.N.

siehe auch Seite 9

Ein Sieg Kambodschas

UNO–AUFNAHME DER GRUNK STEHT BEVOR – UDSSR MUSS GRUNK ANERKENNEN

Die Sowjetunion muß die GRUNK anerkennen! Die UN-Vollversammlung hat mit überwältigender Mehrheit den Antrag auf Aufnahme der GRUNK in die UNO gestellt und gefordert, daß der Lon-Nol-Clique das Recht auf Vertretung des kambodschanischen Volkes entzogen wird.

Nachdem die Sowjetunion sich seit dem US-inszenierten Putsch von 1970 hartnäckig weigerte, die GRUNK als einzig legitime Vertretung des kambodschanischen Volkes anzuerkennen und Beziehungen mit der Lon-Nol-Clique unterhielt, ist sie nunmehr gezwungen, den Realitäten in Kambodscha Rechnung zu tragen und ihre Unterstützung für das hoffnungslos isolierte Lon-Nol-Regime aufzugeben.

Damit ist ihr Versuch gescheitert, durch Intrigen und Druck die GRUNK zu einem Waffenstillstand und zu einer Koalitionsregierung mit den Statthaltern des US-Imperialismus zu zwingen, um sich damit selber Einfluß auf die Entwicklung in Kambodscha zu verschaffen.

Das Eingeständnis des Scheiterns dieser Manöver ist ein großer Sieg der konsequent antiimperialistischen Haltung des kambodschanischen Volkes und seiner Geschlossenheit gegen jeden Feind.

Ein weiterer Sieg an der diplomatischen Front ist der Antrag auf Behandlung der Aufnahme der GRUNK in die UNO und Ausschluß der Lon-Nol–Clique. Die Vollversammlung nahm ihn mit 58 gegen 24 bei 29 Stimmenthaltungen an. Die Aufnahme können jetzt nur noch die US-Imperialisten verhindern, die sich ein Veto-Recht in der UNO erpreßt haben.

Rücktritt aus SPD-Arbeitnehmerausschuss

Mit der Aktivierung der Arbeitnehmerausschüsse versucht die SPD, ihren verlorenen Einfluß in den Betrieben wiederzugewinnen. Doch die Ablehnung der SPD-Politik wird immer breiter, wie das folgende Dokument zeigt:

Liebe Genossinen, liebe Genossen!
Liebe Kolleginen, liebe Kollegen!

Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt als Vorsitzender des Arbeitsausschusses für Arbeitnehmerfragen im Unterbezirk Göttingen der SPD. Ich bin Mitglied der IG Chemie Papier Keramik seit 1957 und seit 1967 Betriebsratsvorsitzender in einem Industriebetrieb mittlerer Größe.

Begründung: Seit über 10 Jahren bin ich Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Ich bin derzeit in die Partei eingetreten, weil ich der Meinung war, daß die SPD Arbeiterinteressen vertritt. Die Parteipolitik gab mir und meinen Kollegen in letzter Zeit häufigen Anlaß zur Kritik. Ich habe mich zum Vorsitzenden in der Hoffnung wählen lassen, mit Hilfe dieses Amtes Arbeiterpolitik in der SPD zu machen. Diesen Schritt hatte ich aber nicht mit meinen Kollegen im Betrieb und in der Gewerkschaft besprochen. Nach erfolgter Wahl entspann sich eine rege Diskussion mit meinen Kollegen, die mich zu meinem Rücktritt veranlaßt hat. Im einzelnen ergab die Diskussion folgende Gründe für meinen Rücktritt: Die offizielle Konzeption für die Arbeit der AfA (Richtlinien) bedeutet, SPD-Politik im Betrieb und in der Gewerkschaft durchzusetzen. Das würde für mich bedeuten, nicht in erster Linie die Interessen der Kollegen, sondern die der Partei zu vertreten. Dazu bin ich nicht bereit, weil die SPD-Politik in vielen Punkten den Interessen der Arbeiter zuwiderläuft. In der Diskussion wurde dies besonders an folgenden Punkten deutlich:

–In einer internen Präsidialsitzung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) appellierte unser Parteigenosse Helmut Schmidt "an die Wirtschaft, mit Rücksicht auf die kritische öffentliche Stimmung, um zurückhaltende Gewinnveröffentlichungen bemüht zu sein"! (Spiegel Nr.34, 20.8.) Dieser Mitteilung wurde bisher nicht widersprochen. Der Appell bedeutet einen Aufruf zur Irreführung der Arbeiterschaft! – Der Parteivorstand hat sich offiziell von den spontanen Streiks distanziert. Meine Kollegen vertreten wie ich die Meinung, daß diese spontanen Streiks wegen der Preistreiberei der Unternehmer notwendig und gerecht sind, um den Lebensstandard der Arbeiter zu erhalten. Wir sind auch empört über die Polizeieinsätze bei verschiedenen Streiks (Ford, Hella usw.), die führende Parteigenossen verantwortet bzw. gebilligt haben. – Die ständigen Mahnungen, mit den Lohnforderungen zurückhaltend zu sein, widersprechen den Interessen der Arbeiter. – 1952 hat die SPD das Betriebsverfassungsgesetz - gerade auch wegen der Friedenspflicht - abgelehnt. 1972 hat die Partei das neue Betriebsverfassungsgesetz durchgesetzt, das immer noch die Friedenspflicht enthält! – Durch progressive Besteuerung der Löhne werden die Reallöhne weiter in erheblichem Maß gemindert. Auch das hat die Partei zu verantworten.

Diese Punkte haben mir gezeigt, wie die offizielle SPD-Politik den Arbeiterinteressen entgegenläuft. Wir haben diskutiert, ob man mit Hilfe des AfA dieser Politik eine Arbeiterpolitik mit Aussicht auf Erfolg entgegensetzen kann. Besonders zwei Tatsachen haben mir gezeigt, daß diese Möglichkeit nicht besteht: 1. Auf dem Parteitag in Hannover wurde klar, daß die Parteipolitik nicht vom Parteitag, sondern von der Regierung und der Bundestagsfraktion der SPD festgelegt wird. Das zeigt, daß die Mitgliedschaft keinen entscheidenden Einfluß auf die Parteipolitik nehmen kann. 2. Im August und September entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über die spontanen Streiks auch in der Partei. Diese Diskussion und besonders die Kritik an den offiziellen Stellungnahmen der Partei wurde vom Vorstand abgewürgt. Das zeigt, daß die Parteiführung alle die Genossen, die für eine Arbeiterpolitik eintreten, unterdrückt.

Die Argumente meiner Kollegen gegen die Ausübung einer Funktion als Vorsitzender des AfA haben mich überzeugt. Deshalb trete ich als Vorsitzender des AfA im Unterbezirk Göttingen zurück. – gez. Alwin Brückner.

Im Sumpf - König opfert seine Dame

NIXON LÄSST AGNEW FALLEN



Der amerikanische Vize-Präsident Agnew mußte zurücktreten, nachdem er wegen Steuerhinterziehung zu 10 000 Dollar Strafe und 3 Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden war und nachdem ihn Nixon fallengelassen hatte. Aber dieses Opfer scheint Nixon wenig zu nützen, denn der Widerstand gegen seine korrupte Amtsführung und seine laufenden Gesetzesbrüche verstärkt sich auch im Kongreß, wo inzwischen mit einer Mehrheit für ein Abberufungsverfahren (impeachment) gerechnet wird.

In seiner sentimentalen Abschiedsrede an das amerikanische Volk, die vom AFN live übertragen wurde, behauptete Agnew, er sei unschuldig und hätte sich nur deswegen schuldig bekannt, um Amerika die Beschäftigung mit seinen eigentlichen Problemen wieder zu ermöglichen.

In diesem heuchlerischen Argument steckt ein richtiger Kern: Agnew mußte gehen, um den Eindruck zu erwecken, es gäbe noch moralischen Anstand und Gerechtigkeit unter der Nixon-Regierung, und um so dem Kampf gegen die Korruption der bürgerlichen Politiker die Spitze abzubrechen.

Agnew sagte auch, und das ist in entlarvender Weise wahr, das was er getan hätte, sei durchaus üblich: Als Politiker müsse er Gelder für den Wahlkampf auftreiben, und da sei es immer so, daß die großen Firmen, die günstige Aufträge von der Regierung erhalten haben, immer die ersten sind, die spenden wollen. Das soll Agnew reinwaschen; in Wirklichkeit zeigt es aber die Verfilzung von Monopolkapital und bürgerlichen Parteien an einem deutlichen Beispiel: Eine Hand wäscht die andere, und eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Warum wurde nun aber doch der Krähe Agnew ein Auge ausgekackt? Warum ist es zu den zahlreichen "gezielten Indiskretionen" auf höchster Ebene gekommen, die dann zum Prozeß und Sturz von Agnew geführt haben? Es gibt kaum einen Zweifel daran, daß dies auf Anweisung von Nixon geschah: Indem er seinen Kompagnon fallen ließ, wollte er sich selber über die Runden bringen. Er opfert seine Dame und hofft dadurch selber dem Schach und dem drohenden Matt zu entgehen.

Agnews Nachfolger wird Gerald Ford sein, der seit 30 Jahren zu Nixons Spießgesellen gehört und immer alles getan hat, was Nixon von ihm wollte. Die bürgerlichen Zeitungen finden ihn etwas farblos, loben aber seine "konservative Grundsatztreue" (Welt), dank derer er immer herausgefunden hat, welche Gesetzesentwürfe Zugeständnisse an die Arbeiterklasse und das Volk beinhalteten und deshalb abgelehnt werden mußten (Ford ist seit 1965 Franktionsführer der Nixon-Partei im Kongreß). Er soll jetzt das Image der Nixon-Regierung wieder aufpolieren helfen, das durch die Watergate-Affäre schwer ramponiert ist.

Dabei ist auffallend, daß die Oppositionspartei, die "Demokraten", durch diese Krise keineswegs an Boden gewonnen haben. Es ist keineswegs so, daß sie auch nur den Versuch machen könnten, sich als Saubermänner hinzustellen – zu klar ist für alle Amerikaner geworden, daß die Korruptions-, Abhör- und Einbruchsaffären aufs Konto der bürgerlichen Parteien insgesamt gehen, daß die Politik des Kapitals gehören wie das Salz zur Suppe.

Fr.

Friedensnobelpreismanöver

NOBELPREIS AN KISSINGER UND LE DUC THO VERLIEHEN, IDEOLOGISCHES MANÖVER IM VORFELD DER NEUEN IMPERIALISTISCHEN AGRESSIONSSTRATEGIE DER USA

Am 16.10. wurde Kissinger und Le Duc Tho der Friedensnobelpreis verliehen. Die Verleihung des Friedensnobelpreises ist Teil der derzeitigen ideologischen Offensive der Imperialisten gegen das erwachende Bewußtsein der Völker in den Metropolen. Schon Brandt hat bei der Friedensnobelpreisverleihung in Oslo 1971 die richtige imperialistische Gesinnung demonstriert, indem er erklärte, daß "seine Freundschaft den USA umso mehr gehören wird, je schwerer dieses Land an seinen Bürden zu tragen hat".

Dann war tatsächlich Nixon im Gespräch, den Friedensnobelpreis zu erhalten. Aber die Verleihung an Kissinger, der nichts anderes ist, als der planende Kopf der imperialistischen Politik Nixons, und zugleich an Le Duc Tho, den Unterhändler Nordvietnams, ist ein ungleich hinterhältiger Schritt, mit dem die imperialistische Erpresserpolitik der USA zur Friedenspolitik gemacht und zusätzlich Le Duc Tho für dieses Manöver mitbenutzt werden soll.

WIE SIEHT KISSINGERS FRIEDENSSTRATEGIE AUS?

Die bürgerliche Presse bemühte sich stets,Kissinger als Friedensunterhändler und Nixon im Widerspruch zu ihm als reinen Gewaltpolitiker darzustellen. Tatsächlich sind sich Nixon und Kissinger in den Prinzipien ihrer Außenpolitik einig: Dreinschlagen und gleichzeitig verhandeln.

Beide gehen davon aus, daß **"der 3.Weltkrieg bereits begonnen hat"**, dieser jedoch nicht in einer unmittelbaren Konfrontation zwischen den Großmächten, sondern in ständigen lokalen Kriegen gegen kleine Völker auf ihrem eigenen Territorium zu führen ist. Wenn es auch keinen wirklichen Frieden gibt, so soll doch ein stabiles System der Konterrevolution in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion die Möglichkeit schaffen, jede revolutionäre Bewegung zu unterdrücken und Kriege örtlich "begrenzt" zu halten.

Um derartige lokale Kriege siegreich führen zu können, dürfe nicht zaghaft, allmählich eskaliert werden, ein Fehler, den sie Kennedy und Johnson vorwerfen, und es dürfe nicht abwechselnd gekämpft und verhandelt werden, sondern müsse schlagartig eskaliert werden, wie die Invasionen von Kambodscha und Laos, die Bombardierungen der Deiche Nordvietnams und Hanois und Haiphongs im Dezember 1972 demonstrierten. Die grundsätzliche Bereitschaft, auch Atomwaffen einzusetzen, muß für den Gegner unmißverständlich deutlich sein und auch die Entschlossenheit zu einer "vorbeugenden Verteidigungsstrategie", die schon jede "Möglichkeit" einer Gefährdung imperialistischer Interessen im Ansatz zertritt und nicht wartet bis eine Bedrohung real ist. Dem Gegner müßten Verluste auferlegt werden, die im Mißverhältnis zu seinen Zielen stehen. Nach Indochina ist das Wüten der unter US-Regie agierenden chilenischen Junta das neueste Beispiel.

Rege diplomatische Aktivität hat gleichzeitig die Aufgabe, dem "Gegner hinreichend attraktive Verhandlungslösungen anzubieten, damit er in Atempausen die Möglichkeit hat, seinen Kampf einzustellen". Daneben muß sie den anderen Großmächten zeigen, daß die USA bestrebt sind, die Kriege 'begrenzt' zu halten und keine direkte Konfrontation mit der Sowjetunion und in Indochina auch mit der VR China sucht, – "obwohl eine Strategie des begrenzten Krieges nur entwickelt werden kann, wenn die USA keinen Zweifel daran läßt, daß sie auch bereit und fähig ist, eine direkte Konfrontation mit der Sowjetunion oder China durchzustehen." (Kissinger)

Die Niederlagen der direkten US-Kriegsführung in Indochina zwingen Kissinger/Nixon zu einer kostenbewußteren und zur Manipulation der Weltöffentlichkeit eher geeigneten Strategie. An die Stelle direkter Interventionen an jedem Brennpunkt wird versucht, ein weltweites System von Marionettenstaaten zu schaffen; es basiert darauf, daß andere Nationen als Hilfspolizisten direkt am Brennpunkt rekrutiert werden und das Hauptquartier der Weltpolizei weiterhin in Washington bleibt.

Deswegen wurden gleichzeitig mit der Reduzierung der amerikanischen Truppen in Südostasien und Aufgabe einiger Militärstützpunkte die Marionettenarmeen, ihr Polizei- und sonstiger Unterdrückungsapparat und andere Militärstützpunkte ungeheuer ausgebaut. Neben der weltweiten Anleitung dieses Systems soll die USA eine bestens ausgerüstete und schlagkräftige Truppe als Reserve unterhalten, die überall da, wo regionale Allianzen sich nicht alleine halten können, "das fehlende Quantum militärischer Macht" bereitstellen, das zum Sieg der Konterrevolution fehlt, wie sie es gerade in Israel demonstrieren.

Neben der Umrüstung in den USA und den Marionettenstaaten auf Berufsheere basiert diese Strategie auf dem "elektronischen Schlachtfeld" und dem "Galaxy C 5-A System von Lockheed". Der Lufttransporter Galaxy C-5-A, von dem bis Ende 1973 81 Maschinen einsatzbereit sein sollen, ist "mehr als das größte Flugzeug der Welt", 6-stöckig, fast so lang wie ein Fußballfeld, fast unabhängig von langen Landebahnen und Be- und Entladeeinrichtungen kann es 600 Mann in voller Ausrüstung an jeden Ort der Erde transportieren, und ist so gut wie ein Militärstützpunkt an fast jedem strategisch wichtigen Punkt der Erde. Erprobt wird diese neue Strategie jährlich beim großen Airlift der NATO-Manöver, in diesem Jahr unter der Bezeichnung Reforger V.

Auf diesem Hintergrund wird deutlich, daß der ganze derzeitige Friedensklamauk und die Weltreisen des Henry Kissinger nicht dem Frieden, sondern der Schaffung eines stabilen Systems der Konterrevolution dienen.

Der Kampf der Völker Indochinas hat jedoch gezeigt, daß weder Marionetten-Söldner, noch amerikanische See- und Luftunterstützung und Supertransporter Völker wirksam unterdrücken können, die entschlossen sind, ihre Befreiung zu erkämpfen. Andererseits, solange der Imperialismus die Völker unterdrücken kann, wird es keinen Frieden geben. –H.L.–

Die neue US-Manöverstrategie wird derzeit im Reforger V-Manöver getestet (siehe S.15) und auch in der großen Waffenbrücke für Israel (siehe S.10).

und gleichzeitig verhandeln.
Beide gehen davon aus, daß "der 3.Weltkrieg bereits begonnen hat", dieser jedoch nicht in einer unmittelbaren Konfrontation zwischen den Großmächten, sondern in ständigen lokalen Kriegen gegen kleine Völker auf ihrem eigenen Territorium zu führen ist. Wenn es auch keinen wirklichen Frieden gibt, so soll doch ein stabiles System der Konterrevolution in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion die Möglichkeit schaffen, jede revolutionäre Bewegung zu unterdrücken und Kriege örtlich "begrenzt" zu halten.
Um derartige lokale Kriege siegreich führen zu können, dürfe nicht zaghaft, allmählich eskaliert werden, ein Fehler, den sie Kennedy und Johnson
direkte Konfrontation mit der Sowjetunion oder China durchzustehen." (Kissinger)
Die Niederlagen der direkten US-Kriegsführung in Indochina zwingen Kissinger/Nixon zu einer kostenbewußteren und zur Manipulation der Weltöffentlichkeit eher geeigneten Strategie. An die Stelle direkter Interventionen an jedem Brennpunkt wird versucht, ein weltweites System von Marionettenstaaten zu schaffen; es basiert darauf, daß andere Nationen als Hilfspolizisten direkt am Brennpunkt rekrutiert werden und das Hauptquartier der Weltpolizei weiterhin in Washington bleibt.
Deswegen wurden gleichzeitig mit der Reduzierung der amerikanischen Truppen in Südostasien und Aufgabe
densklamauk und die Weltreisen des Henry Kissinger nicht dem Frieden, sondern der Schaffung eines stabilen Systems der Konterrevolution dienen.
Der Kampf der Völker Indochinas hat jedoch gezeigt, daß weder Marionetten-Söldner, noch amerikanische See- und Luftunterstützung und Supertransporter Völker wirksam unterdrücken können, die entschlossen sind, ihre Befreiung zu erkämpfen. Andererseits, solange der Imperialismus die Völker unterdrücken kann, wird es keinen Frieden geben. –H.L.–
Die neue US-Manöverstrategie wird derzeit im Reforger V-Manöver getestet (siehe S.15) und auch in der großen Waffenbrücke für Israel (siehe S.10).

Ölvertrag mit Iran

In den letzten Wochen wurde von der westdeutschen Presse der Abschluß eines Erdölvertrages mit dem Iran und Pläne der BRD für große Kapitalinvestitionen im Iran gemeldet. Ein Vertreter der Bundesregierung sprach von einer Phase der "engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit" der beiden Länder. Diese neue Phase der Zusammenarbeit zwischen der Bourgeoisie in Westdeutschland und dem reaktionären Schah-Regime wurde schon im April 1972 mit dem Besuch Willy Brandts im Iran eingeleitet und fand mit dem Abschluß einer Reihe von Verträgen über den Bau einer Erdölraffinerie und eines Stahlwerkes durch westdeutsche Unternehmen im Iran und über den Verkauf des Erdöls an die BRD ihren vorläufigen Höhepunkt. Zu der Unterzeichnung dieser Verträge reiste Wirtschaftsminister Friderichs Anfang Oktober an der Spitze einer Delegation in den Iran.

Das westdeutsche Kapital drängt entschlossen auf den Weltmärkten vorwärts. Da es bis jetzt sehr gering am internationalen Ölgeschäft beteiligt war, sucht es nach Gelegenheiten, um mit Förderländern günstige Verträge abzuschließen.

Hier bot sich der Iran als am geeignetsten an. Denn das volksfeindliche Regime des Schah war bereit, den BRD-Kapitalisten neben staatlicher Absicherung der Kapitalanlagen, Steuererleichterungen und bestmöglichem Transfer des Gewinns auch die Festsetzung des Erdölpreises auf längere Zeit zu gewährleisten. Die westdeutsche Bourgeoisie kann sich auf den Schah verlassen und weiß, wie es ein Regierungsexperte formulierte, "daß er nicht das Öl als eine politische Waffe gegen die BRD einsetzen wird."

Voraussetzung für den guten Einstieg in das internationale Ölgeschäft war die Verschmelzung der westdeutschen Ölunternehmen wie VEBA AG, Gelsenberg AG, u.a. zu einem großen Ölkonzern. Die Bildung dieses Konzerns, die von der Regierung schon eingeleitet worden ist, wird voraussichtlich noch 1,5 bis 2 Milliarden DM Steuergelder an Subventionen verschlucken.

Dieser einheitliche Ölkonzern soll sichern, daß den "Vertragspartnern" die Preise einheitlich diktiert werden können. Die Kosten für diese Pläne werden aber auf den Rücken des Volkes abgewälzt. Billigeres Benzin? Natürlich nicht, die Gewinnspanne wird vergrößert. Die Ölkonzerne haben in Westdeutschland die höchsten Gewinne von ganze Europa!

Durch diese Verträge schwächt das reaktionäre Schah-Regime die Position einiger nach Unabhängigkeit strebender arabischen Staaten und den antiimperialistischen Kampf der Völker im Nahen Osten. Die gemeinsame Kampffront der Erdölländer soll durch separate Abkommen sabotiert werden. Zugleich sichert sich das Schah-Regime die vollste finanzielle und militärische Unterstützung des BRD-Imperialismus bei der Unterdrückung des iranischen Volkes.

Ölpreise steigen, warum?
Wer seit Ausbruch des neuen Nahostkrieges gezwungen war, Heizöl zu kaufen, der durfte für den Liter statt vorher 20 jetzt zwischen 30 und 40 Pfennig auf den Tisch legen. Das hat aber mit dem Krieg und damit, daß der Großteil des Öls für westdeutschen Gebrauch aus den arabischen Ländern kommt, nichts zu tun. Keines dieser Länder hatte die Rohölpreise erhöht. Weswegen dann? Konzernmanager, Öl-Einzelhändler und Wirtschaftsminister Friderichs wissen übereinstimmend die Antwort: Schuld sind die Verbraucher mit ihren unvernünftigen Hamsterkäufen; sie hätten die Nachfrage derartig angeheizt, daß Preiserhöhungen die
sie in der Fernsehsendung REPORT am Montag vor acht Tagen von einem holländischen Ölgroßhändler ausgesprochen wurde. Er sagte sinngemäß: "Als Person bin ich gegen den Krieg im Nahen Osten. Als Händler muß ich sagen, der Krieg ist ein Glücksfall, den man ausnutzen muß." Das ist in der Tat der ganze Grund für die gestiegenen Ölpreise.
Nachdem nun die Händler die Kriegssituation ausgenutzt haben, haben am 16. Oktober die ölproduzierenden Länder des Nahen Ostens und des Persischen Golfs die Preise um 17 % erhöht. Das aber ist eine sehr geringe Erhöhung, denn selbst wenn die ölproduzierenden Länder die Rohöl-

Ölpreise steigen, warum?

Wer seit Ausbruch des neuen Nahostkrieges gezwungen war, Heizöl zu kaufen, der durfte für den Liter statt vorher 20 jetzt zwischen 30 und 40 Pfennig auf den Tisch legen. Das hat aber mit dem Krieg und damit, daß der Großteil des Öls für westdeutschen Gebrauch aus den arabischen Ländern kommt, nichts zu tun. Keines dieser Länder hatte die Rohölpreise erhöht. Weswegen dann? Konzernmanager, Öl-Einzelhändler und Wirtschaftsminister Friderichs wissen übereinstimmend die Antwort: Schuld sind die Verbraucher mit ihren unvernünftigen Hamsterkäufen; sie hätten die Nachfrage derartig angeheizt, daß Preiserhöhungen die zwangsläufige Folge waren.

In den allermeisten Fällen handelt es sich keineswegs um "Hamsterkäufe". Die Wahrheit ist sehr einfach, so wie sie in der Fernsehsendung **REPORT** am Montag vor acht Tagen von einem holländischen Ölgroßhändler ausgesprochen wurde. Er sagte sinngemäß: "Als Person bin ich gegen den Krieg im Nahen Osten. Als Händler muß ich sagen, der Krieg ist ein Glücksfall, den man ausnutzen muß." Das ist in der Tat der ganze Grund für die gestiegenen Ölpreise.

Nachdem nun die Händler die Kriegssituation ausgenutzt haben, haben am 16. Oktober die ölproduzierenden Länder des Nahen Ostens und des Persischen Golfs die Preise um 17 % erhöht. Das aber ist eine sehr geringe Erhöhung, denn selbst wenn die ölproduzierenden Länder die Rohölpreise verdoppeln würden, dann wirkt sich das auf die westdeutschen Benzinpreise allenfalls so aus, daß diese Preise pro Liter um 1 Pfennig steigen dürften.

Protest gegen Sprengkammern

WETZLARER NEUE ZEITUNG: STREIK GEGEN NACHRICHTENUNTERDRÜCKUNG

Am Freitag, dem 28.9., streikten 8 Redakteure der Dillkreisausgaben (Nordhessen) der Wetzlarer Neuen Zeitung (WNZ). Der Grund: Die Redaktion hatte eine Sonderseite verfaßt, die sich mit dem Bau von Sprengkammern im Dillkreis, der massive Proteste der Bevölkerung hervorgerufen hat, kritisch auseinandersetzte. Die Seite war fertig gesetzt und sollte in der Freitagausgabe erscheinen. Donnerstag Abend wurde sie vom stellvertretenden Chefredakteur Busch aus der Zeitung genommen.

Die Redakteure der Dillkreisausgaben legten daraufhin am Freitag Morgen die Arbeit nieder. Die Textmontage in Wetzlar wurde aufgefordert, sich zu solidarisieren und keine Artikel für den Lokalteil zu setzen.

Die Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen, wurde von den Redakteuren wiederholt abgelehnt. Nach rund fünf Stunden unterbreitete die Chefredaktion dann folgenden Vorschlag: Auf einer Konferenz aller Redakteure der WNZ soll über die Seite gesprochen und beschlossen werden, ob und was an der Seite geändert werden soll. Die 8 Redakteure gingen auf diesen Vorschlag ein und nahmen die Arbeit wieder auf. Damit hatten sie die Initiative aus der Hand gegeben und der Chefredaktion das Feld überlassen. Auf der Konferenz hatte die Chefredaktion dann auch keine Schwierigkeiten durchzusetzen, daß die Seite nicht erscheint. Begründet wurde das unter anderem damit, daß die Dokumentation nicht sachlich über die Sprengkammern informiere und einen Verrat militärischer Geheimnisse bedeute.

Einmal in der Initiative, ging die Chefredaktion sogar noch weiter. Am Dienstag, dem 9.10., wurden zwei der acht Redakteure fristlos entlassen. Unter anderem war ihnen auf der Konferenz vorgeworfen worden, das Gespräch, das einer der Redakteure mit Vertretern des Bundesverteidigungsministeriums geführt hatte, nur verkürzt und polemisch wiedergegeben zu haben. Nicht die Chefredaktion habe Nachrichten unterdrückt, sondern die Redakteure. Die Bevölkerung wußte es besser.

Durch die Empörung der Bevölkerung und durch die Proteste von Seiten der dju (Deutsche Journalisten Union) und der IG Druck geriet die Chefredaktion immer mehr in die Defensive. In dieser Situation wäre es notwendig gewesen, auch im Betrieb eine Front gegen die Entlassungen aufzubauen. Die wenigen streikbereiten Redakteure warteten jedoch ab, ob die IG Druck einen Solidaritätsstreik unterstützen würde.

Im technischen Bereich war die Kampfbereitschaft gering. "Sich mit Redakteuren solidarisieren? Nee. Die grüßen einen ja sonst noch nicht mal", sagten viele Kollegen, auch wenn sie der Meinung waren, daß die Seite abgedruckt werden sollte.

Eine geplante Betriebsversammlung fand nicht statt. Ein entlassener Redakteur, der zuvor in dem Verhalten der Geschäftsleitung Nachrichtenunterdrückung sah, kroch in den Arsch der Chefredaktion: Die Pressefreiheit sei bei der WNZ nicht in Frage gestellt.

Seine Stellungnahme beweist allerdings genau das Gegenteil: Die Chefredaktion braucht nur deshalb so selten Nachrichten so offensichtlich zu unterdrücken wie in diesem Fall, weil jeder Redakteur sich von vornherein auf die Seite der Bourgeoisie stellen muß, wenn er seinen Job behalten will.

Die Pressefreiheit wird nur dann verwirklicht werden können, wenn die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen die Macht haben und über die Produktionsmittel, die Druckmaschinen und Papierfabriken selbst bestimmen.

(zusammengefaßt nach einem Bericht der KG Wetzlar)

Wetzlar (Hessen). Die Karte rechts zeigt den Plan der Sprengkammern im Dillkreis. Wie auch schon in zahlreichen anderen Gebieten der Bundesrepublik sind bis jetzt 5 Dutzend Sprengkammern in den Straßen des Dillkreises eingebaut worden. Dagegen erhoben große Teile der Bevölkerung starken Protest. Diese NATO-Sprengpläne sind das Kriegsmittel der "verbrannten Erde". In der "Wetzlarer Neuen Zeitung" sollten am 28.9. die Leser informiert werden über Plan, Proteste und ein Gespräch mit Vertretern des Bundeskriegsministeriums in Bonn. Das Ministerium erklärte, schlimm sei, daß sich auch "ordentliche, vernünftige Bürger von Parolen verleiten ließen." Diese Seite wurde von der Geschäftsleitung aus der Zeitung herausgenommen. Die Bundeswehr ist eine Armee gegen das Volk, das wird immer deutlicher!



FORTSETZUNG VON SEITE 1

Trotz Kampfbereitschaft...... Kollegen wollten Streik

All diese Lektionen sozialdemokratischer Tarifpolitik hat die IGM-Führung in der Manteltarifauseinandersetzung den Metallarbeitern in Nordwürttemberg/Nordbaden wieder einmal erteilt. Dabei ist sie mit knapper Not um einen frontalen Zusammenstoß mit den Metallern herumgekommen. Denn wenn es auch in den Betrieben brodelte, in den Streiklokalen der bestreikten Betriebe über die Taktik der Gewerkschaftsführung geschimpft wurde und die Arbeiter in den nicht bestreikten Betrieben vor Wut kochten, so ist es doch gelungen, die Schwerpunkttaktik der Gewerkschaftsführung zu durchbrechen, neue Forderungen aufzustellen und im Rahmen des Tarifkampfes den selbständigen Kampf aufzunehmen. Insofern handelt es sich um einen Sieg der Gewerkschaftsführung – aber nicht um einen Sieg über die Metallkapitalisten, sondern um einen Sieg über die Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder und über all jene Kräfte in den Belegschaften, die die sozialdemokratische Gwerkschaftspolitik ein für allemal satt haben.

DIE TAKTIK DER IGM-FÜHRUNG IN NORDWÜRTTEMBERG/NORDBADEN IST TEIL EINES UMFASSENDEN MANÖVERS DER SOZIALDEMOKRATIE, UM DIE ERRUNGENE SELBSTÄNDIGKEIT DER ARBEITER ZU BRECHEN

In Nordwürttemberg/Nordbaden gab es einen Vorgeschmack auf die Taktik der IGM-Führung für die ganzen Tarifauseinandersetzungen der kommenden Zeit. Bekanntlich ist dieser Bezirk der kampfstärkste in der Metallindustrie. Die IGM-Führung hofft nun, diesen Bezirk aus dem Tarifkampf hinausmanövriert zu haben, sei es dadurch, daß den Arbeitern in Nordwürttemberg/Nordbaden die Lust vergangen ist, unter dieser Führung aufs Neue in den Kampf zu ziehen, sei es dadurch, daß es der Gewerkschaftsführung gelingt, den Metallern in diesem Bezirk einzureden, "jetzt müßten mal die andern den Kopf hinhalten". Ein weiterer Schachzug dieser Art ist die sofortige Aufnahme der Verhandlungen in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens, dem zweiten wichtigen Standbein der IGM. Dahinter steckt nichts weiter als der Versuch, die beiden wichtigsten Tarifgebiete aus dem allgemeinen Tarifkampf im Metall- und Stahlbereich herauszuhalten, um dann in den weniger entscheidenden Bezirken einen neuen Scheinkampf zu führen, zum Beispiel in Hamburg, Bremen oder im Saarland, und am Ende einen weiteren miserablen Abschluß vorzuweisen, der in die Geschichte des Tarifkampfs eingeht.

Es ist klar, daß diese Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung für sie selbst nicht ungefährlich ist. Selbst wenn sie es in diesem oder jedenm Fall noch einmal schafft, den selbständigen Kampf der Arbeiter zu hintertreiben und zu sabotieren, so erkennen doch immer mehr Kollegen, daß diese Taktik ihrem Wesen nach nicht gegen die Kapitalisten gerichtet ist, sondern gegen die Gewerkschaftsmitglieder und alle Arbeiter. In Nordwürttemberg/Nordbaden werden viele Kollegen diese Einsicht dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie sagen:
Nein zur sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung!
Nein zur sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik!
Lehnen wir das Ergebnis ab, stimmen wir in der Urabstimmung mit NEIN!

–E.R./J.S.–



Die Urabstimmung wird zu einem Manöver der Gewerkschaftsführung

"DAS EINFACHE MITGLIED VERSTEHT HALT DIE TAKTIK DES VORSTANDES NICHT" (Betriebsrätin Gerda Bohn, Mitglied des IGM-Hauptvorstandes)

Mannheim. Die Betriebsräte von John Deere hatten sich etwas besonders Schlaues ausgedacht: Während Bosch und Benz Stuttgart "schwerpunktstreikten", ordneten sie bei John Deere an, daß nur noch 8 Stunden pro Tag geschafft werden durfte. Das sollte eine Solidaritätsaktion für die streikenden Kollegen sein. Die Kollegen waren davon nicht begeistert. Sie liefen Sturm auf das Betriebsratsbüro und machten ihrem Herzen Luft: "So ein Schwachsinn! Da verlieren wir nur Geld, aber haben tun wir nichts davon. Das juckt den John Deere doch gar nicht. Wenn wir streiken, dann verlieren wir zwar auch Geld, aber dann wissen wir wenigstens, wofür! Wir wollen streiken, das ist die einzige Solidarität, die was bringt!"

Die Betriebsrätin Gerda Bohn, die gleichzeitig Mitglied des IGM-Hauptvorstandes ist, wußte darauf nichts besseres zu sagen als: "Das einfache Mitglied versteht halt die Taktik des Vorstands nicht!" Damit hat sich Gerda Bohn getäuscht. Zwar hat diesmal die Kraft nicht gereicht, die Taktik der Gewerkschaftsführung zu durchbrechen, Forderungen auf die Tagesordnung zu setzen und die Waffe des Streiks in die eigene Hand zu nehmen. Aber verstanden hat jeder die "Taktik" des V,orstands: nur den Kapitalisten nicht weh tun und die Arbeiter im Zaum halten – so lautet diese Taktik.

BOPP & REUTHER

Mannheim. Auf Druck der Belegschaft wurde am 15.5. in einer Vertrauensleuteversammlung eine Resolution zur Weiterleitung an die Streikleitung in Stuttgart und zur Veröffentlichung im "Mannheimer Morgen" verabschiedet, in der sofortige Einbeziehung von B & R und der Mannheimer Metallbetriebe in den Streik verlangt wurde. Der Betriebsrat und Vertrauensleutevorstand blockierte die Veröffentlichung als angeblich schädlich für die Gewerkschaft und leitete die Resolution nur nach Stuttgart weiter.

Der Unmut der Kollegen darüber, daß B & R nicht in den Streik einbezogen wurde, richtete sich gegen den Betriebsrat, als dieser zu Überstundenverweigerung aus Solidarität mit den Streikenden in Stuttgart aufforderte.

Die Kollegen sagten: Wir haben für **Streik** gestimmt, nicht für Überstundenverweigerung! Gegen den Widerstand einzelner Vertrauensleute und einiger Produktionsabteilungen konnten die Vertreter der SPD-Linie einen Vertrauensleutebeschluß für Überstundenverweigerung durchsetzen.

MWM

Mannheim. Bei den Mannheimer Motorenwerken war die Streikbereitschaft von Anfang an sehr groß. 91,7 % stimmten für Streik, das sind 3 % mehr als im Landesdurchschnitt, obwohl es bei MWM mehr Zeit- als Akkordlöhner gibt.
Kurze Zeit vor der Urabstimmung hat der Betriebsrat einem Vorschlag der MWM-Geschäftsleitung zugestimmt, bis auf weiteres voll zu arbeiten, d.h. mit Nachtschicht rund um die Uhr. Als dann am Montag auch noch bekannt wurde, daß MWM nicht in den Streik einbezogen ist, gingen die Kollegen zum Betriebsratsbüro.

Die Taktik der IGM-Führung
IG METALL-VORSTANDSMITGLIED AUF DER VERTRAUENSLEUTEKONFERENZ IN HAMBURG
Am 11.10. wurde von der IGM-Be- die IGM 40 Millionen kosten, eine d. h., daß die Kapitalisten z. B. ins-

91,7 % stimmten für Streik, das sind 3 % mehr als im Landesdurchschnitt, obwohl es bei MWM mehr Zeit- als Akkordlöhner gibt.
Kurze Zeit vor der Urabstimmung hat
mit Nachtschicht rund um die Uhr. Als dann am Montag auch noch bekannt wurde, daß MWM nicht in den Streik einbezogen ist, gingen die Kollegen zum Betriebsratsbüro.

Die Taktik der IGM-Führung

IG METALL-VORSTANDSMITGLIED AUF DER VERTRAUENSLEUTEKONFERENZ IN HAMBURG

Am 11.10. wurde von der IGM-Bezirksleitung Hamburg eine Versammlung aller VLK-Vorstände der Hamburger Metallbetriebe einberufen. Erschienen waren allerdings nur die Vorstände aus 38 Betrieben. Das entspricht ca. 90 Kollegen. Die Tatsache, daß nur ein Drittel aller Hamburger Betriebe anwesend war, gab dem IGM-Bezirksleiter zwar ständig Anlaß zu lamentieren, doch offensichtlich hatte er auch nicht mit mehr Kollegen gerechnet, denn der Raum, in dem die Versammlung stattfand, hatte nur gut 100 Plätze.

Bezirksleiter Otto v.Steeg sah seine wesentliche Aufgabe darin, den Anwesenden die Taktik der IGM-Führung für die kommende Tarifrunde zu erläutern. Dabei sind im wesentlichen drei Punkte hervorzuheben:

1. Die IGM-Bezirksleitung ist der Meinung, daß der Beschluß über die Lohnhöhe des Tarifbezirks, der als erster abschließt, beispielhaft für die anderen Tarifbezirke sein wird. Die Aufgabe, als erster abzuschließen, soll wahrscheinlich Hamburg, Bremen oder das Saarland übernehmen. O.v.Steeg "begründet": Wenn es zum Streik kommt, muß sich dieser in einem kleinen Tarifbezirk abspielen, denn das wird nicht so teuer. Eine Woche Streik in Nordbaden würde die IGM 40 Millionen kosten, eine Woche Streik in Nordrhein-Westfalen 80 Millionen. Diese Belastung sei zu hoch für die IGM.
2. In den verschiedenen Tarifgebieten soll der Schwerpunkt auf **verschiedene Forderungen** gelegt werden. Die IGM-Führung begründet diese Taktik mit der Existenz des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes, nach dem ausgeschlossene Kollegen in nichtbestreikten Gebieten kein Geld bekommen, wenn ihre Tarifforderungen die gleichen sind wie im bestreikten Gebiet. In Hamburg soll das Schwergewicht liegen auf
   - höhere Absicherung der Leistungszulage (in Hamburg werden gegenwärtig durchschnittlich 30 % gezahlt und 10 % abgesichert)
   - Einführung der Leistungszulage für Angestellte
   - Urlaubsverlängerung
   - Verkürzung der Laufzeit

   In Bremen soll ähnlich wie in Hamburg das Schwergewicht auf Urlaubsverlängerungen liegen, in Niedersachsen aber auf Erhöhung des Urlaubsgeldes.
3. Obwohl die Bezirksleitung offiziell keinen Vorschlag zur Höhe der Lohnforderung macht, empfiehlt sie, die Lohnforderungen im Zusammenhang der Gesamtbelastung zu diskutieren, d. h., daß die Kapitalisten z. B. insgesamt mit 20 % "belastet" werden, wobei 12 % die Lohnforderung ausmacht und die restlichen 8 % sich aus verlängertem Urlaub oder Erhöhung des Urlaubsgeldes ergeben. Die Rede des O.v.Steeg zeigt, daß es der IGM-Führung auch in diesem Jahr darum geht, einen Abschluß über die Bühne zu bringen, der den Kapitalisten nicht schadet und der Arbeiterklasse nichts nützt. Das Vorgehen der IGM-Führung bestätigt die Erfahrungen aus den Streikkämpfen: Es kommt darauf an, daß die Arbeiter ihre Interessen selbst vertreten und den Kampf um ihre Interessen selber organisieren, weil es sonst niemand für sie tut.

–C,K., Ortsgruppe Hamburg–

←—— · ——→

DIE TAKTIK DER SCHWÄCHUNG UND SPALTUNG FÜR DEN KOMMENDEN TARIFKAMPF PROPAGIERTEN MITGLIEDER DES IG METALL–VORSTANDES IN OFFENER WEISE BEI VERTRAUENSLEUTEVERSAMMLUNGEN IN SPEYER UND IN HAMBURG.

„Streiks verhindern"

IGM-VORSTAND VOR VERTRAUENSLEUTEN IN SPEYER

Speyer. Die Vertrauensleute-Versammlung der IG-Metall in Speyer sollte der Vorbereitung der Manteltarifrunde und der in sieben Wochen anstehenden Tarifrunde dienen. Aus diesem Grunde war **der Vertreter der IG-Metall in der Bundesrepublik (Betriebsrätebetreuung), Manfred Leiß,** extra aus Frankfurt angereist. Er sollte die Vertrauensleute in Speyer wieder auf den sozialdemokratischen Kurs der Gewerkschaftsführung bringen. Dies ist ihm allerdings gründlich mißlungen.

Leiß sagte, daß die spontanen Streiks der vergangenen Monate der IGM-Führung nicht gefallen hätten, daß bei Streiks "ein totaler Sieg nicht drin sei", daß verhindert werden muß, daß im Januar in Nordwürttemberg/Nordbaden schon wieder gestreikt würde, daß bei Aufstellung der Forderungen neue Maßstäbe gesetzt werden müßten, daß er den Betriebsräten und Vertrauensleuten dankbar sei, daß sie die vergangene Zeit ohne Schrammen durchgestanden hätten

Doch die Kollegen ließen sich nichts vormachen. Sie sagten klipp und klar, nicht noch einmal zugunsten der SPD-Regierung Einbußen hinnehmen zu wollen. Sie forderten eine breite Mobilisierung der Mitglieder, damit man möglichst stark in die nächste Tarifrunde gehe, und diese Stärke auch gegenüber der IGM-Führung zum Ausdruck bringen könne. Die "Tarifschuster" wurden davor gewarnt, die Forderungen der Kollegen aus den Betrieben schon vor dem Beginn der Verhandlungen herunterzuschrauben. In der Diskussion um die Höhe der Forderungen wurden 20 % und 1,50 DM aufgestellt. Eine Abstimmung über diese beiden Forderungen gab es nicht. Einstimmig wurde eine Resolution gegen die Bespitzelung und Registrierung von streikenden Arbeitern, die der baden-württembergische Innenminister Schieß angeordnet hat, verabschiedet.

Ortsaufbaugruppe Speyer

Betriebsversammlung bei VW

Zu der Betriebsversammlung am 2.10. war der größte Teil der Kollegen, um vom Stand der Vorbereitung der bevorstehenden Tarifverhandlungen zu erfahren.

Doch gerade zum Punkt mehr Lohn war im Bericht des Betriebsrats kaum die Rede.Zwar wies der stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrats R.Blank auf den Abschluß der 280,-DM Teuerungszulage für die Kollegen von VW hin und daß die Verhandlungen über die Absicherung dieser Teuerungszulage nahe vor dem Abschluß stehe – die Vorbereitung auf die kommende Tarifverhandlung wurde von ihm nur nebenbei erwähnt. Mit markigen Worten, die im gleichen Tenor wie die des Betriebsrates war, versuchte der IGM-Sekretär Kaufmann das Verlangen der Belegschaft nach einer hohen Tarifforderung auf die Mühle der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung zu lenken. Ihr Sand in die Augen zu streuen, um das Vertrauen in die Politik der Gewerkschaftsführung zu erneuern. Doch die VW-Belegschaft ist noch zu gut die Erfahrung mit dem eiligen Abschluß der 280,- DM Teuerungszulage im Gedächtnis. Sie weiß, was die Phrasen wie: "Wir werden euch gut informieren", "Es werden harte Verhandlungen werden" oder "auf euch kommt es an, ihr müßt uns den Rücken stärken" zu halten haben. Damals bekam die Belegschaft erst etwas über die Verhandlungen zu erfahren, als über die 280,- DM Einigung erzielt wurde. Wir wurden überfahren und abgespeißt.

Genau das wurde auch von den verschiedenen Diskussionsrednern dargelegt, daß der Betriebsrat es ausgezeichnet versteht, an den Problemen, die die Kollegen interessieren, vorbeizureden. Beispielhaft für die Politik des SPD-Betriebsrats in Wolfsburg ist es, daß die Belegschaft zum ersten Mal auf der Betriebsversammlung davon erfuhr, daß bereits Verhandlungen über die Absicherung der 280,- DM Teuerungszulage geführt werden. Die meisten Diskussionsredner gingen in ihren Beiträgen auf die Tarifforderungen ein. In den Diskussionsbeiträgen wurden verschiedene Forderungen dargelegt und begründet. Während einerseits die Notwendigkeit einer linearen Forderung umfassend dargelegt wurde, gab es auch Kollegen, die sich für eine Prozentforderung um 20 % aussprachen, was für VW eine Lohnerhöhung von DM 1,70 mehr pro Stunde ausmacht.

Das Geschwätz der sozialdemokratischen Betriebsratsfürsten wurde von einem Kollegen an verschiedenen Beispielen in scharfer Form entlarvt und dargelegt, daß man sich auf eine solche Politik nicht verlassen dürfe, sondern auf die eigene Kraft vertrauen muß. In einem Beitrag zeigte der Kollege auf, daß die Tarifverträge dann gekündigt werden müssen, sobald Preis- und Steuererhöhungen die Lohnerhöhungen der Werktätigen auffressen. Das durchzusetzen, so meinte der Kollege, dazu muß jedes Mittel recht sein. Er ging damit direkt auf eine Äußerung Leidings ein, der die Einhaltung der Tarifautonomie beschwor und doch den gewählten Gewerkschaftsvertretern zu vertrauen. Die "extremen Gruppen" dagegen, so Leiding, wollen nur Unruhe und Unsicherheit unter die Belegschaft bringen und die Tarifautonomie beseitigen. Auf diese Äußerungen war trotz gekonnter Kunstpausen eisige Stelle in der Halle.

Leiding, einer der mächtigsten Kapitalistenvertreter Westdeutschlands, zeigte auch relativ offen die Politik der westdeutschen Kapitalisten auf: Die Investitionen im Ausland verstärken (besonders in den Entwicklungsländern und in den USA) und die Ausbeutung im eigenen Land verschärfen. Die VW-Belegschaft bekommt bereits einen Vorgeschmack davon zu spüren. Mit dem Anlaufen der "Passat"-Produktion wurden Akkordhetze und Vorgabezeiten ungeheuer gesteigert, was sich auch in einer rapide ansteigenden Krankheitsquote ausdrückt. Leiding versuchte, diese Kollegen als Simulanten darzustellen und die Belegschaft gegen die "Krankmacher" aufzuhetzen. So sprachen denn auch einige Kollegen über die gesteigerte Arbeitshetze der Belegschaft aus dem Herzen, und ihre Aufforderung, sich das nicht gefallen zu lassen, wurde mit lautem Beifall unterstützt.

Betriebszelle VW

DEMAG-CONZ: KAMPF FÜR LINEARE FORDERUNGEN

Hamburg. Bei **DEMAG-CONZ** fand am 3. Oktober eine öffentliche Sitzung der Vertrauensleute statt. Die Forderung für die nächste Tarifrunde sollte verabschiedet werden. Im Betrieb hatten vorher Diskussionen stattgefunden. In einigen Abteilungen war dies allerdings durch eine Fragebogenaktion verhindert worden. **Jeder einzelne** sollte eine Forderung aufschreiben oder ankreuzen, ohne sich mit den anderen Kollegen zu beraten und eine gemeinsame Forderung zu beschließen.

Auf der öffentlichen Sitzung der Vertrauensleute wurde von den Vertrauensleuten, die geredet haben, vertreten, daß auf alle Fälle eine Forderung in Mark und Pfennig aufgestellt werden müsse zwischen 1.20 und 1.50 DM. Dem widersprach nur der Betriebsrat Rudolfs. Er meinte, es stimme nicht, daß das Brot für alle gleich teurer geworden sei. Er vertrat als einziger offen spalterische Prozentforderungen.

Nach dieser Diskussion hätte man erwartet, daß die Forderung 1.20 – 1.50 DM mehr pro Stunde mit großer Mehrheit durchkommt. Weit gefehlt! Wenn die Sozialdemokraten sich nicht mehr trauen, offen ihre arbeiterfeindliche Meinung zu vertreten, dann tun sie es eben bei der geheimen Abstimmung: Mit wenig Stimmen Merhheit setzten sie 20 % durch. Als Kompromiß wurde Rudolfs aufgefordert, nicht nur die 20 %, sondern das Abstimmungsergebnis insgesamt an die höheren Stellen weiterzuleiten.

Dieses Abstimmungsergebnis entspricht aber überhaupt nicht der Meinung der Kollegen im Betrieb.
Wir werden jetzt dafür sorgen, daß
- jetzt im Betrieb die Forderung 1.20 – 1.50 DM umso mehr verankert wird und
- daß wir unseren Vertrauensleuten genaue Aufträge erteilen.

Die Vertrauensleute müssen unsere Interessen vertreten und nicht ihr Parteibuch!

IGM Köln:

MARK– UND PFENNIG–FORDERUNGEN ABGEWÜRGT

Köln. Auf der Funktionärsversammlung vom 18.9.73 brachte der Vertrauensleutekörper der Firma Felten & Guilleaume einen Forderungskatalog ein, der die Interessen der Kollegen im Kampf gegen die Teuerung für ausreichende Lohnerhöhung formulierte.

20 % vom Ecklohn (Lohngruppe 7 = 5,88 DM) **linear**, das sind 1,18 DM für alle gleich;
203,– DM für alle Angestellten;
215,– DM für alle Lehrlinge + 40,– DM vorab für Lehrlinge unter 18 Jahren;
6 Monate Laufzeit;
Nach jedem Abschluß Urabstimmung.
Zusätzlich sollte die Gewerkschaft bei Regierung und Parlament vorstellig werden, um eine Steuerreform zugunsten der Arbeitnehmer durchzuführen.

Doch dieser Beschluß konnte in der IGM-Funktionärsversammlung in Köln am 18.9.1973 nicht durchgesetzt werden . Obwohl ein türkischer Kollege klar herausstellte, daß die Preiserhöhungen für alle gleich und deshalb auch Lohnforderungen in Mark und Pfennig für alle gleich notwendig sind und fast alle Kollegen Beifall für seine Rede gaben, konnten sich die örtlichen IGM-Führer durchsetzen und es wurde folgendes Paket als Antrag der Kölner Kollegen an die Tarifkommission verabschiedet:
20 % auf den Ecklohn 5,88 DM und die Lohngruppen 2, 8, 9, 10 und **1,18 DM linear für die Lohngruppen 3, 4, 5 und 6.**
Begründet wurde dies damit, daß nur der Lohnschlüssel für die Lohngruppen 3, 4, 5, 6 gekündigt werden könnte.

Diesen Forderungen wurde bei wenigen Gegenstimmen zugestimmt.
Zu den Verhandlungen um die neue Urlaubsregelung wurde folgender Antrag verabschiedet:
6 Wochen Urlaub für alle (Stufenplan bis 1976, Verdoppelung des Urlaubsgeldes).

In der anschließenden Aussprache zeigte es sich, daß die Kollegen nicht bereit sind, nach der Pfeife der Gewerkschaftsführer zu tanzen – sie forderten zum Beispiel den Austritt aus der Konzertierten Aktion bei nur wenigen Gegenstimmen.
Die Stimmung der Kollegen steht auf Sturm – wie einer formulierte: "Bis jetzt gab es das Diktat des Vorstands, jetzt muß das Diktat der Basis kommen!"
Nur wenn wir die große Mehrheit der Kollegen in einer Kampffront hinter fortschrittlichen Forderungen zusammenfassen, können wir den Lohnkampf konsequent führen.

–KBW-Ortsgruppe Köln–

ÖTV Freiburg: Tarifforderungen

Freiburg. Als erste der insgesamt 18 geplanten Mitgliederversammlungen der ÖTV Kreisverwaltung beschlossen die Mitglieder im Bereich der Hauptabteilung Land (Baden-Württemberg) ihre Forderungen für die Tarifrunde 1974. Die ca. 80 Kollegen kamen aus dem Bereich der Kliniken, der Kindergärten, der Justiz, des Geologischen Landesamtes und sonstiger Landesdienststellen. Die Versammlung beschloß bei wenigen Enthaltungen:
- 750,- DM Ausgleich für den Kaufkraftverlust von 1973
- eine Festgeldforderung von 300,- DM und 50,- DM mehr für jedes Kind
- 6 Monate Laufzeit der Tarifverträge
- Urabstimmung vor dem Abschluß
- Urlaubsgeld für jeden 500,- DM, zusätzlich 50,- DM für jedes Kind
- **tarifliche Absicherung aller Zuschläge**
- Auszahlung wennmöglich der neuen Löhne und Gehälter im Januar, d. h. frühzeitige Aufnahme der Verhandlungen.

Die Sekretäre der Verwaltung wurden verpflichtet, diese Forderungen in den anderen Mitgliederversammlungen und in der lokalen Presse bekanntzugeben. Dies erforderte eine Abstimmung. Gegen diese Selbstverständlichkeit wehrte sich der Sekretär, Kollege Wehrle, mit dem Argument wie " keine Zeit" und "ich hab' was besseres zu tun" wehrte. Das Mitglied des geschäftsführenden Kreisvorstandes Kiefer, der auch Mitglied der Großen Tarifkommission ist, zeigte, was er von demokratischen Abstimmungen hält. Direkt nach der Abstimmung über 300,- DM sagte Kiefer: "Wenn nun 250,- DM gefordert werden ...", als Zurufe ihn darauf aufmerksam machten, daß 300,- DM gefordert würden. Kiefer darauf: "Das spielt doch keine Rolle, dann sind es eben 300,- DM." Diese kleine "Unachtsamkeit" zeigte schlagend die Einstellung der SPD-Führer zu solchen Beschlüssen. Schon in seinem einleitenden Beitrag hatte Kollege Opitz empört berichtet, daß das Tarifsekretariat der ÖTV Baden-Württemberg in einer Vorlage für die Verwaltungsstellen von einem Einkommenszuwachs von 11 % für 1973 spricht und außerdem gegen die Forderung der Kollegen nicht für lineare, sondern für prozentuale Forderungen eintritt. Das alles zeigt, daß mit dem Beschluß der Mitgliederversammlung die richtigen Forderungen noch lange nicht durchgesetzt sind.

–M.–



„Ja, ja, alles steigt ständig!"

ABSCHLUSS IN DER PAPIERINDUSTRIE

Die Papiertarifrunde in Niedersachsen endete mit folgendem Ergebnis:
Lohngruppe 1, 2, 3 18,1 %;
Lohngruppen 4, 5, 6 73 Pfennig (13,8 – 14,2 %);
Lohngruppe 7 und 8 13 %, das sind 83 Pfennig für Lohngruppe 8 und 79 Pfennig für Lohngruppe 7;
Angestellte 12,9 %.
Viele Kollegen sagen, das sei der beste Abschluß seit langem. Jawohl, soviel gab es lange nicht mehr. Trotzdem muß das Ergebnis abgelehnt werden. Die Löhne in der Papierindustrie gehören zu den niedrigsten überhaupt. Ohne Überstunden, Durchfahrschichten und Prämien steht den Kollegen das Wasser bis zum Hals. Dennoch wollte die Gewerkschaftsführung mit einer 12 %-Forderung in die Tarifrunde gehen. Dagegen konnte in der Tarifkommission die Forderung von 150 DM, mindestens jedoch 15 % durchgesetzt werden, und in den kampfstärksten Betrieben wurden Forderungen in Mark und Pfennig zwischen 80 Pfennig und 1,10 DM aufgestellt. 150 DM einheitlich für alle war zuletzt die Forderung, und von dieser von ihr selbst beschlossenen Forderung ist die Tarifkommission abgegangen.

25 PFENNIG MEHR

In zwei Spanplattenwerken der Firma **Krages** in Hessen/Rheinland-Pfalz erkämpften die Arbeiter in einem selbständigen Streik eine Lohnerhöhung von 25 Pfennig pro Stunde für alle und die Erhaltung der Zulagen als Ausgleich für die Teuerung. An dem Streik beteiligten sich auch die spanischen Kollegen.

10 000 Unterschriften
POSTKOLLEGEN VERLEIHEN FORDERUNG NACHDRUCK
Auf der öffentlichen Vertrauensleutekonferenz der Ortsverwaltung Frankfurt der DPG am 28.Juni wurden folgende Forderungen aufgestellt:
KEINE VERSCHLECHTERUNG DER JETZIGEN ARBEITSZEITREGELUNG!
etwa 1 000 von 1 900 Beschäftigten und erklärten, daß sie keinesfalls tatenlos zusehen werden, wenn die Verschlechterung der Pausenregelung eingeführt würde. An dieser Versammlung nahmen außerdem Delegationen verschiedener Frankfurter Ämter teil.

Köln am 18.9.1973 nicht durchgesetzt werden . Obwohl ein türkischer Kollege klar herausstellte, daß die Preiserhöhungen für alle gleich und deshalb auch Lohnforderungen in Mark und Pfennig für alle gleich notwendig sind und fast alle Kollegen Beifall für seine Rede gaben, konnten sich die örtlichen IGM-Führer durchsetzen und es wurde folgendes Paket als Antrag der Kölner Kollegen an die
Sturm – wie einer formulierte: "Bis jetzt gab es das Diktat des Vorstands, jetzt muß das Diktat der Basis kommen!"
Nur wenn wir die große Mehrheit der Kollegen in einer Kampffront hinter fortschrittlichen Forderungen zusammenfassen, können wir den Lohnkampf konsequent führen.
–KBW-Ortsgruppe Köln–
25 PFENNIG MEHR
In zwei Spanplattenwerken der Firma Krages in Hessen/Rheinland-Pfalz erkämpften die Arbeiter in einem selbständigen Streik eine Lohnerhöhung von 25 Pfennig pro Stunde für alle und die Erhaltung der Zulagen als Ausgleich für die Teuerung. An dem Streik beteiligten sich auch die spanischen Kollegen.

Streik bei Steinway

Hamburg. In der Klavierfabrik **Steinway & Sons** demonstrierten die 300 Arbeiter am 5.10. in einem einstündigen Warnstreik, daß ein fauler Kompromiß in der diesjährigen Tarifrunde für sie nicht in Frage kommt. Der Demonstrationszug, der nach der Frühstückspause über den Hof und durch alle Abteilungen des Betriebs geführt wurde, verdeutlichte den Kollegen auch die "Aktivität" des sozialpartnerschaftlichen Betriebsrates: Er forderte die Kollegen auf, die Arbeit wegen der "Friedenspflicht" wieder aufzunehmen. Am Tag zuvor sollten die Kollegen bereits auf einer Unterschriftenliste, die durch den Betrieb ging, bekunden, daß sie sich von einem KBW-Flugblatt distanzierten, in dem zu einem Warnstreik aufgefordert wurde.

Anlaß des selbständigen Streiks war die am selben Tag stattfindende Lohntarifverhandlung, in der die Kapitalisten auf ihrem "Angebot" von 12,4 % = 91 Pfennig auf den Facharbeiterlohn beharrten. Die Tarifkommission war inzwischen von 17 % bei 13,7 % angelangt. Die gewerkschaftliche Abstimmung im Betrieb am darauffolgenden Montag bewies noch einmal: 91 % aller Steinway-Kollegen lehnten das Kapitalistenangebot entschieden ab.

Streiks bei Hanomag

GEGEN ANRECHNUNG DER TEUERUNGSZULAGE

Kassel/Bremen/Harburg. In verschiedenen Werken der Firma Hanomag Henschel kam es in der letzten Woche zu Streiks. In Kassel legten mehr als 4 000 Kollegen der Früh- und Normalschicht die Arbeit nieder, weil die im Juli erreichte Teuerungszulage von 250 DM auf das Weihnachtsgeld angerechnet werden soll. Der Streik mußte erfolglos abgebrochen werden. In Bremen kam es in den Hallen 2 und 5 zu kurzen Warnstreiks, weil auch hier die 250 DM, die die Kollegen im Sommer bekommen hatten, vom Weihnachtsgeld abgezogen werden **sollen. Als "Trostpflaster" sollen die** Kollegen die 312 DM Vermögensbildung aufs Sparkonto bekommen. Im Harburger Werk legte die Spätschicht die Arbeit nieder, nachdem bekannt geworden war, daß die geforderte Teuerungslage von 250 DM zu Weihnachten nicht anerkannt werden sollte. Stattdessen sollten die Kollegen mit 100 DM Aufschlag auf das Weihnachtsgeld und einem Beitrag von 312 DM Vermögensbildung (Laufzeit 7 Jahre!) abgespeist werden. Mit dem kurzen Protest der Spätschicht konnte allein noch nichts erreicht werden.

Daß viele Kollegen nach fünf Wochen Tarifverhandlung und zwei Wochen tariflosem Zustand nicht mehr bereit waren, "ihre Schürze vor die Bank zu schmeißen", bestätigt nur die Erfahrung, je länger die Verhandlungen verschleppt werden, desto eher besteht die Gefahr, daß selbst ein miserabler Lohnabschluß durchkommt. Zwar lehnte die Masse der Kollegen die "Schlichtungsempfehlung" von 13 % ab, aber die Abstimmung, die auf einer "außerordentlichen Betriebsversammlung" in der Mittagspause innerhalb von 10 Minuten (!) durchgezogen wurde, brachte nur 71 % Nein-Stimmen (in ganz Hamburg 64 %). Damit waren die 13 % durch. Nach der Satzung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff wären für einen Streik 75 % notwendig

BETRIEBSRAT STRAFVERSETZT

Bremen, Vulkanwerft. Unter dem Vorwand, ihm einen gesünderen Arbeitsplatz zu schaffen, wurde Kollege Scholz von seinem Kranführerposten ins Archiv versetzt. Kollege Scholz ist Betriebsrat. Die Kollegen sagen von ihm: endlich mal einer, der sich richtig einsetzt und der das sagt, was schon lange mal einer hätte sagen müssen! (aus einem Leserbrief an die Betriebszeitung der KBW-Zelle Vulkan)
Die Geschäftsleitung will ihn durch diese Versetzung von seinen Kollegen isolieren, um "den größten Quertreiber vom ganzen Vulkan" (so nannte ihn Direktor Schiff) endlich "**unschädlich" zu machen**

10 000 Unterschriften

POSTKOLLEGEN VERLEIHEN FORDERUNG NACHDRUCK

Auf der öffentlichen Vertrauensleutekonferenz der Ortsverwaltung Frankfurt der DPG am 28.Juni wurden folgende Forderungen aufgestellt:
KEINE VERSCHLECHTERUNG DER JETZIGEN ARBEITSZEITREGELUNG!
ANRECHNUNG DER PAUSEN AUF DIE ARBEITSZEIT FÜR ALLE!
KEINE RATIONALISIERUNG AUF KOSTEN DER BESCHÄFTIGTEN!
TEUERUNGSZULAGE IN GLEICHER HÖHE FÜR ALLE BESCHÄFTIGTEN JETZT!
Die Höhe der Teuerungszulage sollte auf Mitgliederversammlungen festgelegt werden. Auf der Konferenz wurde ein Aktionsausschuß von 18 Kollegen gewählt, um die praktische Durchsetzung der aufgestellten Forderungen anzugehen. Der Aktionsausschuß hat dann noch eine fünfte Forderung der DPG-Spitze gewissermaßen "von oben" mit aufgenommen, die Forderung nach Aufstockung der Sonderzuwendungen auf ein volles 13.Monatsgehalt! Mit diesen Forderungen bekämpfen die Kollegen die wachsende Verschlechterung ihrer gesamten Lebensbedingungen:
Das Bundespostministerium plant die Streichung von Arbeitszeitvergünstigungen, die nicht nur eine Verschlechterung für die betroffenen Beschäftigten bringen, (das trifft die Beschäftigten mit der 6-Tagewoche oder mit Schichtdienst, wo die Pause als Arbeitszeit gerechnet wird und Beschäftigte mit besonderer Beanspruchung in körperlicher und geistiger Hinsicht) sondern auch automatisch den Wegfall von Dienstposten und Beförderungsmöglichkeiten mit sich bringen.
Beim FA 1 in Frankfurt fand schon am 14.Juni 1973 eine Protestversammlung gegen die geplanten Arbeitszeitverschlechterungen statt. An **dieser Versammlung beteiligten sich** etwa 1 000 von 1 900 Beschäftigten und erklärten, daß sie keinesfalls tatenlos zusehen werden, wenn die Verschlechterung der Pausenregelung eingeführt würde. An dieser Versammlung nahmen außerdem Delegationen verschiedener Frankfurter Ämter teil. Zur gleichen Zeit wurden beim PA 4 über 2 000 Unterschriften gegen die geplanten Verschlechterungen gesammelt.
Das Bundespostministerium versucht ständig, das Postdefizit ohne Gebührenerhöhung auszugleichen, das vor allem in den Bereichen entsteht, die in großem Umfang von den Kapitalisten benutzt werden. Deswegen steigt auch ständig die Arbeitshetze bei der Post: Jedes Jahr werden ca. 5 000 Arbeitsplätze einfach wegrationalisiert, es werden Einstellungssperren verfügt trotz der drastischen Personalüberbelastung, und Arbeitsverlängerungen werden geplant trotz Einführung der 40-Stunden-Woche. Tausende von Mitarbeitern sind vom Bundespostministerium in Kommissionen, Arbeitskreisen und in den Ämtern eingesetzt, um Rationalisierungsmaßnahmen zu planen und durchzusetzen. Zeitmessungen werden immer häufiger, die Arbeitsplatzbemessungen immer knapper. Im Postamt 1 in Frankfurt erhöhte das Postministerium die Leistungsnorm der in einer Stunde zu verteilenden Postsendungen von rund 1 000 auf rund 1 750 Sendungen.

Von dem gewählten Aktionsausschuß wurde eine Wandzeitung mit den ausführlich begründeten Forderungen der Kollegen erstellt und überall aufgehängt. Gleichzeitig wurden Unterschriften für die aufgestellten fünf Forderungen gesammelt. Es sind bis Anfang September 10 000 Unterschriften in allen wichtigen Ämtern gesammelt worden. Dann wurden die Forderungen mit dem Hinweis auf die gesammelten Unterschriften **an das Ministerium geschickt.**

Verfügung gegen "Rotes Telefon"

FREIBURG: FUNKTIONÄRE DER POSTGEWERKSCHAFT VERSUCHEN, KONSEQUENTE GEWERKSCHAFTSPOLITIK ZU VERBIETEN

In Freiburg haben sich die Auseinandersetzungen um eine konsequente Gewerkschaftspolitik, die nur von den Interessen der Kollegen ausgeht, in der Deutschen Postgewerkschaft zugespitzt. Die Bezirksverwaltung versucht mit allen Mitteln gegen die Betriebszeitung "Rotes Telefon" der Grundeinheit Post des Kommunistischen Jugendbundes (KJB) Freiburg-Waldkirch vorzugehen.

Vor drei Wochen erging eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Freiburg gegen das "Rote Telefon". Darin wird auf Antrag der Deutschen Postgewerkschaft, Bezirksverwaltung Freiburg, unter anderem verboten, aufzurufen, daß sich die Lehrlinge in der Deutschen Postgewerkschaft organisieren sollen. Jetzt ist auf Antrag des DGB Kreis Freiburg und seines Geschäftsführers Jorzig auch eine einstweilige Verfügung gegen den "Klassenkampf", die Zeitung der Ortsgruppe Freiburg des KBW, ergangen. Der Wortlaut dieser Verfügung:

1. Dem Antragsgegner wird untersagt, in der Zeitung "Klassenkampf – Kommunistischer Bund Westdeutschland, Ortsgruppe Freiburg" oder/und in der "Betriebszeitung der Grundeinheit Post des KJB", Rotes Telefon, mit Hinblick auf den Antragsteller zu 2), der zugleich in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Kreises Freiburg i. Br. des Deutschen Gewerkschaftsbundes angegriffen ist, zu behaupten, ihr Einfluß in den Gewerkschaften "beruhe nur auf ihrer Kunst des Betrügens und der Täuschung der Arbeitermassen."

Das "Rote Telefon" hatte die neuen Fernmeldelehrlinge dazu aufgerufen, sich für die eigenen Interessen einzusetzen, indem man sich in der Gewerkschaft organisiert und mit den Kollegen gemeinsam den Kampf führt. Im "Roten Telefon" wurde aufgezeigt, daß die Voraussetzung für diesen Kampf ein funktionierender Vertrauensleutekörper ist, in dem die Jugendvertrauensleute gleichberechtigt mitarbeiten, und eine Jugendvertretung, die sich aktiv für die Interessen der Lehrlinge einsetzt.

Immer mehr Lehrlinge haben erkannt, daß die Gewerkschaft nicht so etwas wie die Kirche ist, wo man halt drin ist (bei der Post in Freiburg sind 94 % der Jugendlichen organisiert, weil man praktisch mit den Einstellungspapieren den Aufnahmeschein in die Gewerkschaft unterschreibt). Die einstweiligen Verfügungen sind nur die Spitze der Angriffsversuche gegen jede Art von konsequenter Gewerkschaftspolitik. Ganz deutlich zeigte sich das auf der Bezirksjugendkonferenz der DPG Ende September.

Schon bevor die Konferenz begonnen hatte, versuchte die Bezirksverwaltung mit einem Artikel in der "Badischen Zeitung" (Freiburger Lokalzeitung) die Delegierten unter Druck zu setzen und einzuschüchtern. Mit diesem Artikel sollte auf der Bezirksjugendkonferenz jede Kritik und jeder Antrag, der nicht auf der Linie der Gewerkschaftsführung liegt, als "Bestrebungen linksextremer Gruppierungen" gekennzeichnet und dadurch abgewürgt werden. Die Mehrheit der Delegierten der Konferenz zeigte jedoch, daß sie eine Gewerkschaftspolitik wollen, die nur von den Interessen der Kollegen bestimmt wird. Sie verabschiedeten neben vielen Anträgen zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit gegen den Widerstand sämtlicher Funktionäre von Bezirks- und Ortsverwaltung und Amtsgruppe einen Antrag, daß in der Gewerkschaft Platz für jeden Kollegen ist, der solidarisch mit allen anderen die gemeinsamen Forderungen durchsetzen will, unabhängig ob er Sozialdemokrat, Kommunist oder sonstiger Überzeugung ist. Damit wurde dem Versuch der Gewerkschaftsführung entgegengetreten, aus den Gewerkschaften SPD-Richtungsgewerkschaften zu machen, in denen nur noch die Linie der SPD-Führer zulässig ist und allenfalls CDU-ler geduldet sind.

Für kampfstarke Gewerkschaften!

Entlassung aufgehoben

GEGEN STUFENAUSBILDUNG EINGESETZT – GEFEUERT

Mannheim. Am 9.Oktober fand der Arbeitsgerichtsprozeß "Jugendsprecher Großkraftwerk gegen Geschäftsleitung" einen vorläufigen Abschluß. Das Großkraftwerk (GKM) hatte den Vorsitzenden der Jugendvertretung am 2.Juli dieses Jahres kurz vor Abschluß seiner Lehre gefeuert. Grund: Er hatte sich in der Tarifrunde und in der Frage der Stufenausbildung konsequent für die Interessen seiner Kollegen und sich gegen die Stufenausbildung eingesetzt. Das Besondere an der Entlassung war, daß als wesentlicher Kündigungsgrund eine innergewerkschaftliche Äußerung des Jugendvertreters über den GKM-Betriebsrat herhalten mußte.

Vor dem Arbeitsgericht zeigte sich, daß der Betriebsrat des Werks nicht nur der Entlassung geschlossen zugestimmt hatte, sondern diese nach eigenen Angaben in engstem Einverständnis mit der Geschäftsleitung selbst betrieben hatte. Die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung mit dem Jugendvertreter wurde kurzerhand durch dessen Rausschmiß "gelöst". Dieser schwere Angriff auf das Recht der gewerkschaftlichen Betätigung seitens des Betriebsrats und der Geschäftsleitung fiel sogar dem Arbeitsgericht ins Auge: eine innergewerkschaftliche Äußerung des Jugendvertreters wurde deshalb als Kündigungsgrund nicht anerkannt.

Nach dem Wegfall dieses "Kündigungsgrundes" stürzte die ganze aufgebaute Argumentation der Geschäftsleitung wie ein Kartenhaus zusammen, so daß das Gericht notgedrungen entscheiden mußte: die Entlassung ist ohne Rechtsgrundlage.

Vor dem Arbeitsgericht gab der Jugendvertreter noch einmal eine abschließende Erklärung ab.Er sagte:

"Es ist kein Wunder, daß die Geschäftsleitung mit dem derzeitigen Betriebsrat auf gutem Fuß steht. Derselbe Betriebsrat beschloß, mich auf seinen Sitzungen auszuschließen. Erst die Gewerkschaft verschaffte mir Zutritt. In meiner Kündigung geht es also nicht nur um meine Person, sondern auch um die Rechte der Gewerkschaft, d. h. die Rechte der arbeitenden Menschen... Ich möchte erklären, daß ich mir als politisch denkender Mensch keinen Maulkorb umhängen lasse. Deshalb ist die Entscheidung heute eine prinzipielle.

FÜR FREIE GEWERKSCHAFTLICHE UND POLITISCHE BETÄTIGUNG IN DER AUSBILDUNG UND AM ARBEITSPLATZ!"



KASSEL: GEGEN JUGENDVERTRETERRAUSSCHMISSE

Am 6.Oktober demonstrierten in Kassel 2 500 Kollegen, Schüler und Studenten gegen politische Entlassungen, für vollen Kündigungsschutz von Jugendvertretern, Vertrauensleuten und Betriebsräten, für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Ausbildung und am Arbeitsplatz. Die DGB-Führung hatte zu dieser zentralen Demonstration in Hessen aufgerufen. Doch sie tat alles, um diesen Aufruf möglichst geheim zu halten, und diffamierte Kollegen, die den Aufruf verbreiteten, als Gewerkschaftsfeinde. In Kassel versuchte die DGB-Führung dann mit Hilfe der DKP die Demonstration zu spalten und die Kollegen vom Zug abzutrennen, die für kampfstarke, klassenbewußte Gewerkschaften eintraten. Durch die Einigkeit der Mehrheit der Demonstrationsteilnehmer konnte dies jedoch verhindert werden, so daß die Demonstration in Kassel ein Erfolg wurde.

Politische Entlassung beim DGB

DGB–CHEF VETTER FÜHRT "POLITISCHEN ABGRENZUNGSPROZESS" GEGEN JUGENDSEKRETÄRE IN NIEDERSACHSEN

Die beiden Jugendsekretäre Bergmann und Heine, mit denen die Abteilung Jugend des DGB-Landesbezirks Niedersachsen besetzt war, wurden Ende März gefeuert. Jetzt begann der Arbeitsgerichtsprozeß gegen den DGB. Voraussichtlich Mitte Oktober wird der nächste Verhandlungstermin sein.

Die Jugendsekretäre standen auf der Abschußliste, seit im Herbst 72 das Protokoll einer Arbeitstagung bekannt geworden war, in der sich DGB-Jugendliche kritisch zur bisherigen gewerkschaftlichen Tarifpolitik geäußert hatten und die von Bergmann und Heine unterstützt wurden.

DER RAUSSCHMISS VON BERGMANN UND HEINE

An Bergmann und Heine sollte in Anwendung der "Antikommunistenbe-

kampfstarke Einheitsgewerkschaften! Für innergewerkschaftliche Demokratie!" statt, in der die Wiedereinstellung von Heine und Bergmann und die Rücknahme aller innergewerkschaftlichen Maßregelungen von Kollegen, die eine kämpferische Gewerkschaftspolitik verlangen, gefordert wurde. Viele Kollegen unterstützten die Kampagne trotz verschiedener Einschüchterungsmaßnahmen der Gewerkschaftsführung. Die DKP hatte zentral den Boykott der Aktion be-

schaft ab, erwiesen sie sich als Verfassungsfeinde. Und da sich die Gewerkschaften auf den Boden des Grundgesetzes gestellt hätten, auch als Gewerkschaftsfeinde.

GERICHT LEHNTE POLITISCHEN GRUNDSATZPROZESS AB

Das Hannoversche Arbeitsgericht lehnte jedoch den vom DGB gewünschten politischen Grundsatzprozeß ab. Es lehnte alle bisher vom DGB vorgebrachten Entlassungsgründe ab – bis auf drei, in denen der DGB nun beweispflichtig ist und die sich auf formale "Verfehlungen" be-

Politische Entlassung beim DGB

DGB–CHEF VETTER FÜHRT "POLITISCHEN ABGRENZUNGSPROZESS" GEGEN JUGENDSEKRETÄRE IN NIEDERSACHSEN

Die beiden Jugendsekretäre Bergmann und Heine, mit denen die Abteilung Jugend des DGB-Landesbezirks Niedersachsen besetzt war, wurden Ende März gefeuert. Jetzt begann der Arbeitsgerichtsprozeß gegen den DGB. Voraussichtlich Mitte Oktober wird der nächste Verhandlungstermin sein.

Die Jugendsekretäre standen auf der Abschußliste, seit im Herbst 72 das Protokoll einer Arbeitstagung bekannt geworden war, in der sich DGB-Jugendliche kritisch zur bisherigen gewerkschaftlichen Tarifpolitik geäußert hatten und die von Bergmann und Heine unterstützt wurden.

DER RAUSSCHMISS VON BERGMANN UND HEINE

An Bergmann und Heine sollte in Anwendung der "Antikommunistenbeschlüsse" des DGB exemplarisch durchexerziert werden, was im Gewerkschaftsapparat mit denen passiert, die sich der arbeiterfeindlichen Linie der Gewerkschaftsführungen widersetzen. Am 27.3.73 beschloß der DGB-Landesbezirksvorstand unter Ausschluß der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit ihre sofortige Beurlaubung, die Einleitung ihrer Kündigung und ihre Entbindung von **allen** gewerkschaftlichen Funktionen.

Die Kollegen sollen keinen Zutritt zu DGB-Versammlungen mehr haben, damit sie dort "keine Basis zur Rechtfertigung ihrer Politik finden" (interner Brief des DGB).

In den Kreisverbänden fand daraufhin eine Unterschriftenaktion "Für kampfstarke Einheitsgewerkschaften! Für innergewerkschaftliche Demokratie!" statt, in der die Wiedereinstellung von Heine und Bergmann und die Rücknahme aller innergewerkschaftlichen Maßregelungen von Kollegen, die eine kämpferische Gewerkschaftspolitik verlangen, gefordert wurde. Viele Kollegen unterstützten die Kampagne trotz verschiedener Einschüchterungsmaßnahmen der Gewerkschaftsführung. Die DKP hatte zentral den Boykott der Aktion beschlossen.

VETTERS BRIEF AN DAS ARBEITSGERICHT

Auf der ersten ordentlichen Verhandlung vor dem Hannoverschen Arbeitsgericht am 7.9. wurde ein Brief Heinz O. Vetters an das Arbeitsgericht verlesen. Vetter stellte fest:

Dieser Prozeß sei ein **politischer Abgrenzungsprozeß**. Unsere Verfassung verlange, daß jeder soziale Konflikt (also z.B. jede Tarifauseinandersetzung) mit dem Ziel des "sozialen Kompromisses" auszutragen sei. Wenn Heine und Bergmann sagten, sie lehnten in ihrer Gewerkschaftsarbeit jede Form von Sozialpartnerschaft ab, erwiesen sie sich als Verfassungsfeinde. Und da sich die Gewerkschaften auf den Boden des Grundgesetzes gestellt hätten, auch als Gewerkschaftsfeinde.

GERICHT LEHNTE POLITISCHEN GRUNDSATZPROZESS AB

Das Hannoversche Arbeitsgericht lehnte jedoch den vom DGB gewünschten politischen Grundsatzprozeß ab. Es lehnte alle bisher vom DGB vorgebrachten Entlassungsgründe ab – bis auf drei, in denen der DGB nun beweispflichtig ist und die sich auf formale "Verfehlungen" beziehen.

Da nun dieses Verfahren nicht mehr das politische Grundsatzurteil verspricht, das der DGB haben wollte, ist dem DGB der Prozeß lästig geworden. So ist es zu erklären, warum der DGB am Ende dieses Verhandlungstages eine taktische Wendung um 180 Grad machte und auf Vorschlag des Arbeitsgerichts einen Vergleich anbot: Auflösung des Arbeitsverhältnisses, aber Abfindung in Höhe von zwei Monatsgehältern.

Die Kollegen nahmen diesen Vorschlag nicht an, denn es geht ihnen nicht um gutbezahlte Posten, sondern um eine fortschrittliche Politik im DGB.

–M.M.–



KASSEL: GEGEN JUGENDVERTRETERRAUSSCHMISSE

Am 6.Oktober demonstrierten in Kassel 2 500 Kollegen, Schüler und Studenten gegen politische Entlassungen, für vollen Kündigungsschutz von Jugendvertretern, Vertrauensleuten und Betriebsräten, für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Ausbildung und am Arbeitsplatz. Die DGB-Führung hatte zu dieser zentralen Demonstration in Hessen aufgerufen. Doch sie tat alles, um diesen Aufruf möglichst geheim zu halten, und diffamierte Kollegen, die den Aufruf verbreiteten, als Gewerkschaftsfeinde. In Kassel versuchte die DGB-Führung dann mit Hilfe der DKP die Demonstration zu spalten und die Kollegen vom Zug abzutrennen, die für kampfstarke, klassenbewußte Gewerkschaften eintraten. Durch die Einigkeit der Mehrheit der Demonstrationsteilnehmer konnte dies jedoch verhindert werden, so daß die Demonstration in Kassel ein Erfolg wurde.

Lohnabhängig beim DGB

Leserbrief zum Artikel "DGB- Kampffreudig..."

Genossen,

in Eurer Glosse "DGB-Funktionäre: Kampffreudig wie nie" (KVZ Nr.3,S.6) habt Ihr einen Fehler begangen. Wenn die DGB-Angestellten nur aus Kreis-, Landesbezirks- und Bundesvorsitzenden bestünden, wären Eure ironischen Bemerkungen über die Kampfentschlossenheit der hessischen DGB-Funktionäre angebracht. Ihr vergeßt nur, daß zu den DGB-Angestellten auch Kollegen gehören, die mit den gleichen Hungerlöhnen auskommen müssen wie die Arbeiter und kleinen Angestellten in der Industrie und Verwaltung: vor allem die Sekretärinnen, die Arbeiter in den gewerkschaftseigenen Druckereien, die Hausmeister usw.

So verdienen z. B. Verwaltungsangestellte, Kraftfahrer, Pförtner und Hausmeister beim DGB 1045,- DM brutto. Eine Sekretärin bekommt 1210,- DM, dafür muß sie aber mindestens 40 Stunden in der Woche hart arbeiten; hinzu kommen aber unbezahlte Überstunden und Wochenendtermine. Ein DGB-Kreisvorsitzender bezieht ein Gehalt von 2000,- bis 2248,- DM, ein Landesbezirksvorsitzender 3630,- DM, der Bundesvorsitzende Vetter über 5000,- DM. Dabei ist zu beachten, daß diese Herren ganz im Unterschied zu den Sekretärinnen und Druckern oft nur einen Bruchteil ihrer kostbaren Arbeitskraft für gewerkschaftliche Aufgaben verwenden können, da sie sich gleichzeitig um ihre politischen Pfründe (auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene) und viele andere gutdotierte Posten und Pöstchen (z. B. Aufsichtsräte) zu kümmern haben, die teilweise unmittelbar mit dem DGB-Posten vergeben werden.

Der DGB-Bundesvorstand achtet auf seine Weise darauf, daß bei Gehaltserhöhungen die Proportionen gewahrt werden. Wenn die hessischen DGB-Angestellten z. B. 13 % durchsetzen sollten, so hieße das für eine einfache Sekretärin, daß sie 135,85 DM mehr bekommt, während für den Landesbezirksvorsitzenden 472,- DM und für den Bundesvorsitzenden etwa 650,- DM mehr herausspringen würden. Vor einigen Jahren beschloß der DGB-Bundesvorstand eine Gehaltserhöhung, die für ihn selbst mit 20 % begann, und dann die ganze Hierarchie runter bei den Sekretärinnen mit 7 % endete. Auf einer Betriebsversammlung für niedersächsische DGB-Angestellte im letzten Jahr sagte der anwesende Vertreter des DGB-Bundesvorstandes treuherzig, die Gehaltsskala für DGB-Angestellte müßte noch "differenzierter" werden; die Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes hätten doch in Wahrheit Anspruch auf noch viel höhere Gehälter, "die den Bezügen derjenigen Herren in der freien Wirtschaft angepaßt werden müssen, die die entsprechende Verantwortung in den Vorständen der Unternehmerverbände tragen".

Täglich sehen die Sekretärinnen und kleinen Gehaltsempfänger im DGB, wie von den Gewerkschaftsbeiträgen Unsummen für feudale Hotels und gepfefferte Spesen verschleudert werden. Niemand sollte es ihnen verübeln, daß sie einen schüchternen Versuch unternommen haben, das bißchen Geld, das für sie bei 13 % abfällt, wenigstens durchzusetzen.

HD,Hannover

Karriere eines Verfassungsschützers

Stuttgart. Der ehemalige Präsident, P.Lahnstein, des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz wurde von dem Stuttgarter Innenminister Schieß am 12.Oktober zum "Leiter der Geschäftsstelle des Landespersonalausschusses" ernannt. Lahnstein wurde im Sommer von seinem Verfassungsschützerposten suspendiert, weil er in die Steiner-Affäre verwickelt ist: Er hatte dem Innenministerium nicht die angebliche Spionagetätigkeit Steiners für die DDR mitgeteilt. Außerdem hatte er den Verfassungsschutz-Abteilungsleiter Schülke gedeckt, der getarnt mit einer Perücke an einer Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufdeckung der Bestechungen im Bundestag teilnahm, um die Mitglieder des Ausschusses und den ehemaligen CDU-MdB Steiner zu bespitzeln. Die Angelegenheit flog auf, Steiner wurden Beziehungen zum baden-württembergischen Verfassungsschutz nachgewiesen und Lahnstein und Schülke mußten den Dienst quittieren; Lahnstein und Schülke sind als Spitzel und Agenten erkannt.

Indem Lahnstein jetzt zum Chef des baden-württembergischen Personalausschusses befördert wurde, setzt er nur an anderer Stelle das fort, was er auf seinem früheren Posten begonnen hatte. Lahnstein ist genau der richtige Mann zur rechten Zeit, um den Schieß-Erlaß, die weitere politische Entrechtung im öffentlichen Dienst durchzusetzen.

D.T.

AUSLÄNDISCHE ARBEITER KÄMPFEN GEGEN MIETERHÖHUNG UND ENTLASSUNG

Hanau, Dunlop. Im April/Mai dieses Jahres wurden von der Geschäftsleitung von Dunlop die Mieten für die Wohnheime der ausländischen Arbeiter der Firma erhöht. Für 18 qm, in denen 3 Personen leben sollen, wurden die Mieten von 80,- DM auf 110,- DM heraufgesetzt. Daraufhin wurden auf einer Versammlung der spanischen und türkischen Arbeiter Kampfmaßnahmen diskutiert. Bisher konnten durch diesen Druck Mieterhöhungen verhindert werden. Ein aktiver Sprecher der Kollegen, Spanier, wurde entlassen. Nachdem es zu einer breiten Solidarisierung unter den ausländischen Kollegen für ihn gekommen war, versucht die Geschäftsleitung erneut 11 spanische Arbeiter zu entlassen, um "Ruhe und Ordnung" wieder herzustellen. Hiergegen bildeten die Arbeiter eine Kommission.

Sonderschulen: Weniger Lehrer - größere Klassen

KORRESPONDENZ AUS BOCHUM

Nach den Sommerferien beschloß das Schulamt der Stadt Bochum, zusammen mit einigen Schulleitern, den akuten Lehrermangel an den Bochumer Sonderschulen nicht durch Besetzung der freien Lehrerstellen zu beheben, sondern durch Zusammenlegung von Klassen.
Betroffen von dieser Maßnahme ist der örtliche Schulbezirk Bochums, dort sind überwiegend Arbeiterviertel und alte Bergarbeitersiedlungen, wo durch den Lehrermangel bis zu 1/4 der gesamten Wochenstunden ausfallen. Der Plan sieht vor, mehrere Klassen eines Schuljahres zusammenzulegen.

In einer Sonderschulklasse darf die zulässige Klassenstärke aber nur 25 Schüler betragen, der Landesdurchschnitt liegt bei 16 Kindern pro Klasse. Bochum liegt weit über dem Landesdurchschnitt, so daß durch die Zusammenlegung die zulässige Klassenstärke überschritten wurde. Überzählige Kinder wurden willkürlich an andere Bochumer Sonderschulen durch die Schulbehörde zwangsversetzt. Die Eltern der betroffenen Kinder erhielten ein Schreiben, worin mitgeteilt wird, daß die Versetzung aus pädagogischen Gründen geschehen sei. Bei der Versetzung hätte man darauf geachtet, den Kindern lange Anfahrzeiten und gefährliche Fußwege zum anderen Schulbezirk zu ersparen. In Wirklichkeit mußten die Kinder mit den öffentlichen Nahverkehrsmitteln durch ganz Bochum fahren, vom sicheren Fußweg ganz zu schweigen.

Der massive Elternprotest, der daraufhin einsetzte, widerlegt jegliche Behauptung, Arbeitereltern würden sich nicht für die Ausbildung ihrer Kinder einsetzen. Die Eltern der betroffenen Schüler beschlossen auf den Elternversammlungen, gemeinsam gegen diese Maßnahmen anzugehen, die Zurücknahme der Zwangsmaßnahmen und mehr Lehrer für ihre Kinder zu fordern. Sie schickten Protestbriefe an den Regierungspräsidenten und an das Schulamt. In einer Presseerklärung machte die Elternschaft die Bochumer Bevölkerung mit ihren Forderungen bekannt. Durch einen Einspruch gegen den Plan der Schulbehörde erreichten die Eltern, daß die zwangsversetzten Kinder wieder ihre alten Klassen besuchen können.

Was steht hinter diesen Maßnahmen? 1974 sollen zum **letzten Mal** Lehrer für 2 Jahre zum Sonderschulstudium beurlaubt werden. Um das rechtfertigen zu können, muß der statistische Lehrerfehlbestand heruntermanipuliert werden.

Hamburg: Lehrer wieder eingestellt

Wie berichtet, (KVZ Nr.4, S.4) wurden vor kurzem in Hamburg zwei Referendare mit sofortiger Wirkung suspendiert. Die sofortige Wirkung dieser Suspendierung ist nun vom Verwaltungsgericht Hamburg wieder aufgehoben worden. Damit sind M.Hindemith und P.Altenburg jetzt wieder in der Schule.

Grundlage dieses Gerichtsbeschlusses ist die Tatsache, daß die Hamburger Schulbehörde ihre Maßnahmen gegen M.Hindemith und P.Altenburg vorher einzig und allein darauf gegründet hatte, daß die beiden nicht bereit seien, sich von einem Kommentar der Sozialistischen Studenten Gruppe (SSG) in deren Broschüre zu einer Geheimkonferenz zwischen Schulsenator Apel und Studienseminarleitern zu distanzieren.
In ihrem Widerspruch zu dem Suspendierungsbescheid hatten M.Hindemith und P.Altenburg jedoch erklärt: "Wir sind der Meinung, daß der Kommentar insgesamt schlecht, unzureichend und undifferenziert ist und können uns daher ohne weiteres von ihm distanzieren. . . (Die SSG hat inzwischen in einer Neuauflage der ausverkauften Broschüre einen neuen Kommentar geschrieben, d.Red.) Uns ist unterstellt worden, wir hätten zum Gesetzesbruch aufgerufen. Das ist schon deshalb falsch, weil dieser Vorwurf aus dem Kommentar abgeleitet wird, den wir aber gar nicht zu vertreten haben. Darüber hinaus wird auch im Kommentar selbst lediglich die **Tatsache** festgestellt, daß in der letzten Zeit in der Bundesrepublik die Bevölkerung häufig Gesetze übertreten hat (so in den selbständigen Streiks in Nordhorn, in der Kielortallee – eine Hamburger Schule, an der die Eltern einen Schulstreik organisierten und dafür "Bußgeld" zahlen mußten, d.Red. –, um nur einige Beispiele zu nennen), um ihre Interessen durchzusetzen. Wir sehen keinen Grund, uns von den Tatsachen, die man in jeder Tageszeitung nachlesen kann, in irgendeiner Weise zu distanzieren. Keineswegs entspricht es jedoch unserer Meinung, allgemein zum Gesetzesbruch aufzurufen. Soweit dies aus der oben angesprochenen Aussage des Kommentars herausgelesen werden kann, distanzieren wir uns davon."

Diese Distanzierung trug den beiden Referendaren den Unwillen solcher Gruppen wie des KB Nord und der Gruppe Rote Fahne (KPD) und der DKP ein. KB Nord und Gruppe Rote Fahne, deren Genossen an den Hamburger Schulen das Maul noch nicht aufgekriegt haben, warfen M.Hindemith und P.Altenburg vor, sie seien feige und verrieten ihre Überzeugung. Die Massen, an die wir uns wendeten, verstanden aber nach dieser Distanzierung umso besser, worum es uns geht, und viele durchschauten die Hetze der Schulbehörde gegen M.Hindemith und P.Altenburg.

Da die Schulbehörde öffentlich erklärt hatte, wenn die beiden Referendare sich vom Kommentar distanzierten, liege nichts gegen sie vor, konnte das Hamburger Verwaltungsgericht jetzt keine juristische Begründung dafür finden, daß M.Hindemith und P.Altenburg nicht vorläufig in der Schule bleiben dürfen.

Die Schulbehörde will jetzt andere Gründe für ihre Maßnahmen herbeizerren. Sie will jetzt M.Hindemith und P.Altenburg vorwerfen, daß sie Mitglieder der SSG sind. Mit dem Berufsverbote-Erlaß für "Radikale" im öffentlichen Dienst gegen Mitglieder kommunistischer Organisationen – vor kurzem wurde der Erlaß von den Ministerpräsidenten der Länder neu aufgelegt – sollen die Kündigungen jetzt durchgesetzt werden.

Nachdem der Vorstand der GEW auf der gleichen Antikommunistenlinie ein Ausschlussverfahren gegen die beiden Lehrer eröffnet hat, wurden sie dem zum Trotz in den Vorstand des GEW Ausschusses junger Lehrer und Erzieher von der Versammlung der Junglehrer mit grosser Mehrheit gewählt.

MINISTER BEST ZURÜCKGETRETEN

Was macht Dr. Best jetzt?

Der hessische Umweltminister Dr.Werner Best ist Mitte Oktober von seinem Posten zurückgetreten unter dem Druck des sich immer mehr ausweitenden Giftmüllskandals im Rhein-Main-Neckar-Raum. Landesregierung und SPD hatten in ihm den geeigneten Sündenbock gefunden. Doch nach seinem Rücktritt will Dr.Werner Best in der politischen Arena bleiben, das jedenfalls verkündete er in einem Interview mit der Wetzlarer Neuen Zeitung.

Vieles spricht dafür, bisher hat Best einen steilen Weg nach oben hinter sich. Das Besondere an diesem Weg ist die enge Zusammenarbeit mit den hessischen Kapitalisten.
Als Landrat des Kreises Wetzlar zum Beispiel hatte er nichts dagegen, daß die Kapitalisten Ausländer beschäftigten, die illegal in die BRD eingereist waren und keine Arbeitsgenehmigung besaßen. Die Kapitalisten konnten diesen Ausländern besonders niedrige Löhne bezahlen und sie jederzeit auf die Straße setzen. Allerdings mußten sie für die "eventuelle" Rückführung dieser Ausländer sorgen – das war der Inhalt der stillschweigenden Vereinbarungen mit dem Landrat.
Oder: Als Dr.Werner Best Landwirtschaftsminister in Hessen war, kaufte er das bankrotte Hofgut Bubenrod auf. Nach der Entscheidung eines Darmstädter Gerichts darf die Behauptung aufrechterhalten bleiben, Best habe das Gut unter Ausnutzung seiner dienstlichen Kenntnisse und unter Benutzung eines Strohmannes dem Land Hessen vor der Nase weggeschnappt.
Best hat zusammen mit seiner Frau und dem Mitinhaber des Gutes, dem Chefarzt des Ehringshausener Krankenhauses, Koron, und dem Tiefbauunternehmer Will eine Schweinezucht auf dem Gut aufgezogen nach allen Regeln der Kunst. In erster Linie wurden die Schweine mit Antibiotika "gemästet" anstatt mit traditionellem Schweinefutter. Die Schweine waren schneller fett als andere, normal gefütterte.Die Verfütterung von Antibiotika aber ist gesundheitsschädlich, sowohl für die Tiere, die damit gefüttert werden, als auch für die Menschen, die später das Schweinefleisch essen müssen. Deshalb war das Verfüttern von Antibiotika bereits gesetzlich verboten und deshalb besorgte es sich der Landwirtschaftsminister Best auf dem Schwarzmarkt.
Schon damals antwortete Mitinhaber Will auf die Frage eines Schweinemeisters, ob der Herr Minister nicht Angst um seinen Ministerposten habe: "Der Minister klebt nicht an seinem Sessel, er hat genug Angebote aus der Industrie." Die Industrie wird schon wissen, warum sie solche Leute wie Best immer wieder auf die Beine fallen läßt. Vorläufig bleibt er erst einmal SPD-Abgeordneter im Hessischen Landtag. Best erhält täglich Sympathieadressen, "vor allem von Personen, die etwas zu sagen haben" (Best in der WNZ vom 13.10.).

KG Wetzlar/D.T.

Lohnkampf am Krankenhaus

LESERBRIEF ZU "KLASSENPOLITIK ODER ..." KVZ Nr.4

Den Artikel des Genossen M.F. haben wir sehr begrüßt. Unsere Erfahrungen haben uns viele Male gezeigt, daß wir Werktätigen am Krankenhaus immer dann auf das "Wohl des Patienten", auf den "Dienst am Patienten" festgenagelt werden sollten, wenn es um die Vertretung unserer Interessen gegenüber der Oberschwester, den Chefärzten oder der Verwaltungsdirektion ging. Nur ein Beispiel:

Als wir im Mai 70 im Pflegebereich an den Unikliniken (Heidelberg) akuten Personalmangel hatten und die Schwestern in Versammlungen und Resolutionen Verbesserungen und Erleichterungen für ihre Arbeits- und Wohnbedingungen forderten, schrieb der Verwaltungsdirektor in einem Rundbrief:
"Liebe Schwester, . . . darf ich Sie auch im Namen aller Ärzte bitten, **im Interesse der uns (!) anvertrauten Patienten** mitzuhelfen, diesen Engpaß, ich möchte sagen, diese Not zu überbrücken. . ." Die versprochenen Verbesserungen blieben größtenteils aus, mit den Forderungen stießen wir auf taube Ohren.
Mit derselben Begründung (nämlich daß wir, indem wir unsere Arbeit tun, den Massen dienen und gleichzeitig ausgebeutet werden) und genauso falsch könnte die Gruppe Rote Fahne (KPD) vom Arbeiter in der Brotfabrik, in der Fahrradfabrik, in der Maschinenfabrik verlangen, er solle jetzt doch mit dem ewigen Lohnkämpfen aufhören, es ginge doch um die Versorgung der Massen mit besseren Produkten. Denn besseres Brot, haltbarere Fahrräder und bessere Maschinen, um beides herzustellen, liegen zweifellos ebenso im Interesse der Massen wie eine bessere medizinische Versorgung.
Genauso aber, wie eine Produktion im Dienst der Massen erst im Sozialismus, unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats möglich sein wird, wird auch eine medizinische Versorgung im Dienst der Massen erst möglich sein, wenn die Arbeiterklasse und das Volk mit den bürgerlichen Machtverhältnissen auch die bürgerlichen Fesseln der Medizin gesprengt hat.

Statt uns von Gruppen wie der GRF noch enger an die bürgerliche Medizin-Ideologie ketten zu lassen, müssen wir Werktätigen am Krankenhaus uns von diesem Geschwätz endlich befreien, die Bindung an den "Arbeitsfrieden im Krankenhaus im Dienst des Patienten" abwerfen, die Dinge richtig analysieren und verstehen lernen und erkennen, daß nur unsere aktive Teilnahme am Lohnkampf – auch mit Streiks! –, am Klassenkampf, gemeinsam mit und nicht getrennt von der Arbeiterklasse und allen Werktätigen uns schaffen kann, was wir brauchen: bessere Arbeitsbedingungen, ausreichenden Lohn, genügende Erholungs- und Freizeit – und letztlich auch eine Medizin, die wirklich im Dienst des ganzen Volkes steht.

–Zelle Unikliniken Heidelberg–

kommunistische volkszeitung

HERAUSGEBER:
Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Für die REDAKTION verantwortlich:
Willfried Maier

Erscheint im Verlag:
Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf
68 Mannheim
Sandhofer Straße 29
Telefon: 0621 / 37 92 21

DRUCK:
CARO-Druck
69 Heidelberg, Lutherstr. 44a

Die Kommunistische Volkszeitung erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs, Auflage: 32 000

Zuschriften an die Redaktion der KVZ
68 Mannheim
Sandhofer Straße 29

JAHRESABONNEMENT:
24 Nummern incl. Porto 18,00 DM
FÖRDERABONNEMENT:
24 Nummern 20,00 DM und mehr
Abonnement-Einzelbestellungen auf Konto
Ernst Ehlert
Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18

Die Zeitung wurde am Sonntag, 21.10.1973, fertiggestellt.

Ordnungsamt will KVZ-Verkauf verhindern

OSNABRÜCK: GEWERBEORDNUNG ALS MITTEL EINER POLITISCHEN BEHINDERUNG BENUTZT

"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Bild und Schrift frei zu äußern." Diese Worte aus dem Grundgesetz werden immer wieder benutzt, um zu "beweisen", wie frei und demokratisch die Bundesrepublik doch sei. Was es mit dieser Freiheit und Demokratie wirklich auf sich hat, dafür gibt das Ordnungsamt der Stadt Osnabrück immer mehr Anschauungsmaterial:

Wer in Osnabrück ein Flugblatt verteilen will, muß das mindestens 24 Stunden vorher beim Ordnungsamt anmelden und dabei eine Verwaltungsgebühr von 10,- DM entrichten. Wer ohne Genehmigung des Ordnungsamtes verteilt, muß mit Strafen rechnen von 30,- DM an aufwärts. Für die Genehmigung eines Informationsstandes muß man außer den 10,- DM an das Ordnungsamt noch einmal 10,- DM an das Straßenverkehrsamt bezahlen.

Zwei Tage nachdem die zweite Ausgabe der KVZ erschienen war, flatterte uns ein zwei Seiten langer Schrieb des Ordnungsamtes ins Haus, wo man uns nicht nur ein weiteres Mal bezichtigte, unerlaubt das Flugblatt "Metallarbeiter" (unsere Betriebszeitung bei Klöckner) verteilt zu haben, sondern auch ohne Genehmigung Werbung zu machen und einem Gewerbe nachzugehen. Das Ordnungsamt teilte uns mit, daß der KVZ-Verkauf ein Gewerbe sei und deshalb eine Reisegewerbekarte für jeden einzelnen Verkäufer bedürfe. Den KVZ-Verkauf zum Gewerbe zu machen, heißt praktisch, den KVZ-Verkauf zu verbieten, was die Herren vom Osnabrücker Ordnungsamt wohl gewußt haben. Als wir trotzdem weiterverkauften, gab es auch bald die bekannten Schwierigkeiten: Feststellung der Personalien der Verkäufer und Ordnungsstrafen.

Es ist klar, daß es der Stadtverwaltung Osnabrück bei ihren Maßnahmen nicht um die Durchsetzung der Gewerbeordnung geht. Vielmehr wird hier die Gewerbeordnung als Mittel einer politischen Behinderung benutzt. Aber die Kommunistische Volkszeitung wird von uns weiter ohne Reisegewerbekarte verkauft. Wir kämpfen außerdem auch auf der gerichtlichen Ebene. Eine gerichtliche Anordnung, die wir gegen die Maßnahmen der Stadtverwaltung beantragt haben, steht nun schon seit geraumer Zeit aus. Offensichtlich tun sich selbst die Gerichte schwer, die Maßnahmen der Stadtverwaltung rechtlich zu billigen.

Die Kommunistische Volkszeitung ist kein auf Gewinn arbeitendes Gewerbe wie die bürgerliche Presse, sondern das politische Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Der Preis der Kommunistischen Volkszeitung deckt nicht einmal voll die Kosten.

KBW-Ortsleitung Osnabrück

Nato Manöver Reforger V

VERWÜSTUNGEN, TOTE UND VERLETZTE

10 Tote, 40 Verletzte, über 100 Verkehrsunfälle mit einem Schaden von insgesamt einer halben Million DM – das ist die vorläufige Bilanz des NATO-Manövers Reforger V. Hinzu kommen jetzt noch Flur- und Geländeschäden (die im Frühjahr beim Reforger IV-Manöver über 2 Millionen DM ausmachten).

An dem Manöver nahmen 51 000 Soldaten, 11 000 Fahrzeuge, davon über 4 000 Panzer, teil. Die US-Soldaten sind am 29. September in die BRD eingeflogen worden im sogenannten Big Lift-Verfahren. Dieses Verfahren, das seit Jahren immer wieder durchgeführt wird, soll die schnelle Verlegung von US-Truppen und Kriegsmaterial an jeden beliebigen Ort der Welt erproben. Auf diese Art und Weise wird jetzt zum Beispiel auch Israel mit Kriegsmaterial versorgt.

Nachdem die Panzer und das übrige Kriegsmaterial der USA, das in der Pfalz und in Baden-Württemberg eingemottet lagert, instandgesetzt worden waren, begann am 10. Oktober die zweite Phase des Manövers: das Zurückschlagen eines Angreifers aus dem Osten. Dabei wurden 3 Zivilisten und 7 Soldaten getötet. Allein 4 Soldaten kamen um, als ein amerikanisches Phantom-Flugzeug im Tiefangriff auf einen Schützenpanzer den Schützenpanzer streifte und abstürzte. Ein deutscher Bauer wurde schwer verletzt. Die Flugzeugbesatzung waren im Vietnamkrieg erprobte Flieger.

Die westdeutsche Bourgeoisie schenkte dem Manöver große Aufmerksamkeit: Verteidigungsminister Leber, Bundeskanzler Brandt und andere Politiker hielten sich zum Teil mehrfach bei den Truppen auf.

Mit ihren Manöverbesuchen soll der volksfeindliche Eindruck übertüncht werden, den die süddeutsche Bevölkerung von diesem Militäreinsatz bekommen hat.

–D.T.–



Der Friedenskanzler und sein Kriegsminister inspizieren die Truppen

"Passau ist kein Truppenübungsplatz"

GROSSANGELEGTE SCHAU DER BUNDESWEHR STIESS AUF BREITE EMPÖRUNG

Am 22.September feierten die Bundeswehrgeneräle und Honoratioren der Gegend den Geburtstag der Bundeswehrgarnison in Passau. Für die Soldaten der Garnison bedeutet das: Ein Wochenende mußte drangegeben werden ohne Bezahlung. "Wo andere zum Geburtstag etwas geschenkt bekommen, kriegen wir ein unbezahltes Wochenende", meinte ein Soldat.

Für die Generäle war der Tag aber Anlaß, die Schlagkraft der Bundeswehr zu demonstrieren, für die 'moderne' Armee zu werben und die Bevölkerung der Stadt in ein Manöver einzubeziehen. Wo mit Amphibienfahrzeugen und riesigen Flössen den ganzen Tag Schaulustige kostenlos die Donau rauf und runter transportiert wurden, da wurde in Wirklichkeit die Evakuierung der Stadt geprobt. Als Höhepunkt der ganzen Feier hatte die NEUE PASSAUER PRESSE schon eine Woche vorher angekündigt: "In 'Heimarbeit' wird ein Modelldorf aus Holz gearbeitet. Straßen fehlen dabei ebensowenig wie Kuhställe, Bäume – alles was zum Dorf gehört ist dabei. Diesem Modelldorf ist nur ein kurzes Leben beschieden. Zur Veranschaulichung der Schlagkraft der Mörserkompanie wird das Holzdorf zusammengeschossen. Damit nicht genug, auch 'Sprengen' wird vorgeführt."

In der Tat fanden dann die ca. 8 000 Besucher auf dem Schützenübungsplatz dieses Modelldorf vor; selbst eine Kirche und eine romantische Schloßruine waren zu sehen. Von einer Bergtribüne aus konnte dann jeder mit eigenen Augen verfolgen, wie die Bundeswehr als Armee gegen das Volk getrimmt ist, ein ganzes Dorf in wenigen Minuten auszuradieren.

Die Generäle nutzten in infamer Weise die Begeisterung gerade der Jugendlichen für technische Perfektion und moderne Maschinen aus. Kriegsschiffe wurden vorgestellt, eine Brücke über die Donau geschlagen, es gab kostenlose Flüge im Hubschrauber, Fahrten auf Militärmotorrädern und Amphibienfahrzeugen.

Ebenso wurde ein Angriff über "Feindgebiet" demonstriert. Fallschirmtruppen wurden abgesetzt mit dem Auftrag, eine Brücke zu sprengen. Über Mikrophon informierte ein Offizier die Zuschauer über jede Phase dieses Manövers – bis dann die Brücke in die Luft flog.

In einem Schießkino konnte die Bevölkerung selber ein Gewehr in die Hand nehmen.

Für große Teile der Bevölkerung zeigte sich aber überdeutlich der Charakter dieses "Festes". Eine alte Frau sagte mir: "Zehn Jahre haben die uns ja in Ruh' gelassen, aber jetzt fangen sie wieder an zu spinnen und irgendwann wird's dann wieder ernst."

Ein "Zwischenfall" bei einem großen NATO-Manöver hatte erst wenige Tage zuvor große Empörung ausgelöst, als nämlich zwei auf Wache eingeschlafene Soldaten nachts von einem Panzer überrollt worden waren und auf der Stelle getötet wurden. Darüberhinaus wimmelte vor der Militärschau in Passau die ganze Stadt von Feldjägern, die ständig nach Plakatklebern und "subversiven Elementen" Ausschau hielten.

Aber davon liessen sich Passauer Antimilitaristen nicht aufhalten, mit Flugblättern und Plakaten eine Demonstration gegen das "Militärfest" anzukündigen. Das fand breite Sympathie in der Bevölkerung. Selbst Soldaten der Kaserne diskutierten die Aufrufe und erhofften sich von der Demonstration, daß ihre miserable



Lage der Öffentlichkeit klargemacht werden könnte. Bei Diskussionen mit Soldaten konnten Mitglieder der Passauer "Initiative gegen Militarismus und Krieg" feststellen, daß große Teile der Soldaten die Schau der Generäle als reine Pflichtübung betrachteten und keineswegs bestrebt waren, Propagandisten einer Armee zu sein, in der sie nur zu billigem Kanonenfutter ausgebildet werden.

Die von der "Initiative gegen Militarismus und Krieg" durchgeführte Demonstration konnte die Empörung gegen die Militärschau unter der Parole "Passau ist kein Truppenübungsplatz" organisieren.

kkw

Soldaten berichten

GRUNDAUSBILDUNG IN DER SCHARNHORSTKASERNE

Wir sind am 2.Juli 1973 zur Grundausbildung in die Scharnhorstkaserne 'eingerückt'. Da diese Kaserne viel Tradition hat, wurde kaum etwas verändert: 5 Toiletten für 50 Mann pro Flur, 12 Mann auf einer Stube, umgebaute Waschräume zu Unterkünften, Bilder aus dem 2. Weltkrieg 'verzieren' die Wände der Flure. Jetzt sind wir am Ende unserer 3-monatigen Ausbildung.

Eine Zusammenfassung:

1. 21-jähriger Leutnant (sehr sportlich) schikaniert die Rekruten, wo er nur kann, z. B. auf Märschen, indem er Kameraden, die nicht weiterkönnen, anschreit und sie lächerlich macht. Derselbe Leutnant äußerst sich auch über die jetzige 'Milde' dieser Ausbildung: "Man müßte wieder mit dem Bajonett arbeiten – rein in den Magen, umdrehen, rausziehen!" (Wortlaut)

2. Übungen zur Behandlung von Gefangenen:

a. "Russensitz": Man springt an einen dünnen Baum, rutscht mit verschränkten Beinen daran herunter, nach ca. 3 Minuten keine Durchblutung der Beine mehr möglich.

b. "koreanische Wassermethode": Fesseln an Händen und Füßen, Taschentuch übers Gesicht spannen, mit Wasser übergießen. Ergebnis: totale Atemnot.

c. Abtasten eines Gefangenen: Gefangener mit erhobenen Händen und Gesicht zur Wand. Messer wird zwischen Gesicht und Wand angesetzt, bei Bewegung des Gefangenen verrutscht das Messer in die Augen.

Auf unsere Frage an den Gruppen- und Zugführer, ob diese Foltermethoden nicht auf jeden Fall gegen die Genfer Konvention/Kriegsvölkerrecht verstoße, antwortete er: "Ich weiß, es ist beschissen, aber wissen müssen wir es, denn die 'Anderen' machen es ja auch!"

3. 29-jähriger Hauptmann (degradiert), Kompaniechef der 4.Komp. PzGren Btl13 Northeim: unternimmt Märsche, bei denen Kameraden zusammenbrechen (ca. 30 km mit großem Sturmgepäck und Panzerfaust, MG und G3). Er hat aus eigenen Mitteln eine 3-tägige Durchhalteübung finanziert, Preis: ca. 20 000 DM. Dieser Mann ist im höchsten Grade Militarist/Faschist. Er holt eigenmächtig Soldaten, die sich z. B. nach einem Marsch krank melden aus dem San-Bereich heraus mit der Begründung: 'Blasen etc. sind keine Krankheiten'. Kameraden der 4.Kompanie, die krankgeschrieben werden, müssen an ihrer Uniform, deutlich sichtbar, eine rote Karte tragen, auf der ihre Verletzung eingetragen ist. Das sieht ungefähr so aus:

PzGren: ....

4.Komp.PzGrenBtl.13 ....

Verletzung seit: ....

Art: Armbruch links ....

Bemerkung: Er ist vom Gebrauch des linken Arms befreit.

Hiermit wird der Kamerad lächerlich gemacht und bloßgestellt.

Am 8.September war in der Kaserne 'Tag der offenen Tür' mit Vereidigung der Rekruten. Da wir vor der Vereidigung Propaganda für die Verweigerung des Gelöbnisses machten (Flugblätter etc.) und auch sonst nicht ganz unbekannt waren, erschien einige Tage vor dem 'großen Ereignis' der MAD und stellte Fragen über politische Einstellung etc. Man konnte merken, daß die Offiziere nervös waren, es könnte etwas schief gehen an jenem Tag. Trotzdem hatten wir am 8.September 16 Mann zusammen, die das Gelöbnis nicht mitsprachen, erschreckend viel für die Herren Offiziere, da es im letzten Quartal nur 2 waren. An diesem Tag mußten wir auf den Stuben bleiben und durften nicht aus den Fenstern sehen, damit das 'einheitliche Bild' für die Zivilbevölkerung nicht zerstört würde. In dem Kasernengelände hielten sich zu der Zeit 30 MAD-Männer und Einzelkämpfer in Zivil aus unserem Bataillon auf.

Uns ist schon nach diesen 3 Monaten klar geworden:

Wir müssen alles tun, um unseren Kampf fortzusetzen, wollen wir aber erfolgreich sein, brauchen wir dazu die Unterstützung von 'außen', darum hier diese Veröffentlichung. Unsere Forderungen sind u. a.:

POLITISCHE MEINUNGSFREIHEIT FÜR SOLDATEN

MENSCHENWÜRDIGE BEHANDLUNG

ÜBERPRÜFUNG UND ENTLASSUNG BESTIMMTER OFFIZIERE

Arbeitsausschuß kritischer Soldaten
PzGren Btl 13 Northeim

Bundeswehr hochschulen

Ab 1. Oktober nehmen ca. 630 Bundeswehrsoldaten, Fähnriche und Leutnante aus allen Waffengattungen an den in Hamburg und München neu errichteten Bundeswehrhochschulen ihr Studium auf. Die Hochschulen der Bundeswehr befinden sich auf Kasernengelände; es besteht also kein Recht auf Versammlungsfreiheit. Die Bundeswehrstudenten unterstehen dem Soldatengesetz; das bedeutet Verbot politischer Betätigungen.

Ein Studium, das unter solch abschreckenden Bedingungen zu absolvieren ist, muß mit allen Mitteln attraktiv gemacht werden:

Ein Leutnant bezieht ein Gehalt von 1 400 DM monatlich und hat die Sicherheit, nach 12 Jahren Dienstzeit bei der Bundeswehr in der Wirtschaft aufgenommen zu werden. Auf diese Weise korrumpierte Offiziere sollen sich durch "klares Engagement in Staat, Gesellschaft und Beruf" ('Wehrkunde' 11/72) auszeichnen. Die Bundeswehr hat aufgrund der wachsenden antimilitaristischen Haltung der Jugend Offiziere dringend nötig, "die immer darauf aus sind, Legitimation und Leistung der Armee ständig zu verbessern." (ebenda) Sie sind für den kapitalistischen Staat Garanten für die Schlagkraft und zuverlässige Einsetzbarkeit der Armee gegen fremde Völker und streikende oder demonstrierende Arbeiter des eigenen Volkes.

Die Bundeswehrhochschulen sind jedoch nicht allein für die Armee des kapitalistischen Staates von Bedeutung. Es soll an einer möglichst "krisenfreien" Stelle des Hochschulsystems exemplarisch gezeigt werden, wie die normalen Studienbedingungen an allen Hochschulen auszusehen haben.

Maßnahmen zur Neuorganisierung des Studiums an den Hochschulen, die durch die kapitalistische Hochschulreform durchgesetzt werden sollen, sind beim Studium an den Bundeswherhochschulen von vornherein gegeben. Unter dem Gesichtspunkt der Integrierung der Bundeswehrhochschulen in eine künftige Gesamthochschule ist die "postivie Einwirkung" (ebenda) der an den kasernierten Hochschulen geschaffenen Reformrealitäten auf die zivilen Unis geplant.

Weg mit den Bundeswehrhochschulen! – Kampf der militaristischen Erziehung der Jugend!

Natotruppen gegen Arbeiter

Im NATO-Vertrag geloben die in ihm organisierten Staaten, daß sie bestrebt sind, "die innere Festigkeit und das Wohlergehen im nordatlantischen Gebiet zu fördern". Der Inhalt dieser knappen Formulierung wurde am 4.10. rund um die Firma Bosch-Blaupunkt in Hildesheim vorgeführt. Die Verteidigung der "inneren Festigkeit" für die Profite des westdeutschen Kapitals wurde hier von 5 000 Soldaten einer britischen Division erprobt. Was die lokale Presse als "Beitrag zur Völkerverständigung" (Hildesheimer Allgemeine Zeitung, 3.10.) ausgab, zeigte sich den Kollegen als plump verdeckte Übung zur Niederschlagung eines Arbeitskampfes in den beiden Werken.

Vor dem Eingang der beiden Werke stand ein Panzerfahrzeug. Doch die 8 000 Kollegen zählende Belegschaft wurde nicht nur am Eingang von einem Panzerfahrzeug bewacht, sondern die Werke waren im Umkreis von einem Kilometer systematisch durch 30 Panzerfahrzeuge eingekreist. Dieses Probespiel für anstehende Kämpfe konnte im Schutz des Waldes, der die Firma aus Gründen militärischer Tarnung umgibt, durchgeführt werden, ohne daß die Kollegen unmittelbar Zeugen der Einkreisung werden mußten. Proteste wurden dadurch verhindert.

Die selbständigen Streiks der letzten Monate und die brutalen Antworten des kapitalistischen Staates und seiner Polizei sowie Aktionen der Militärs vor und um die Fabriken, bringen den westdeutschen Arbeitern die Worte Liebknechts immer deutlicher ins Bewußtsein. Der gepanzerte Arm der Kapitalisten "ist stets erhoben, bereit, zerschmetternd einzuschlagen. Man heuchelt: 'zur Sicherung der Ordnung', 'zum Schutz der Freiheit der Arbeit', und man meint zur Sicherung der Unterdrückung, zum Schutz der Ausbeutung."

RESTLOSER ABZUG ALLER FREMDEN TRUPPEN AUS WESTDEUTSCHLAND UND AUFHEBUNG DES BESATZUNGSSTATUS! AUSTRITT AUS ALLEN IMPERIALISTISCHEN MILITÄRBÜNDNISSEN!

J.M.

Die Bauern wehrten sich



Hofgeismar / Kreis Kassel. Ende September blockierten 250 bis 300 Landwirte mit ihren Schleppern die Panzer der 2.britischen Division. An verschiedenen Orten gingen sie selbst mit Mistforken gegen die Manövertruppen vor. Immer wieder pflügten die Truppen durch die Kartoffel- und Rübenfelder, mähten Zäune reihenweise um und verdarben das Weideland. In bereits gepflügte Felder zogen sie tiefe Spurgräben. Unser Bild zeigt, wie die Panzer in einer Senke von Gottsbüren (Kreis Kassel) auf einem Kartoffelacker Rast machen. Ein Bauer auf seinem Schlepper beobachtet die Truppe. Mit ihren Widerstandsaktionen haben die Bauern wirksam den Ablauf des Manövers gestört.

Israel ist der Agressor

ISRAEL WAR VON ANFANG AN EIN IMPERIALISTISCHER BESATZERSTAAT

Kaum war der erste Schuß im neuen Nahost-Krieg gefallen, stand für die Bourgeoisie in unserem Lande fest, wer der Angreifer und wer das Opfer ist. Ernst Benda, einer der Väter und eifrigsten Verfechter der Bonner Notstandsgesetze und mit ihm einige SPD-Mitglieder rufen in großformatigen Anzeigen in 'Bild' und 'Welt' am 11.10. zu Spenden für Israel auf, das seine Gegner auf die Waffenstillstandslinien von 1967 'zurückdrängen' müsse. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Heinz Kühn erklärte am 14.10. vor der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, daß das israelische Volk 'mit brutaler Waffengewalt' überfallen worden sei. CDU-Stoltenberg erklärt, daß 'unsere Sorgen der Zukunft erneut in seiner Existenz bedrohten Israel gelten'.

Daß die ägyptischen und syrischen Truppen bei ihrer Offensive von vorletzter Woche eigenes Land betraten, das Israel nach seinem Blitzkrieg gegen die arabischen Staaten von 1967 annektiert hatte und besetzt hielt, wollen diese Herren vergessen machen.

Aber es ist nicht die Sorge um die Juden, die die westdeutsche Bourgeoisie treibt, wenn sie sich um die 'Existenz' Israels Gedanken macht. Es ist die Sorge um einen der zuverlässigsten Stützpunkte des Imperialismus im Nahen Osten, um die es bei dem ganzen Propagandarummel der herrschdenden Klasse geht, wenn sie die aggressive Politik Israels rechtfertigen und offen verteidigen.

Als der Staat Israel 1948 blutig aus der Taufe gehoben wurde, schien der Sinn und Zweck der gewaltsamen Besiedlung Palästinas erfüllt zu sein. Palästina war als ein Land von der Landkarte verschwunden, die wenigen Araber, die im neuen Staat Israel zurückblieben, lebten in Armut und Unterdrückung. Das übrige palästinensische Volk war in Flüchtlingslagern vor die Grenzen des neuen Staates Israel vertrieben worden, wo es ein menschenunwürdiges Dasein erwartete.

Israels Kriegsminister Dayan sieht diesen Vorgang in einem Interview mit der "Welt" vom 1.6.1973 so:

"Es haben ungefähr 700 000 Palästinenser da gelebt, wo jetzt Israel ist. Und während des Krieges (den Israel 1948/49 führte) sind sie davongelaufen." Oder: **"Nun, meine ich, gibt es keinen Raum mehr für die arabischen Flüchtlinge von 1948, keinen Ort mehr für sie, an den sie im alten Israel zurückkehren könnten. Was geschehen ist, kann man nicht ungeschehen machen."**

Bis heute ist Letzteres ein Hauptbestandteil der Politik Israels. Die Zionisten nennen das die Politik der "vollendeten Tatsachen". Besonders in den von Israel seit dem Junikrieg 1967 besetzten Gebieten ging es um die Schaffung immer neuer "Tatsachen", wie immer, wenn Israel im Nahen Osten 1948/49, 1956 und schließlich 1967 seine Besatzungsmacht über Palästina ausdehnen wollte.

DIE POLITIK ISRAELS IN DEN SEIT 1967 BESETZTEN GEBIETEN

"Solange der Araber in den besetzten Gebieten nicht gegen uns handelt, ist er für mich ein Bürger wie jeder beliebige Israeli. Keine Ausgangssperre darf es geben, keine Einschränkungen. Sofern er nichts gegen uns unternimmt." (Dayan am 16.6.73 in der "Welt")

Die Logik des Faschisten Dayan hat über die arabische Bevölkerung in den besetzten Gebieten unsagbares Leid und T error gebracht.

Im Junikrieg 1967 eroberten die Israelis Gebiete Ägyptens, Syriens und Jordaniens: die Sinai-Halbinsel mit dem 'Gaza-Streifen', die Golan-Höhen, das Westufer des Jordan. Ostjerusalem wurde unwiderruflich als zu Israel gehörig bezeichnet. Um ihre Herrschaft in den besetzten Gebieten zu festigen, gingen die Israelis gegen deren Bevölkerung mit brutalsten Mitteln vor. Ganz besonders hatten die von Israel 1948 schon einmal vertriebenen Palästinenser zu leiden, über die die Israelis in den besetzten Gebieten nach 1967 ein zweites Mal herfielen. Damit diese Palästinenser gegen den Besatzer Israel nichts unternahmen, ging Israel mit offenem Terror gegen sie vor. Den von Ägypten bis 1967 verwalteten Gaza-Streifen, in dem viele Tausend Palästinenser Zuflucht vor den Israelis gefunden hatten, umstellten nach seiner Eroberung 70 000 israelische Soldaten. Weite Teile des Gaza-Streifens glichen einem übervölkerten Konzentrationslager. Die Israelis kämmten Hütte um Hütte durch, um nach mutmaßlichen Angehörigen des palästinensischen Widerstands zu suchen. Sie folterten und töteten viele Menschen. Im Februar dieses Jahres erfuhr man aus der Presse ein neuerliches Verbrechen der Zionisten in diesem Gebiet. Mehrere Tausend Beduinen, die als Nomaden im südlichen Gebiet des Gaza-Streifens lebten, wurden von den israelischen Besatzern von einem Tag auf den anderen "ausgewiesen". Das israelische Regime plante, an dieser Stelle jüdische Siedlungen zu errichten. Nachdem sie die Beduinen vertrieben hatten, wurde das Gebiet dann eingezäunt. Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hat diesen unmenschlichen Akt scharf verurteilt. Dieser Terror der Israelis herrscht in allen besetzten Gebieten.

DIE BESIEDELUNGSPOLITIK ISRAELS – VORAUSSETZUNG FÜR DIE ENDGÜLTIGE INBESITZNAHME DER BESETZTEN GEBIETE

Ziel des israelischen Terrors in den besetzten Gebieten ist vor allem, die jüdische Besiedlung arabischen Bodens vorzubereiten.

In den eroberten Gebieten wurde sofort 1967 damit begonnen, Wehrdörfer und israelische Siedlungen zu errichten, die Dayan selber als neue "Tatsachen" auf dem Weg der "Israelisierung" der besetzten Gebiete bezeichnet. So gründeten die Israelis knapp 50 jüdische Siedlungen in Westjordanien, auf den syrischen Golan-Höhen, auf der Sinai-Halbinsel und im Gaza-Streifen. Seit 1967 verfolgt die israelische Regierung damit den Kurs, diese Gebiete **endgültig** in ihren Besitz zu nehmen.

Israel stellte bald Finanzhilfen und Steuerbegünstigungen für Israelis zur Ansiedlung in den besetzten Gebieten in Aussicht.

Israel plante zwei riesige Städte auf der Sinai-Halbinsel, darunter einen neuen israelischen Hafen. Die Beschlagnahme großer arabischer Ländereien stand "aus Sicherheitsgründen" auf der Tagesordnung. Aus Militärkreisen verlautete 1973, die Gesamtfläche des von Israel seit dem Juni 1967 beschlagnahmten Gebiets betrage 120 000 Hektar.

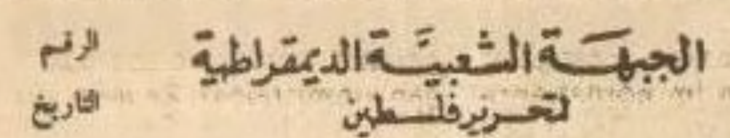


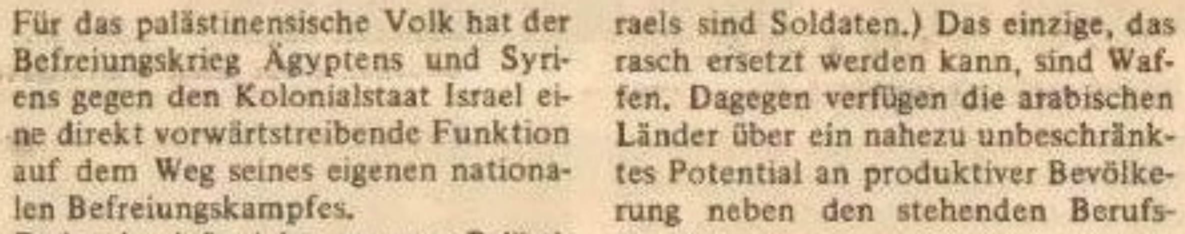
Ägyptischer Soldat: "Befreiung!"

Wenn uns die westdeutschen Propagandisten der Bourgeoisie aller Schattierungen derzeit klarmachen wollen, es ginge bei dem neuen Krieg im Nahen Osten um das "Existenzrecht" Israels, so heißt das: Das Ziel des zionistischen Regimes ist es von Anfang an gewesen, das palästinensische Volk **verschwinden** zu lassen. In seiner 25-jährigen Geschichte hat Israel der Weltöffentlichkeit dieses Ziel immer wieder vor Augen geführt. –C.K.–

Der Krieg und die Befreiung Palästinas

DER BEFREIUNGSKRIEG ÄGYPTENS UND SYRIENS FÖRDERT DIE NATIONALE BEFREIUNG PALÄSTINAS





Beirut, den 13. 10. 1973

Aufruf an alle antiimperialistischen und demokratischen Kräfte in Westdeutschland

Unterstützt den Befreiungskampf der arabischen Völker, unterstützt den revolutionären Kampf des palästinensischen Volkes und der Organisationen des Widerstandes!

Wenige Tage nachdem Ägypten und Syrien den bewaffneten Kampf gegen den nationalen Feind und seine imperialistischen Helfershelfer aufgenommen haben, zeigt sich, daß dieser Krieg zu einem Befreiungskampf der Arabischen Völker gegen die Großmachtpolitik des US-Imperialismus und seiner Handlanger im Nahen Osten geworden ist.

In allen arabischen Ländern melden sich Freiwillige, die das Recht auf Selbstbestimmung und politische Unabhängigkeit, auf Verfügung über die nationalen Bodenschätze und den Aufbau einer nationalen, unabhängigen Wirtschaft mit der Waffe durchsetzen wollen, nachdem die Geschichte sie gelehrt hat, daß Imperialismus und Zionismus nicht freiwillig von ihrer unterdrückerischen und expansionistischen Politik zurücktreten. Die Arabischen Völker unterstützen diesen Krieg, nicht weil sie den Krieg besonders lieben, sondern weil nur so der rassistischen Überheblichkeit, der Arroganz und dem Militarismus des zionistischen Staates Israel ein Ende gesetzt werden kann.

Die ersten Tage des Kampfes haben bereits gezeigt, daß das Märchen vom unbesiegbaren zionistischen Staat endgültig widerlegt ist, daß die israelische Regierung das Opfer ihrer eigenen Großmäuligkeit geworden ist. Die zionistische Propaganda kann den Massen nicht verheimlichen, daß der Staat, der zionistische Herrschaftsapparat, nicht nur militärisch bedroht, sondern politisch schwer gefährdet ist.

Der Palästinensische Widerstand und das Palästinensische Volk haben vom ersten Tag an in diesen Kampf eingegriffen: Die Widerstandskämpfer haben sich an den Operationen der arabischen Armeen beteiligt, gleichzeitig haben sich die Fedayin zu Kommandooperationen unter gemeinsamem Oberkommando gewählter revolutionärer Führer zusammengeschlossen. Alle Kräfte wurden vereinheitlicht, eine dritte Front aufzubauen, eine Front, die quer durch den zionistischen Herrschaftsbereich verläuft.

Überall in den besetzten Gebieten schließen sich die arabischen Massen zu Demonstrationen und Streiks zusammen. Die Kommandooperationen, die weit in die besetzten Gebiete oder nach Israel hineingetragen werden, zeigen erneut, daß der palästinensische Widerstand seine Unterstützung in den Zentren der zionistischen Herrschaft selbst findet und daß es den Zionisten nicht gelingt, in Palästina die Verschärfung der Widersprüche und die Entfaltung des revolutionären Befreiungskampfes zu verhindern.

Dieser Krieg fordert die Opfer der arabischen Massen, er fordert die Einheit der progressiv-nationalen und demokratischen Kräfte in allen arabischen Ländern, er fordert die Einheit der Armeen mit den revolutionären Kämpfern und die Geschlossenheit der arabischen Völker im Kampf gegen Imperialismus und Zionismus.

Bereits jetzt haben die arabischen Völker einen großen politischen und militärischen Sieg erzielt, aber das Ende der Auseinandersetzungen ist noch nicht abzusehen.

Dieser erste Schritt vorwärts zur nationalen und revolutionären Befreiung von jeglicher Fremdherrschaft im Nahen Osten kann aber über die schweren materiellen Belastungen nicht hinwegtäuschen, denen die arabischen Völker ausgesetzt sein werden.

Allerdings haben diese Belastungen in den verschiedenen Organisationen und Einheiten, die sich jetzt dem Kampf anschließen, unterschiedliche Ausmaße und Auswirkungen. Der palästinensische Widerstand, die Widerstandsorganisationen mobilisieren alle Mittel, um die Kämpfer und Freiwilligen, die sich jetzt dem Widerstand anschließen, ausreichend zu versorgen.

Seit Tagen rüstet die F.P.D.L.P. ihre Kämpfer mit Lebensmitteln, Kleidern und Medikamenten aus. Alle Aufgaben werden darauf beschränkt, den Kampf und den Aufbau der dritten Front voranzutreiben. Die Organisation leistet so ihren Beitrag im Rahmen der PLO, den revolutionären Kampf des Widerstandes und des Volkes zu entfalten.

Wir fordern alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in Westdeutschland auf, diesen Kampf durch Geldspenden, Medikamentensammlungen und Solidaritätsveranstaltungen zu unterstützen!

ALLE WAFFEN IN DIE HÄNDE DER ARABISCHEN VÖLKER!

FÜR DIE EINHEIT DER NATIONAL-PROGRESSIVEN UND REVOLUTIONÄREN KRÄFTE

KAMPF GEGEN ZIONISMUS, IMPERIALISMUS UND ARABISCHE REAKTION!

Mit solidarischen Grüßen

Das Zentralkomitee der Demokratischen Volksfront zur Befreiung von Palästina

F.P.D.L.P.

Für das palästinensische Volk hat der Befreiungskrieg Ägyptens und Syriens gegen den Kolonialstaat Israel eine direkt vorwärtstreibende Funktion auf dem Weg seines eigenen nationalen Befreiungskampfes.

Dadurch, daß nicht nur ganz Palästina, sondern auch syrisches und ägyptisches Land von Israel gewaltsam besetzt und von seiner Annektionspolitik betroffen ist, kämpfen die drei Völker im breiten Bündnis mit den arabischen nationalen Kräften gegen den gemeinsamen Hauptfeind.

Die bürgerlichen Regimes von Ägypten und Syrien haben mit allen Mitteln versucht, sich mit den imperialistischen Mächten zu arrangieren. Die Annahme der UNO-Resolution von 1967, welche jegliche nationalen Rechte des palästinensischen Volkes außer Betracht läßt, die grundsätzliche Bereitschaft zur Anerkennung des Staates Israel und zunehmend repressive Maßnahmen gegen die Aktionsfreiheit der palästinensischen Widerstandsbewegung in beiden Ländern widerlegen klar verschleiernde Worte. Über diese weiterhin so konsequent wie möglich verfolgte Politik der arabischen Bourgeoisie darf man sich nicht hinwegtäuschen lassen, und daß sie sich nur ungern auf Druck ihrer empörten Volksmassen und der palästinensischen Widerstandsbewegung den Krieg zur Rückeroberung der besetzten Gebiete haben aufzwingen lassen. T rotzdem beweist dieser Erfolg der Völker und ihrer Befreiungsbewegung, daß ihre Seite im Kräfteverhältnis überwiegt. Die revolutionären Kräfte wissen, daß diese Gelegenheit unbedingt und mit größter Wachsamkeit zur Vorantreibung der Revolution im ganzen Raum wahrgenommen werden muß. Für die gesamte arabische demokratische und revolutionäre Bewegung bedeutet dies eine verstärkte Massenmobilisierung und für die palästinensische Widerstandsbewegung insbesondere eine Schwächung ihres Hauptfeindes Israel.

Dieser sich hinziehende Abnutzungskrieg hat für Israel ganz im Gegensatz zu den früheren Blitzkriegen besonders schwerwiegende Folgen: einmal den Verlust an jungen, produktiven und kampffähigen Menschen, und zweitens den enormen Produktionsausfall während des Krieges. (Ein **Drittel der gesamten Arbeitskräfte Israels sind Soldaten.)** Das einzige, das rasch ersetzt werden kann, sind Waffen. Dagegen verfügen die arabischen Länder über ein nahezu unbeschränktes Potential an produktiver Bevölkerung neben den stehenden Berufsarmeen.

DIE GEGENWÄRTIGEN KAMPFBEDINGUNGEN UND AUFGABEN DER PALÄSTINENSISCHEN WIDERSTANDSBEWEGUNG

Die Widerstandskräfte kämpfen Seite an Seite mit den beteiligten nationalen arabischen Armeen im Golan und in Sinai gegen den gemeinsamen Besatzer und nationalen Feind.

Ferner ist es der Widerstandsbewegung im Libanon gelungen, das Grenzgebiet zu Israel wieder unter ihre Kontrolle zu bringen, nachdem sie sich von dort zuletzt nach dem Liquidierungsversuch der libanesischen Reaktion hatte in die Lager zurückziehen müssen. Von da aus werden israelische Stellungen ununterbrochen angegriffen.

Nur König Hussein von Jordanien blockiert noch immer mit seiner volksfeindlichen Privatarmee den Zugang zur entscheidenden,300 km langen jordanisch-israelischen Grenze. Dort entlang liefe die jetzige Kampffront zur nationalen Befreiung Palästinas. Daß König Hussein dies verhindert, liegt einerseits an seiner totalen Abhängigkeit vom Imperialismus und andererseits an seinem persönlichen Herrschaftsanspruch auf einen Teil des von Israel besetzten Palästina. Würden aber diese Gebiete von palästinensischen Streitkräften befreit, wäre sein Machtanspruch von vornherein beschnitten. Auch für sein eigenes Interesse hatte er die palästinensische Widerstandsbewegung 1970 und 1971 in seinem Land vollständig liquidiert und vertrieben.

Innerhalb Israels, dem besetzten Palästina, stellt sich dem palästinensischen Volk die Aufgabe, den Kampf im engen Bündnis mit den revolutionären israelischen Kräften durch den Angriff von innen auf den zionistischen Staatsapparat massiv aufzunehmen. Am 6.Oktober hat die PLO (palästinensische Befreiungsorganisation) die Bevölkerung dort aufgerufen: "Erhebt euch und organisiert den Generalstreik! Boykottiert die Besatzer, die Arbeit auf den Feldern und alle Einrichtungen der Besatzer! Geht auf **die Straße und bringt alle Manöver** und Truppenbewegungen des Feindes zum Erliegen! Organisiert den totalen Boykott ihrer Fabriken, Verwaltungsgebäude und öffentlichen Einrichtungen! Macht ihnen ihre Anwesenheit in unserem Land zur finsteren Hölle!"

MOBILISIERUNG GEGEN EINEN "FRIEDEN", DER DIE PALÄSTINA–FRAGE LIQUIDIERT

Die wichtigste politische Aufgabe, die sich für die gesamte Widerstandsbewegung speziell aus diesem Krieg ergibt und überall gleichermaßen gilt, ist die breiteste Mobilisierung arabischer Massen gegen einen Waffenstillstand, wie er von den US-Imperialisten angestrebt wird,

Nicht nur die Ziele des palästinensischen Volkes, sondern auch die der arabischen Massen gehen viel weiter als die Forderungen der bürgerlichen Regimes, denen es nur um die staatliche Souveränität gehen kann.

Präsident Sadat hat am 16.Oktober in seinem "offenen Brief an Präsident Nixon" sofortige Waffenruhe angeboten, wenn Israel sich auf die vor dem 6-Tage-Krieg bestehenden Grenzen zurückziehen würde. Danach wäre er bereit, "an einer Weltfriedenskonferenz bei den Vereinten Nationen teilzunehmen", und auf dieser Konferenz "mein Bestes tun, meine arabischen Freunde, die direkt in den Konflikt verwickelt sind, und die palästinensischen Führer zu überzeugen, mit dem Weltgremium zusammenzuarbeiten, die Grundlagen für einen auf Respekt für die legitimen Rechte der Völker dieser Region basierenden Frieden zu legen". Die gerechte Forderung der palästinensischen Widerstandsbewegung nach der Zerschlagung des faschisisch-rassistischen Zionistenstaates in Palästina bleibt unbeachtet.

Dabei ist die Erfüllung dieser Forderung die notwendige Voraussetzung für die Errichtung eines demokratischen Staates Palästina, in dem Juden, Moslems und Christen friedlich zusammenleben unter Garantie der Gleichberechtigung für alle. Für dieses Ziel führt die palästinensische Widerstandsbewegung ihren langwierigen, hartnäckigen Kampf gemeinsam mit den revolutionären israelischen Kräften und unterstützt von den arabischen Volksmassen. Für die arabischen Völker wiederum wird die Befreiung von imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung erst dann möglich, wenIsrael, der engste Verbündete und Militärmacht des US-Imperialismus im Nahen Osten zerschlagen ist. A.G.

Brückenkopf der USA

DIE USA NUTZEN DIE AZOREN FÜR DEN ISRAEL-NACHSCHUB

Für die Unterstützung des imperialisitschen Krieges Israels gegen die arabischen Staaten benutzte die amerikanische Luftwaffe auch ihren Stützpunkt auf den Azoren vor der Westküste Afrikas in der Höhe von Guinea als Zwischenlandeplatz für die Nachschub-Luftbrücke für Israel. Damit wird deutlich, welchen strategischen Stellenwert die Azoren immer noch für die imperialitsischen USA haben; doch nicht nur, um im Nahen Osten einzugreifen, sondern auch den afrikanischen Kontinent und den Vorderen Orient zu kontrollieren und dort "bei Bedarf" einzugreifen.

Die Azoren sind Teil des portugiesischen Kolonialreiches. Die amerikanische Präsenz auf den Azoren geht zurück auf das Ende des 2.Weltkrieges. 1951 wurde im Rahmen des NATO-Paktes zwischen der faschistischen Regierung in Lissabon und den imperialistischen USA eine Vereinbarung unterzeichnet, nach der die USA in Kriegszeiten das Recht haben, die Inseln als Basis zu benutzen. In Friedenszeiten können die USA Truppen dort stationieren. Der Vertrag muß alle 5 Jahre erneuert werden. Seit 1951 wurde der Vertrag immer wieder verlängert. Allein zwischen 1951 und 1957 investierten die USA 100 Millionen Dollar in ihre Basis. Portugal erhielt als Gegenleistung z. B. nach der Vertragserneuerung von 1963 einen 50 Millionen Dollar-Kredit, die Häfte der Finanzierungsmittel für ein Kriegsschiff im Wert von 15 Millionen Dollar und 30 Kampfflugzeuge T-37 C.

Bei der Vertragsverlängerung 1971 erhielt Portugal einen 435 Millionen Dollar-Kredit, außerdem Flugzeuge, Gewehre, Tanks, Munition, Giftstoffe Offiziere werden von den US-Streitkräften ausgebildet; so erhielten einige ein "Counter-insurgency" Spezialtraining in Fort Bragg und entsprechende amerikanische Spezialisten stehen auch im Kolonialkrieg zur Verfügung.

Die Benutzung der Azoren zur Unterstützung Israels macht noch einmal die ganze Kollaboration der Imperialisten und Faschisten deutlich. Die USA unterstützen Portugal in seinem Kolonialkrieg und Israel in seinem imperialistischen Krieg gegen die arabischen Völker. Israel selbst unterstützt Portugal in seinem Kolonialkrieg und ebenso die Rassisten Südafrikas und Rhodesiens. Beide Länder liefern wiederum Waren an Israel und unterstützen den portugiesischen Kolonialismus; und die Bundesrepublik liefert Waffen über Israel und Südafrika für den portugiesischen Kolonialkrieg. Was könnte besser den reaktionären Imperialismus charakterisieren als dieses Einvernehmen zwischen den Imperialisten, Rassisten und Kolonialisten, die sich zusammengefunden haben, um den Befreiungskampf der unterdrückten Völker niederzuschlagen?

Doch daß selbst eine solche Allianz gegen einen Volkskrieg nichts ausrichten kann, zeigt sich in der Republik Guinea-Bissau, wo das Volk vor wenigen Wochen nach einem langen Befreiungskampf seine völkerrechtliche Unabhängigkeit proklamiert hat und die Kolonialisten bereits ihre Koffer packten und Frauen und Kinder zurück nach Lissabon schicken, weil sie erkennen mußten, daß ihre Niederlage unvermeidlich geworden ist.

B.K.

Aufruhr in Thailand

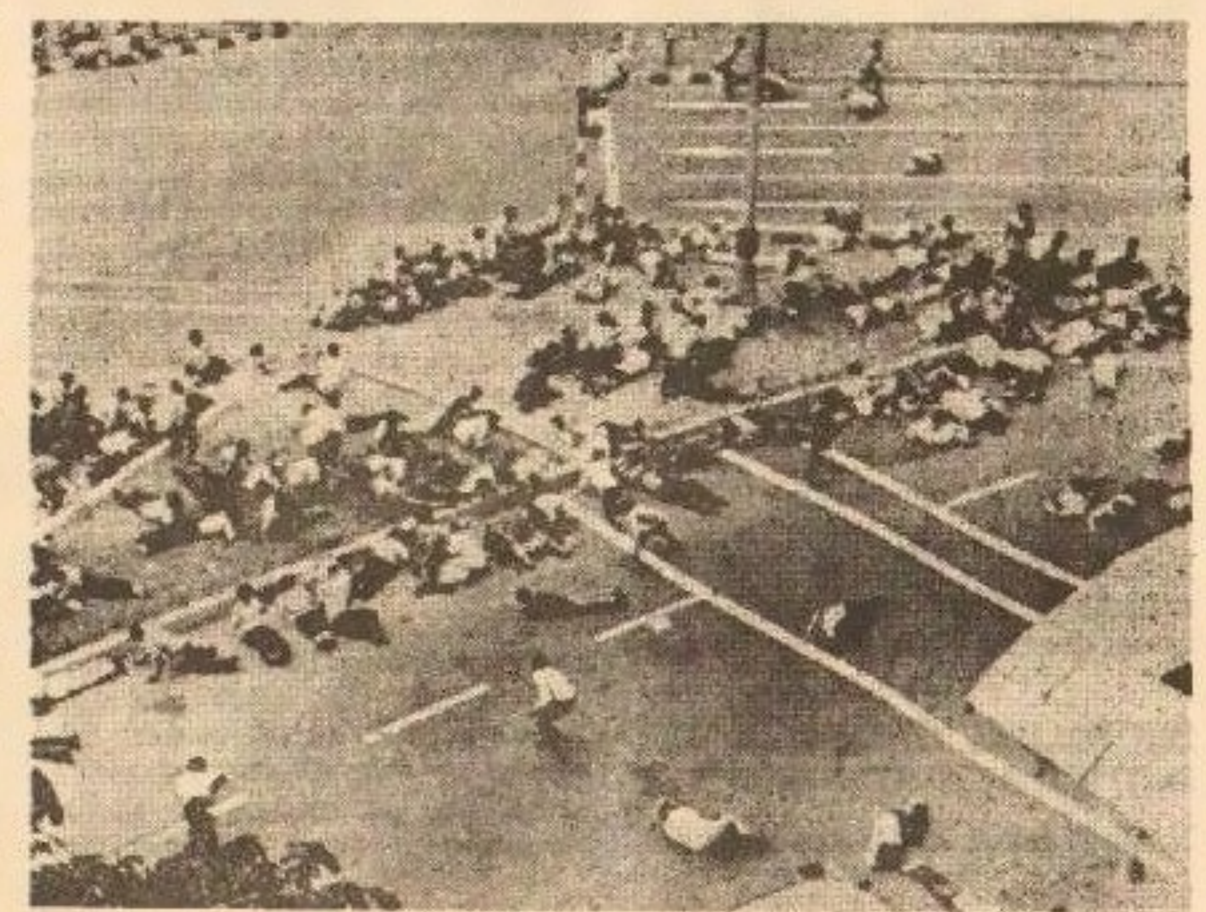
DEMONSTRATIONEN FÜR UNABHÄNGIGKEIT

Am Samstag vor acht T agen demonstrierten in Bangkok über 200 000 Studenten, buddhistische Mönche, Bauern und Arbeiter. Der unmittelbare Anlaß war die Inhaftierung von 13 Studenten, die demokratische Freiheiten und eine neue Verfassung gefordert hatten.

Die Demonstranten verlangten die Absetzung und Hinrichtung des faschistischen Präsidenten Thanom Kittikachorn, seines Stellvertreters Praphas Arsasthien und seines Polizeichefs. Nach blutigen Straßenschlachten, bei denen etwa 300 Menschen den Tod fanden, wurde der Rektor der Universität für Politische Wissenschaften zum neuen Regierungschef ernannt. Ein Teil der Studentenführer und der Führer der Mönche rief zur Unterstützung der neuen Regierung auf und erklärte, für die Ausschreitungen seien separate Gruppen verantwortlich (FR, 16.10.), die das Polizeipräsidium und einige Polizeistationen angezündet hatten. Kittikachorn ist jetzt nach den USA abgehauen.

Kittikachorn setzte 1971 die Verfassung außer Kraft und konzentrierte die Zentralgewalt in einem sogenannten "revolutionären Rat".

Dieser sogenannte revolutionäre Rat bestand ausschließlich aus Militärs. Thailand wird von den US-Imperialisten und zunehmend von den japanischen Imperialisten beherrscht. Die USA haben Thailand zu ihrer wichtigsten Militärbasis ausgebaut. Von hier aus wurden die Bombenangriffe auf Vietnam, Laos und Kambodscha gestartet. Auf 9 Stützpunkten sind 500 Kampfflugzeuge und über 50 000 US-Söldner stationiert. Der amerikanische Geheimdienst CIA hat außerdem eine aus Einheimischen gebildete Spezialtruppe aufgebaut mit einer Stärke von 30 000 Mann. Diese Einheiten werden in Kambodscha und Laos gegen die Volksbefreiungsstreitkräfte eingesetzt.



Die Polizei erschoß über 300 Demonstranten

Von dem Dollarstrom, der nach Thailand fließt, profitiert nur eine kleine Schicht von Militärs und Geschäftemachern. Die Lage der breiten Volksmassen verschlechtert sich dagegen immer mehr und die thailändische nationale Bourgeoisie steht vor dem Bankrott.

Dagegen entfaltete sich schon seit Jahren ein breiter Widerstand. Im ganzen Land wurden Boykottaktionen ausländischer Waren durchgeführt und Maßnahmen zur Sicherung der nationalen Wirtschaft verlangt. Im Zusammenhang mit dem Kampf für nationale Unabhängigkeit tritt das thailändische Volk für den Abzug aller ausländischen Streitkräfte von seinem Territorium ein. Auch Teile der nationalen Bourgeoisie sind für eine "Revision von Thailands Außenpolitik nach dem Ende des Vietnamkrieges". Die Studenten führten an vielen Plätzen Ausstellungen, die die US-Aggression in Thailand und Indochina verurteilten, und Kriegsverbrechertribunale durch.

Der konsequenteste T eil der thailändischen national-demokratischen Bewegung organisiert sich in der Patriotischen Front Thailands (FTP). Sie wurde 1965 gegründet, und ihre bewaffneten Streitkräfte haben bereits Gebiete im Norden und Nordosten befreit.

–J.W.–

Chile, organisierter Widerstand

DIE EINHEITLICHE FÜHRUNG WIRD HERGESTELLT

Während in Chile der faschistische Terror der Militärjunta weiter anhält, versucht sie nach außen hin den Völkern der Welt vorzuspiegeln, sie brächte die angeblich durch die Unidad Popular (UP) zerrütteten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse wieder "in Ordnung". Hierbei kommen ihr Politiker wie Wischnewski (SPD) und Heck (CDU) bereitwillig zu Hilfe.

Heute redet die Junta davon, sie wolle "das Land wiederaufbauen", sie verlangt vom Volk "große Opfer". Die Junta meint den Wiederaufbau der alten Ausbeuterordnung, meint die Rückeroberung Chiles durch den Imperialismus. Schon gleich zu Beginn ihrer Diktatur bot sie ausländischem Kapital beste Bedingungen für die Investition in Chile. Wie in letzter Zeit deutlich geworden ist, sehen diese Bedingungen so aus:

Für Oktober vorgesehene Lohnangleichung an die Inflationsrate wurde nicht durchgeführt, darüberhinaus wurde ein Lohnstopp auf unbefristete Zeit verordnet. Die Gewerkschaften wurden verboten, ihre Führer und aktiven Mitglieder werden blutig verfolgt; das Streikrecht wurde abgeschafft. Gleichzeitig steigen die Preise in einem Maß, wie es das chilenische Volk bisher nicht gekannt hat. So stieg, wie die bürgerliche Presse in der letzten Woche zugeben mußte, nach dem Putsch der Fischpreis (Fisch ist das wichtigste Grundnahrungsmittel der Arbeiter- und Bauernfamilien) um 300 %; Säuglingsnahrung wurde um 1 000 % teurer. Insgesamt sind die Preise für Grundnahrungsmittel, die unter der UP-Regierung zum Teil eingefroren waren, um 200 bis 1 800 % gestiegen.

Die Käuferschlangen vor den Geschäften in Chile sind nicht deswegen verschwunden, weil es – wie die Junta behauptet – wieder alles in genügendem Maß zu kaufen gibt, sondern weil die werktätigen Massen aufgrund der gestiegenen Preise nichts mehr kaufen können.

Die Arbeiterklasse sieht sich nach dem Putsch ungeheurer Ausbeutung gegenüber, gegen die sie, ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen beraubt, nur unter schwersten Bedingungen kämpfen kann. Sie ist momentan den Preissteigerungen ebenso hilflos ausgeliefert wie dem Zwang, täglich bis zu vier unbezahlte Überstunden leisten zu müssen oder den zahllosen Entlassungen von Arbeitern, von denen bisher über 100 000 betroffen waren.

Jedoch trifft der Imperialismus, der Chile wieder in sein System der Ausbeutung eingliedern will, in Chile auf eine kampferfahrene Arbeiterklasse, deren Breite und ideologische Stärke beispiellos in Lateinamerika ist.

DIE ORGANISIERUNG DES WIDERSTANDS

Für die Kraft des chilenischen Volkes spricht die Fähigkeit der chilenischen Revolutionäre, unter schwierigsten Bedingungen die Fehler der Vergangenheit selbstkritisch zu diskutieren und zu überwinden. Wir drucken im folgenden einen Artikel aus der ersten Nummer der Zeitung des chilenischen Widerstandes ab, die "Resistencia" – Widerstand – genannt wurde.

"RESISTENCIA"

"Nach zwei Wochen heroischen revolutionären Widerstands der chilenischen Arbeiterklasse und des Volkes haben sich Genossen der Parteien und revolutionären Organisationen MIR, MAPU, Arbeiterpartei, Sozialistische Partei, Sozialistische Jugend und der Isquerda Cristiana (Linkschristen) zusammengeschlossen, mobilisiert und organisiert, um die Vorstellungen und Aktionen der revolutionären chilenischen Gegenoffensive zu verbreiten. Die Zeitung Resistencia erscheint dank der kämpferischen lateinamerikanischen Organisationen, die treu zum Grundprinzip des proletarischen Internationalismus halten. Wie Camillo Torres sind sie davon überzeugt, daß die Revolutionäre die Gemeinsamkeiten hervorheben müssen und nicht die Differenzen vergrößern dürfen.

Eines der Ziele der Resistencia ist es auch, mit der schändlichen Blockade zu brechen, die die Weltpresse auf falsche Weise und mit dem Anspruch auf Objektivität durch eine Kampagne von Lügen und Verdrehungen in Bezug auf Chile errichtet hat. Deshalb war das Erscheinen einer kämpferischen Zeitung vorrangig, war es eine unmittelbare und zwingende Notwendigkeit.

"Resistencia" soll alle chilenischen Revolutionäre und Volkskämpfer, alle Lateinamerikaner, Arbeiter und Studenten, erreichen, die sich dem chilenischen, lateinamerikanischen und internationalen Klassenkampf angeschlossen haben. Die "Resistencia" will zur ideologischen und politisch-militärischen Wiederaufrüstung der Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes unter dem Banner des Marxismus-Leninismus beitragen.

Aus diesem Grund will die "Resistencia" keineswegs beschränkte und dogmatische Formen der traditionellen Parteipresse neu auflegen. Wir wollen mit all unseren Kräften darauf hinarbeiten, eine regelmäßige Zeitung herauszugeben, kritisch und unabhängig, offen für alle revolutionären Gruppen, die sich ehrlich mit unserer Sache identifizieren.

Jede Nummer zu lesen, zu diskutieren und zu verbreiten ist eine Pflicht für alle revolutionären Genossen Lateinamerikas. Wir müssen uns vollständig über die Bedeutung und Notwendigkeit der Zeitung im Klaren sein und in diesem Sinn die Worte Lenins begreifen: 'Die Rolle der Zeitung beschränkt sich jedoch nicht allein auf die Verbreitung von Ideen, nicht allein auf die politische Erziehung und die Gewinnung von Bundesgenossen. Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und ein kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Was das Letztere betrifft, kann sie mit einem Gerüst verglichen werden, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird: Es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, es erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten gemeinsamen Resultate zu überblicken.'

Machen wir also die Resistencia zu einer großen revolutionären Zeitung, um mit ihrer Hilfe ein großes Potential an revolutionären Kämpfern und Kräften aus dem Volk zu schaffen, die die Arbeiterklasse und das Volk, die in Chile kämpfen, aktiv unterstützen. Denn in Chile kämpft Lateinamerika!"

Botschaft verweigert Asyl

BRD–BOTSCHAFTER STÜTZT MILITÄRJUNTA

Unmittelbar nach dem Putsch in Chile veranstaltete die SPD in mehreren Städten Veranstaltungen. In ihren Flugblättern, mit denen die SPD zu Veranstaltungen aufrief, heißt es: "Unsere Solidarität gehört der arbeitenden Bevölkerung in Chile". Wie es mit den Taten aussieht, war aus einem Beitrag der Sendung REPORT im 1.Fernsehprogramm vom 15.10. zu erfahren. Im Gegensatz zu den Botschaftsresidenzen von Finnland, Holland, Schweden oder der Schweiz, um nur einige zu nennen, gewährt die deutsche Botschaft keinerlei Schutz für chilenische Volksfrontanhänger und andere Verfolgte der Militärjunta. Auf entsprechende Fragen reagierte der deutsche Botschafter gegenüber den Reportern äußerst gereizt und nervös, und berief sich auf diplomatische Gepflogenheiten und das "Völkergewohnheitsrecht". Aber das Verhalten der deutschen Botschaft entspricht nur den Gewohnheiten der Imperialisten, die das chilenische Faschistenregime unterstützen und nicht das Völkerrecht. Die Verweigerung des "Rechts auf einstweilige Zuflucht" für Verfolgte, zeigt, daß die deutsche Botschaft nur dem einen dient: Der Vertretung westdeutscher Kapitalinteressen in Chile und dafür ist die faschistische Diktatur nur günstig.

Daran hat auch eine SPD-Regierung nichts geändert. Während der gesamten Regierungszeit der chilenischen Volksfrontregierung wurde der deutsche Botschafter einmal vorstellig: zum Schutz deutscher Unternehmen vor Verstaatlichungsmaßnahmen.

Junta ist 'großzügig'

CDU-HECK NACH SEINER CHILE-REISE

Vor einiger Zeit sprach sich das CDU-Präsidium gegen den Putsch in Chile aus. Jetzt ist der frühere CDU-Generalsekretär Heck von einer Reise nach Chile zurückgekehrt. Er verteidigte am letzten Mittwoch in Bonn vor der Presse das Terrorregime und zeigte volles Verständnis für die Politik der Junta, d.h. die Ermordung von Tausenden Chilenen durch die Armee. Schuld an allem sei der ermordete Präsident Allende. Gegen die Gefangenen sei die Junta "großzügig". Die CDU unterstützt überall die reaktionären und faschistischen Regimes in der Welt. Das zeigte Heck wieder einmal deutlich. Darüber können die Feigenblatt-Erklärungen der CDU nicht hinwegtäuschen. Zu diesen Erklärungen ist die CDU gezwungen,

CHILE: JETZT INVESTIEREN!
Zur Neuankurbelung aller Wirtschaftszweige bieten sich außergewöhnliche Möglichkeiten, ebenso auf dem Immobilien-Sektor. Gesucht wird Kapital und Know-how. Wir bieten Koordinierung über das seit 25 Jahren bestehende Büro unseres Partners in Santiago. Unser Partner ist hier und reist in Kürze nach Chile zurück. FAZ 21.9.73

denn die breite Meinung in der BRD ist klar gegen den Putsch in Chile. Die tatsächliche Position der CDU machte Heck klar.

Spendet für den Kampf des chilenischen Volkes

Spenden auf das Konto: Deutsche Bank, 8 München 40, Konto Nummer 35/53 062 Sonia Patric (AELA), Kennwort ...

Die AELA (Vereinigung lateinamerikanischer Studenten), auf deren Konto die Chile-Spenden einlaufen, berichtet, dass bereits 40 000 DM abgeschickt wurden und vor einer Woche ihr Ziel erreichten. Das Geld kommt direkt der chilenischen Befreiungsfrontorganisation zugute.

Vor 50 Jahren Hamburger Aufstand

Am 23.Oktober 1923 bricht in den Morgenstunden in Hamburger Vororten der bewaffnete Sturm gegen die Bourgeoisie los. Ab 5 Uhr stürmen Kommunisten und revolutionäre Arbeiter 26 Polizeiwachen. Die Kampftrupps sind fast alle unbewaffnet. 17 Besatzungen werden überrumpelt und entwaffnet. Die Polizeibeamten sind völlig verdattert und ergeben sich in vielen Fällen kampflos. Die Arbeiter bewaffnen sich, sperren die Polizisten in die Arrestzellen und besetzen die Wache und die umliegenden Straßen. Die Bevölkerung errichtet Barrikaden. Nur durch die Kühnheit und Findigkeit der Kampftrupps konnten diese Aktionen erfolgreich durchgeführt werden. So schleichen sich 10 Mann eines Stoßtrupps im Schutz eines langsam fahrenden Straßenbahnwagens bis an die Wache heran, brechen plötzlich hinter der weiterfahrenden Deckung hervor und stürzen sich auf die Polizisten. So wird die Wache 27 eingenommen. Die Polizeiwache 28 wird erstürmt, nachdem eine Arbeiterfrau vor einer Anschlagtafel der Wache stehenblieb und den Wachposten ablenkte.

Erst nach diesen überraschenden Angriffen 'erwacht' die Polizei. Alle verfügbaren Kräfte werden zusammengezogen. Schwerbewaffnet und mit der Unterstützung von Panzerwagen rücken sie gegen die kämpfenden Arbeiter vor. Rasch dehnen sich die Kämpfe bis in die Ausläufer der betreffenden Stadtteile aus.

Damit hatte sich das ereignet, worauf die Arbeiterklasse in Deutschland schon lange wartete und was die Bourgeoisie seit langem befürchtete: der bewaffnete Aufstand. Der Höhepunkt der revolutionären Krise des Jahres 1923 ist herangereift.

Die völlige Auflösung des Kapitalismus ist die Ursache der sozialen Krise, ihr Ausdruck die Inflation: Verlangten die Banken im Juli 1914 für einen Dollar 4,20 DMark, Ende 1918 8 Mark, Ende 1922 7 350 Mark, sind es im Oktober 1923 72,125 Milliarden Mark. Die Geldentwertung ruft ein unbeschreibliches Elend für die Massen hervor. Die Lebensmittel werden immer knapper und der Lohn immer weniger. In ganz Deutschland erheben sich die unterdrückten Klassen: Hungeraufstände reißen nicht mehr ab. Der Hunger treibt die Menschen zu Plünderung von Bäckereien und Lebensmittelgeschäften. Die Arbeiterklasse erhebt sich gegen die ungeheure Ausbeutung. Streiks in allen Teilen Deutschlands verschärfen die wirtschaftliche und politische Lage. Der Streik der 400 000 Berg- und Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet, der Streik von 40 000 schlesischen Bergarbeitern gegen den faschistischen Terror, der Metallarbeiterstreik in Berlin und die Kämpfe im Erzgebirge und Vogtland signalisieren die revolutionäre Situation in Deutschland. Die Massen fordern den Sturz der Cuno-Regierung. Am 11.August beschließen die Berliner Betriebsräte den Generalstreik zum Sturz Cunos. Einen Tag später ist Cuno erledigt – er tritt zurück. Die Sozialdemokratie tritt in die Regierung ein, beseitigt aber den Hunger und das Elend auch nicht. Teuerungen und Inflation rauben die Arbeiterfamilien immer mehr aus. Soziale Errungenschaften der Arbeiter sind längst abgebaut. Die Polizei schießt immer häufiger in Demonstrationen und ermordet viele Arbeiter. In Baden finden Barrikadenkämpfe statt. Die werktätigen Massen suchen einen Ausweg aus dem kapitalistischen Wirtschaftschaos. Die Aufgabe der KPD war in dieser Situation, den Sturz der Bourgeoisherrschaft und die Errichtung der proletarischen Diktatur zu organisieren. Dazu mußte sie die stattfindenden Kämpfe zusammenfassen und "die instinktive Rebellion der Massen durch die Einstellung auf politische Ziele systematisch in bewußt revolutionären Kampfwillen verwandeln" (9.Parteitag der KPD 1924). Jetzt mußten die Massen bewaffnet und die Staatsmacht erobert werden. Führende Funktionäre in der KPD sahen diese Aufgaben nicht. Sie wichen dem entscheidenden Machtkampf aus.

IN HAMBURG SPITZT SICH DIE LAGE IM OKTOBER SICHTLICH ZU

Am 20.Oktober durchbrechen tausende Hamburger Erwerbslose die Bannmeile der Innenstadt. Sie fordern Brot und Freiheit. Am 22.10. fordern die Werft-, Hafen-und Baubetriebe den Generalstreik. Die Werftarbeiter schmeißen als erste die Klamotten hin. Ihnen folgen 27 000 Arbeiter der Hafen- und Lagerhausbetriebe. Alle Werftarbeiter werden entlassen. Am Nachmittag finden in der Innenstadt und am Hafen große Versammlungen statt. Erregt wird die aktuelle Lage diskutiert. Geschäfte werden von hungernden und empörten Menschen geplündert. Polizisten werden entwaffnet und verprügelt.

Am Abend des 22. tagt die Oberleitung des KPD-Oberbezirks Nordwest. Ernst Thälmann leitet die Sitzung. Weil in Deutschland eine akute revolutionäre Krise herrscht, die sich Mitte Oktober in Hamburg außerordentlich verschärft hat, beschließt die Oberleitung den bewaffneten Aufstand in Deutschland von Norden her zu entfalten. "Hamburg müsse mit seinem Beispiel die deutsche Arbeiterklasse mitreißen." (Hamburger Volkszeitung vom 23.10.1924). Der bewaffnete Aufstand mußte am Morgen nach der Überrumpelung der Polizeiwachen mit einem verstärkten politischen Kampf zur Gewinnung der Massen verknüpft werden. Die KPD-Stadtleitung schickt "fliegende Agitatoren" zu Bahnhöfen, Straßenbahnhaltestellen und vor die Betriebe. Sie gewinnen jedoch nicht größere Teile der Massen zur aktiven Teilnahme am bewaffneten Kampf.

In vielen Stadtteilen strömen die Menschen auf die Straße. Vor dem Gewerkschaftshaus diskutieren mehrere tausend Arbeiter. 1 500 folgen dem Ruf der Kommunisten, sich zu bewaffnen und wollen die Polizeiwachen in Hammerbrock stürmen. Unterwegs sprengen bewaffnete Polizeitrupps den Zug. In St.Georg sind viele Arbeiter bei einer machtvollen Demonstration vereinigt. In Barmbek beantworten die Arbeiter die Aufforderung der Kommunisten, sich aktiv am Kampf zu beteiligen mit dem Ruf "Gebt uns Waffen". Tausende von Einwohner beginnen Barrikaden zu bauen. So entstehen in kürzester Zeit im Stadtteil Barmbek 58 Barrikaden. Alle Zugänge zum Bahnhof und nach Nordbarmbek sind versperrt. Um 12.12 Uhr beginnt der Angriff. Mit 5 Panzerkraftwagen rückt die Polizei vor. Die Barmbeker Kampfgruppen schlagen eine neue Taktik ein. Barrikaden und Stellungen werden nicht mehr um jeden Preis verteidigt, sondern durch geschicktes Ausweichen wird versucht, dem Gegner an den Flanken und im Rücken möglichst große Verluste zuzufügen und ihn zu zermürben.

DER BEWAFFNETE KAMPF BEGINNT

Der Angriff in Barmbek scheitert kläglich. 300 schwerbewaffnete Polizisten mit 5 Panzerkraftwagen kämpfen erfolglos gegen revolutionäre Kampftrupps, die etwa 80 Gewehre besitzen. Die kämpfenden Arbeiter genießen die Sympathie der Massen und werden aktiv unterstützt. Frauen helfen beim Barrikadenbau. Ladenbesitzer unterrichten die Kämpfenden von den Stellungswechseln des Feindes. Mütter versorgen ihre Männer und Söhne, die auf den Barrikaden kämpfen. Die Arbeiter kämpfen für eine gerechte Sache – für die Befreiung vom Joch der Kapitalisten. Deshalb sind sie auch in der Lage, der Übermacht der Polizei standzuhalten. Die Polizei ist auf sich allein gestellt. Sie kann sich nur auf Spitzel und reaktionäre Elemente stützen. Die Volksmassen rühren keine Hand für sie. Die Polizei ist der Knecht der Ausbeuter, die den verrotteten Kapitalismus vor dem Ansturm der Massen schützen soll. Die Polizisten kämpfen auch ohne Begeisterung und Opfermut, weil viele von ihnen selbst unter dem anarchischen kapitalistischen System leiden. Auch ihre Familien hungern in diesen Tagen. So müssen Offiziere die Mannschaften immer wieder zum Kampf antreiben. In der Innenstadt kann die Polizei erst gegen 23 Uhr die Ruhe herstellen. Die Polizei muß alle verfügbaren Leute einsetzen und von einem Krisenherd zum anderen eilen. Das entlastet die Kampftrupps in Barmbek. Die grünen Mannschaften sind seit vorgestern abend im Dienst – ohne Verpflegung, die Hartnäckigkeit der Gefechte läßt eine Ablösung nicht zu.

Die Bourgeoisie fürchtet eine weitere Solidarisierung der Massen mit den Kämpfenden. Sie gibt sich an diesem Abend spendabel, um die Volksmassen zu "beruhigen": der Senat fordert von der Bürgerschaft 500 Billionen Mark für dringende wirtschaftliche Maßnahmen, Unterstützungsempfänger bekommen 2 Milliarden Mark und Erwerbslose ein Brot versprochen, die Bars werden am Abend geschlossen.

Diese Versprechungen, die nicht eingehalten werden, werden durch folgende Bestimmungen der Polizeibehörde ergänzt: Die Polizeistunde ist heute um 22 Uhr. Von 23 Uhr bis 5 Uhr darf keiner die Wohnung verlassen. Alle zur Straße liegenden Fenster müssen geschlossen werden – auf offenstehende Fenster wird geschossen. Mit dieser Anordnung will die Polizei den nächtlichen Barrikadenbau verhindern. Außerdem zeigt sich die große Furcht der Ordnungshüter vor den Fensterschützen, die den Polizeikräften am Tage schwer zugesetzt haben.

Der Arbeitervorort Schiffbek und seine Nachbargemeinden befinden sich nach der Überrumpelung der Polizei vollständig in der Hand der bewaffneten Arbeiter. Patrouillen werden organisiert, innerhalb des Stadtgebietes Posten aufgestellt und eine Verteidigungslinie gegen äußere Angriffe errichtet. Die revolutionären Arbeiter bilden einen provisorischen Vollzugsausschuß, eine Gemeindeküche wird eingerichtet. Proletarierfrauen übernehmen freiwillig die Küchenarbeit. Die Entwicklung in Schiffbek beunruhigt die Behörden sehr. Gegen Nachmittag wird eine Hundertschaft in den Vorort geschickt. Die Arbeiter schlagen den Angriff zurück.

Wegen der andauernden Kämpfe in Barmbek und Schiffbek ersucht der Hamburger Senat die Reichswehr um militärische Unterstützung der Polizei. Gegen 1 Uhr am 24.10. legt im Hafen der Kreuzer "Hamburg" und eine Torpedobottflotille an. Sie sollen den Hafen und die Südseite Hamburgs sichern. Marinetruppen werden sofort zur Verstärkung der Polizei nach Barmbek gebracht. Sie sind mit 10 Maschinengewehren ausgerüstet. Die Polizei plant in der Nacht eine Einkreisung der gesamten Stellungen in Südbarmbek. Sie plant ein Kesseltreiben. Als das die Kampftrupps merken, ziehen sie sich einzeln aus Südbarmbek zurück und verabreden sich für den Morgen in Nordbarmbek. In der Nacht werden kommunistische Bürgerschaftsabgeordnete verhaftet. Um 6.30 Uhr am 24.10. beginnt der Sturm auf die Barrikaden im Süden Barmbeks. Nur etwa 10 Dachschützen sind zurückgeblieben, um vorzutäuschen, daß die Stellungen noch besetzt sind. Fast eine Stunde lang schießen MG-Salven und Schnellfeuerwaffen die Barrikaden "sturmreif". Dann "erobern" die Polizisten leere Stellungen. Tief muß in ihnen die Angst vor der Kampfentschlossenheit der Arbeiter sitzen. Die Kämpfe verlagern sich nach Nordbarmbek.

DIE REICHSWEHR KOMMT AM ZWEITEN TAG

Massenversammlungen machen der Polizei auch am zweiten Tag des Aufstandes schwer zu schaffen. Vor dem Gewerkschaftshaus fordern Arbeiter den Generalstreik. Auf dem Heiligengeistfeld versammeln sich viele Hundert Arbeiter. In St.Pauli und Altona sprengen Polizeikräfte Demonstrationen auseinander. Überall geht die Polizei mit großer Brutalität vor – aber die Solidarität der Massen hat nicht nachgelassen.

Die Bourgeoisie plant jetzt, der Arbeiterklasse und den Kommunisten weitere Schläge zu versetzen. Sie fordert das Verbot der KPD und ihrer Presse. Die Immunität kommunistischer Abgeordneter soll aufgehoben werden. Mittags wird zum entscheidenden Schlag gegen das revolutionäre Schiffbek ausgeholt. Die 5. und 14.Wachbereitschaft, das 9.Freihafenrevier, die Landungsabteilung des Kreuzers "Hamburg", ein Zug berittener Schutzpolizei und ein Panzerkraftwagen auf der Straße Wandsbek-Tonndorf, das 11.Freihafenrevier und ein Panzerkraftwagen am Ortsausgang von Horn starten gegen 13 Uhr den Angriff. Eine Marineeinheit von der Bille und ein Flugzeug unterstützen den Angriff. Auf dieser Seite der Barrikade steht ein Kampftrupp, der etwa 70 Gewehre besitzt. Zwei Stunden können sie die Stellung halten. Gegen 15 Uhr müssen sie sich zurückziehen. Das Gemeindehaus in Schiffbek wird besetzt. Die mutigen Kämpfer ziehen sich nach Bergedorf zurück. Gegen Abend wird der Kampftrupp hier endgültig aufgerieben.

Am 25.10. ist der Aufstand endgültig niedergeschlagen. In Barmbek und Schiffbek schweigen die Waffen. Die Versammlungen in den Straßen werden seltener. Vereinzelte Dachschützen müssen bald aufgeben.

WARUM SCHEITERTE DER AUFSTAND?

Der Hamburger Aufstand ist, mangelhaft vorbereitet und lokal beschränkt, gescheitert, obwohl die kapitalistische Wirtschaftsordnung schnell zerfiel und die Klassenkräfte sich fortwährend zugunsten der proletarischen Revolution verschoben. In einer Zeit, in der die Massen den Sozialismus wollten, haben die Kommunisten schwere Fehler gemacht.

Sie haben die Arbeit in den Betrieben nicht entscheidend angepackt. Die mangelnde Verankerung in den Betrieben war entscheidend für die unzureichende Verbindung zwischen den Kommunisten und den Massen. Der Betrieb ist der Ort der Ausbeutung des Proletariers und die Quelle der revolutionären Kraft des Proletariats. Wo sich Lohnarbeit und Kapital direkt gegenüberstehen, liegt der Ansatzpunkt für die Organisierung des Massenkampfes. Die KPD arbeitete zu jener Zeit jedoch hauptsächlich in den Wohngebieten der Arbeiter und sah nicht die grundlegende Bedeutung der Betriebsarbeit und des Aufbaus von Betriebszellen. Deshalb konnte die KPD ihren Einfluß unter den Massen nicht vertiefen und verbreitern und die Massen nicht in den Kampf um den Sozialismus führen.

Dazu kam die uneinheitliche Führung der KPD, die darüber diskutierte, ob der Zeitpunkt des Ansturms auf die Staatsmacht überhaupt gekommen sei.

A.A.

"Das große Resultat des Hamburger Aufstandes ist, daß die Arbeiter den scheinbar unbesiegbaren Klassenfeind dreimal 24 Stunden lang in seiner ganzen Schwäche gesehen haben. In den Hamburger Tagen haben die Arbeiter die Bourgeoisie am Rande des Abgrundes gesehen. Und sie werden diesen Augenblick niemals vergessen... Darum gehört der Hamburger Aufstand nicht der Geschichte an, sondern er ist eine Probe für die Zukunft." (Ernst Thälmann)



Der Aufruhr in der Welt verstärkt sich

POLITISCHER BERICHT DES SEKRETÄRS AN DAS ZENTRALE KOMITEE VOM 13.OKTOBER

Das ZK des KBW hat auf seiner Sitzung vom 13./14.Oktober 1973 den Bericht des Sekretärs entgegengenommen, gebilligt und den Abdruck im Zentralorgan des KBW, der KVZ, beschlossen. Nach Auffassung des ZK konkretisiert der Bericht den Standort der Organisation in den gegenwärtigen Klassenkämpfen. Er ist ein gutes Mittel zur politischen Ausrichtung der Organisation hin auf ihre Aufgaben. Er ist zur Entfaltung des ideologischen Kampfes in der marxistisch-leninistischen Bewegung gut geeignet.
Das ZK fordert die Mitglieder des KBW auf, die Arbeit der ganzen Organisation entlang der Linie, wie sie im Bericht konkretisiert wird, zu entfalten und die bisherige Arbeit sowie eine Bestimmung der nächsten Aufgaben darnach zu überprüfen.
Das ZK hat den Abdruck des Berichtes im Zentralorgan beschlossen, weil die politische Ausrichtung einer kommunistischen Organisation nicht in Hinterzimmern und "konspirativ", sondern vor Augen und damit unter Einbeziehung aller interessierten Menschen vonstatten gehen muß.
Der KBW sucht den breit und öffentlich geführten Meinungskampf und fürchtet ihn nicht, weil der offene Kampf um die Meinung der Massen der Lebensnerv einer kommunistischen Organisation ist.

In unserer Hauptresolution auf der Gründungskonferenz haben wir festgestellt, daß sich die Hauptwidersprüche in der Welt gegenwärtig zugunsten der proletarischen Weltrevolution und zuungunsten des Imperialismus entwickeln. Dabei handelt es sich nicht um eine langsame und allmähliche Entwicklung, sondern um eine rasche, sprunghafte Entwicklung. Sie ist nicht auf diesen oder jenen Punkt, auf diese oder jene Region beschränkt, vielmehr zeigt sich diese Entwicklung, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, in der ganzen Welt. Entgegen allen Behauptungen der Revisionisten, die Haupttendenz in der Welt sei die Entspannung, beweisen die Tatsachen fast täglich aufs Neue: Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution.

Auf ihrem X. Parteitag haben die chinesischen Kommunisten festgestellt: "Die Entspannung ist eine vorübergehende, oberflächliche Erscheinung, der große Aufruhr geht aber weiter. Ein solcher Aufruhr ist etwas Gutes, keineswegs schlecht für die Völker. Er bringt die Feinde in Verwirrung und differenziert sie, erweckt und stählt die Völker und gibt Impulse dafür, daß sich die internationale Lage weiter zugunsten der Völker und zuungunsten des Imperialismus, des modernen Revisionismus und der Reaktionäre aller Länder entwickelt." (Tschou En-lai, Bericht an den X.Parteitag der KPCh, in: Peking Rundschau 35-36/73).
Im Kampf der unterdrückten Nationen gegen den Imperialismus und den Sozialimperialismus haben die unterdrückten Nationen in den letzten Monaten neue Erfolge errungen. Ein solcher Erfolg war die Einstellung der Bombenangriffe des US-Imperialismus auf Kambodscha am 15. August und die Unterzeichnung der Vereinbarungen zwischen den Delegierten der Laotischen Patriotischen Front und der Vientianer Regierung am 14. Spetember, die einen großen Schritt auf dem Weg zur nationalen Unabhängigkeit und zur Überwindung der durch den US-Imperialismus aufgezwungenen Spaltung des Landes bedeuten. Obwohl der Kampf gegen den US-Imperialismus in den drei Ländern Indochinas noch keineswegs beendet ist und die Marionetten des US-Imperialismus noch nicht entmachtet und vertrieben sind, hat sich die Lage nach Unterzeichnung des Pariser Abkommens weiter zugunsten der Völker Indochinas gewandelt.

AFRIKA

In Afrika kommt die weitere Entfaltung des antiimperialistischen Kampfes nicht nur darin zum Ausdruck, daß die Konferenz der afrikanischen Staaten den Weg des bewaffneten Kampfes als einzig erfolgversprechenden Weg zur nationalen Unabhängigkeit anerkannt hat und daß dieser Weg in verschiedenen Ländern Afrikas immer konsequenter beschritten wird und neue Fronten des bewaffneten Kampfes eröffnet werden: **Der bewaffnete Befreiungskampf in den portugiesischen Kolonien kann inzwischen einen ersten entscheidenden Erfolg aufweisen.** Am 23./24.9. hat der Nationale Volkskongress von Guinea-Bissau die Unabhängigkeit des Landes erklärt. Zahlreiche Staaten haben das unabhängige Guinea-Bissau bereits anerkannt und ihm weitere Unterstützung im Kampf um die endgültige Befreiung des ganzen Territoriums und der ganzen Bevölkerung zugesagt. Die Unabhängigkeitserklärung Guinea-Bissaus zeigt, daß der Befreiungskampf der Völker nicht durch die Ermordung einzelner hervorragender Führer dieses Kampfes zurückgeschlagen werden kann. Das Beispiel Guinea-Bissaus wird zweifellos die anderen Befreiungsbewegungen Afrikas in ihrem Kampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus ermutigen.

NAHER OSTEN

Einer der Brennpunkte der internationalen Widersprüche ist der Nahe Osten. Dort verbindet sich der Kampf der arabischen Völker gegen den israelischen Aggressor mit dem Kampf gegen die Einmischungsversuche und Hegemonieansprüche der beiden imperialistischen Supermächte und anderer imperialistischer Staaten. Die Einleitung eines neuen Feldzuges gegen den israelischen Aggressor durch Ägypten und Syrien zeigt, daß die arabischen Staaten nach ihrer Niederlage im Junikrieg von 1967 die Initiative zurückzugewinnen. Unter dem Druck der Völker können es sich diese Staaten nicht länger leisten, bloßes Opfer des israelischen Erobererstaates und bloßer Spielball des Hegemoniestrebens der Supermächte zu bleiben. Gleichgültig, ob es dem israelischen Staat im Verlauf des gegenwärtigen Krieges noch einmalg gelingt, die Früchte seiner früheren Aggressionen zu erhalten und vielleicht sogar weitere Schläge gegen die arabischen Völker zu führen, die Lage im Nahen Osten wird in Bewegung bleiben und die arabischen Völker werden ihr nationalrevolutionäres Bewußtsein erhöhen. Ein eventueller neuerlicher militärischer Erfolg Israels wird nicht zu einer dauerhaften Festigung der Position Israels führen. Im Verlauf des langandauernden Krieges werden die arabischen Völker immer besser lernen, daß der Krieg gegen den israelischen Aggressor nur erfolgreich zu Ende geführt werden kann, wenn sie sich auf die eigene Kraft stützen und innere Verhältnisse herstellen, die eine Entfaltung der Masseninitiative ermöglichen. Im Nahen Osten wie anderswo in Asien, Afrika und Lateinamerika zeigt sich: "Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution – das ist bereits zu einer unwiderstehlichen Strömung der Geschichte geworden." (Tschou En-lai, Bericht an den X.Parteitag der KPCh, in: Peking Rundschau 35-36/73).

SÜDAMERIKA

Die Situation in Chile läßt sich noch nicht eindeutig einschätzen. Sicher ist, daß es der Militärjunta noch nicht gelungen ist, die Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes zu zerschlagen und wahrscheinlich ist, daß es ihr auch nicht gelingen wird, die Lage zu stabilisieren und ein konsolidiertes konterrevolutionäres Regime zu errichten. Zu weit war die Revolution während der Zeit der Volksfrontregierung vorangeschritten als daß die dabei gewonnenen Kampferfahrungen und Organisationsformen der Arbeiterklasse und des Volkes völlig zerschlagen werden könnten und die Arbeiterklasse und das Volk jeglicher Initiative beraubt werden könnte. Entscheidend ist dabei, ob es der Arbeiterklasse gelingt, die richtigen Lehren aus der Entwicklung der Volksfrontregierung und ihrem gewaltsamen Ende zu ziehen, ob es gelingt, eine marxistisch-leninistische Vorhutorganisation aufzubauen, die den Kampf auf der richtigen Linie weiterführt, mit allen Illusionen über den friedlichen Übergang Schluß macht und den Kampf gegen den US-Imperialismus mit dem Kampf gegen die eigene Bourgeoisie verbindet, nachdem sich eindeutig gezeigt hat, daß die chilenische Bourgeoisie zur Verteidigung ihrer Klassenherrschaft keineswegs davor zurückscheut, sich offen auf den US-Imperialismus zu stützen, die Armee in dessen Sold zu stellen und gegen das eigene Volk und die Arbeiterklasse marschieren zu lassen. Das war voraussehbar, aber jetzt ist es eine lebendige Erfahrung der Massen, die niemals in Vergessenheit geraten wird.
Die wichtigste Lehre für die Arbeiterklasse und die Völker der Welt aus den chilenischen Ereignissen ist, daß in Chile der von den Revisionisten gepriesene "friedliche Übergang zum Sozialismus" sich erneut als Irrweg erwiesen hat, der direkt in die Flinten der Konterrevolution führt. Die wichtigste Voraussetzung für die erfolgreiche Revolution ist die Bewaffnung des Proletariats und der Volksmassen. In unserem Programm heißt es zur Frage der gewaltsamen Revolution eindeutig: "Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen." Diese allgemeingültige Gesetzmäßigkeit der proletarischen Revolution wurde durch die Ereignisse in Chile voll und ganz bestätigt und in Zukunft werden es die Revisionisten noch schwieriger haben, die Arbeiterklasse und die Volksmassen mit ihren bürgerlichen Ideen zu betrügen.

DIE WIDERSPRÜCHE ZWISCHEN DEN BEIDEN SUPERMÄCHTEN VERSCHÄRFEN SICH WEITERHIN

Vor ein paar Monaten haben Breschnew und Nixon mit viel Pathos ein Abkommen zur Verhinderung eines Atomkrieges geschlossen. Bedeutet dieses Abkommen, daß die beiden Supermächte ihre Rivalität um die Weltherrschaft einschränken wollen? Nein, das bedeutet das nicht. Solche großen Gesten sind vor allem dazu gedacht, die anderen Staaten und die Völker hinters Licht zu führen und gemeinsam die atomare Vorherrschaft gegenüber den schwächeren Atommächten und den nichtatomaren Staaten zu bewahren. So ist es auch kein Wunder, daß unmittelbar nach dem Abkommen sofort unterschiedliche Auslegungen auftraten und ein neues Wettrüsten zwischen den beiden Supermächten eingeleitet wurde. Die beiden Supermächte sind wie zwei Gangster, die sich ununterbrochen gegenseitig versichern, keine Gangster zu sein und doch jeweils voneinander wissen, was sie sind. Tschou En-lai hat in dem Bericht des ZK der KPCh an den X. Parteitag völlig richtig festgestellt, wie es sich mit der Zusammenarbeit und der Rivalität der beiden Supermächte verhält: "Ihr Ziel ist die Erringung der Weltherrschaft. Einerseits rivalisieren sie miteinander, andererseits machen sie gemeinsame Sache. Sie machen gemeinsame Sache, um dann in noch stärkerem Maße zu rivalisieren. Die Rivalität ist absolut und langandauernd, während die Kollaboration relativ und vorübergehend ist." (Peking Rundschau 35-36/73, S.25)
Das ist eine klare Absage der KPCh an alle Theorien des Ultraimperialismus, die meinen, daß die Zusammenarbeit absolut und die Rivalität relativ sei. Das bedeutet aber auch, daß die Staaten in ihrem Kampf für Unabhängigkeit und die Nationen in ihrem Kampf für Befreiung, sofern sie sich auf ihre eigene Kraft verlassen und sich mit anderen Staaten und Nationen, die die gleichen Interessen haben, zusammenschließen, diese Rivalität bis zu einem gewissen Grad ausnützen können. Beispiele dafür sind sowohl das vietnamesische Volk als auch die arabischen Völker. Aber auch wenn die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten ausgenutzt werden können, dann darf man doch niemals vergessen, daß es Widersprüche sind, die sich aus der Rivalität um Kampf um die Weltherrschaft ergeben. Trotz aller Beteuerungen des sozialimperialistischen Lagers, ein Freund der unterdrückten Völker zu sein, kann es deshalb niemals eine Freundschaft zwischen den unterdrückten Völkern und einer der beiden Supermächte geben. Wenn die Völker ihren selbständigen Kampf aufnehmen, dann können sie verhindern, daß die beiden Supermächte ihre Rivalität auf ihrem Rücken austragen und können diese Rivalität gleichzeitig bis zu einem gewissen Grad ausnutzen. Der selbständige und entschlossene Kampf der Völker ist auch das beste Mittel, um zu verhindern, daß die beiden Supermächte die Völker in einen weiteren Weltkrieg hineinziehen.

DAS IMPERIALISTISCHE LAGER DIFFERENZIERT SICH

Während sich die Rivalität zwischen den beiden Supermächten verschärft, verschärfen sich gleichzeitig die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten. Dies zeigte sich unter anderem auf den Welthandels- und Weltwährungskonferenzen in Tokio und Nairobi, sowie auch bei den Verhandlungen um den gegenseitigen Truppenabzug. Deutlichstes Zeichen für die Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten ist jedoch die Verschiebung des Nixon-Besuchs in Westeuropa, nachdem es nicht gelungen war, in den Vorgesprächen ein einigermaßen handgreifliches Ergebnis der Verhandlungen während des Nixon-Besuchs zu sichern.

Es ist so: Je mehr die beiden Supermächte in ihren Hegemoniebestrebungen miteinander zusammenarbeiten und rivalisieren, wobei die Rivalität absolut und die Zusammenarbeit relativ ist, desto mehr zwingen sie die anderen Staaten, ihre Unabhängigkeit gegenüber den Supermächten herzustellen bzw. zu verteidigen. Das gilt selbst für die imperialistischen Staaten Europas, die sich aus der Abhängigkeit des US-Imperialismus lösen und eine selbständige imperialistische Politik betreiben wollen. Auch diese Entwicklung schwächt den Imperialismus insgesamt und widerspricht den Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte. Insofern ist diese Entwicklung nicht schlecht, sondern gut. Auch sie kann von den Völkern der Welt und von der Arbeiterklasse des jeweiligen imperialistischen Landes ausgenutzt werden, weil sie den Feind differenziert und nicht das Proletariat jedes einzelnen Landes sofort in die Konfrontation mit dem ganzen imperialistischen System treibt. Vielmehr können die Völker der Welt und das internationale Proletariat ihre Feinde zunächst getrennt angreifen und schlagen.
Für das westdeutsche Proletariat bedeutet dies keineswegs, daß es sich mit der westdeutschen Bourgeoisie gegen die USA oder den Sozialimperialismus verbünden und die Herstellung der EG unterstützen könnte. Es bedeutet einfach, daß der Kampf gegen die westdeutsche Bourgeoisie in dem Maße erleichtert wird, wie sich die Feinde auf der Seite des Imperialismus und der internationalen Konterrevolution differenzieren und das westdeutsche Proletariat sich im wesentlichen zunächst seiner eigenen Bourgeoisie entgegenstellen kann, um diese zu schlagen, bevor es sofort die ganze internationale Konterrevolution auf dem Hals hat.

DER X. PARTEITAG DER KPCh

Ein Ereignis von großer Bedeutung für die internationale Arbeiterklasse, die unterdrückten Völker und die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt ist der X. Parteitag der KPCh. Auf diesem Parteitag zog die KPCh das vorläufige Fazit aus dem Kampf gegen die falsche Linie Lin Biaos und bestätigte erneut die Generallinie für den Aufbau des Sozialismus in China. Der ideologische und politische Beitrag des sozialistischen China zur proletarischen Weltrevolution wird ständig größer und es ist unsere Pflicht, diesen Beitrag immer besser herauszuarbeiten und ihn für die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland nutzbar zu machen. Insbesondere ist es auch unsere Pflicht gegenüber den Versuchen der bürgerlichen und revisionistischen Entstellungen der Außenpolitik der VRCh die Prinzipien dieser Außenpolitik darzulegen und in unserer Agitation und Propaganda aufzuzeigen, in welcher Weise die VRCh auch in ihrer Außenpolitik die Generallinie konsequent beibehält und anwendet, in jedem Kampf auf der Seite der Völker steht und durch ihre Außenpolitik die Staaten in ihrem Kampf für Unabhängigkeit und die Nationen in ihrem Kampf für Befreiung konsequent unterstützt. Ein besonders gutes Beispiel für diese konsequente Politik der VRCh ist ihre bedingungslose Unterstützung des gerechten Kampfes der arabischen Völker gegen den israelischen Aggressor, den Zionismus und den Imperialismus sowie gegen das Hegemoniestreben der Supermächte. Der wichtigste Beitrag der VRCh, wie der anderen sozialistischen Länder zur proletarischen Weltrevolution besteht freilich nach wie vor darin, daß sie durch den Aufbau des Sozialismus den Arbeitern aller Welt und den unterdrückten Völkern eine positive Perspektive aufzeigen für ihren Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung.
Die verschiedenen Mitglieder des KBW und seiner Massenorganisationen, die in diesem Jahr Gelegenheit hatten, die VRCh zu besuchen und die Fortschritte beim Aufbau des Sozialismus durch persönliche Anschauung kennenzulernen, werden sicherlich gerne ihrer Aufgabe nachkommen, das, was sie gesehen und gehört haben den Arbeitern und allen Menschen in Westdeutschland zur Verfügung zu stellen.

DEN ÜBERBLICK BEWAHREN

Der Aufruhr in der Welt wird größer und die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten wie auch unter den imperialistischen Staaten verschärfen sich. Das bedeutet für die Marxisten-Leninisten in aller Welt, daß sie sich noch besser des Marxismus-Leninismus bedienen müssen, um in dieser Situation die Lage zu überblicken, sie richtig einzuschätzen und die sich daraus ergebenden Aufgaben zu meistern. Für die Marxisten-Leninisten in Westdeutschland, die im allgemeinen noch nicht viel Erfahrung haben und sich den Marxismus-Leninismus weder schon umfassend angeeignet haben noch ihn schon während langer Zeit in der revolutionären Praxis angewandt haben, gilt das erst recht. Gleichzeitig müssen die Erfahrungen der Marxisten-Leninisten der anderen Länder sorgfältig ausgewertet werden, um von ihnen zu lernen. Insbesondere die Erfahrungen der KPCh und die Meinungen und Auffassungen der chinesischen Genossen müssen uns als Richtschnur bei der Einschätzung der Situation und bei der Bestimmung unserer Aufgaben dienen, denn die KPCh ist gegenwärtig die älteste und erfahrenste marxistisch-leninistische Partei.

Bisher wird diese Erfahrung noch zu wenig genützt. Während die einen gedankenlos alles nachplappern, was die chinesischen Genossen für ganz andere Fragen als Antwort entwickelt haben und sich schon überlegen, ob sie die Prinzipien der chinesischen Außenpolitik gegenüber imperialistischen Staaten nicht auf die Politik der Kommunisten in diesen Staaten anwenden sollen, meinen andere, sie könnten auf die Erfahrungen und Einschätzungen der chinesischen Genossen gänzlich verzichten. Zumindest der zweite Fehler ist schon in unserer Organisation aufgetreten und hat sich sowohl in der Auseinandersetzung um das Programm gezeigt wie auch in den "Thesen" der Genossen Kühl/Maier (siehe S.14 oben, **Erläuterungen ...**(1). Gegenwärtig wird es besonders wichtig, daß wir die einzelnen Erscheinungen der Entwicklung der Hauptwidersprüche in der Welt im Zusammenhang untersuchen, ihr Wesen herausarbeiten und nicht oberflächliche Erscheinungen wie die Entspannung und die erfolgreiche Unterdrückung der einen oder anderen revolutionären Bewegung in diesem oder jenem Land unserer Einschät-

zung der Gesamtsituation zugrundelegen, sondern jede Erscheinung und jedes Ereignis in den Rahmen der Gesamtsituation stellen. Außerdem wird es immer wichtiger, daß wir in unserer internationalistischen antiimperialistischen Arbeit nicht die verschiedenen Seiten der internationalen Entwicklung voneinander trennen, uns in unserer Agitation und Propaganda mal an dieser, mal an jener Erscheinung festmachen, uns ständig der spontanen antiimperialistischen Bewegung an den Schwanz hängen und keinerlei Planmäßigkeit in unserer antiimperialistischen Arbeit entwickeln. Wir müssen zwei Fehler vermeiden, bzw. überwinden: der eine Fehler besteht darin, jede besondere Bewegung und Entwicklung der allgemeinen Entwicklung unterzuordnen, statt im Lichte der Gesamtentwicklung zu beleuchten; der andere Fehler besteht darin, jede besondere Bewegung und Entwicklung einfach in ihrer Besonderung zu lassen und nicht ihre Verbindung mit der allgemeinen Entwicklung herauszuarbeiten. Nur, wenn es uns gelingt, diese Fehler zu vermeiden, bzw. zu überwinden, werden wir trotz der sich überstürzenden Ereignisse in der Welt den Überblick bewahren und unsere Aufgaben richtig bestimmen können. Nur dann werden wir auch in der Lage sein, unsere Arbeit zu planen und auf alles gefaßt zu sein. Tatsache ist, daß wir dazu bisher noch wenig in der Lage sind, und daß immer noch das momentane Aufgreifen überraschender Ereignisse im Vordergrund steht. Tatsache ist auch, daß wir die spontane antiimperialistische Bewegung noch wenig anleiten und daß jedes überraschende Ereignis die Organisation zunächst in große politische Verwirrung stürzt. Das gilt sowohl für die Analyse des Ereignisses als auch für die Frage, wie auf dieses Ereignis praktisch geantwortet werden soll.

ÄUSSERE UND INNERE WIDERSPRÜCHE BEEINFLUSSEN SICH GEGENSEITIG

Das wichtigste ist, daß wir uns darüber wirkliche Klarheit verschaffen, daß der Aufruhr in der Welt auf den Klassenkampf im Innern einen bedeutenden Einfluß ausübt. Wenn die Ereignisse in der Welt sich überstürzen und die Welt immer mehr in Bewegung kommt, dann wird auch die Entwicklung in der BRD ihren allmählichen Gang nicht beibehalten. Aufgrund objektiver Bedingungen und subjektiver Entwicklungen in der Arbeiterklasse und im Volk nähern wir uns immer mehr dem Zeitpunkt, wo der Zustand der relativen Ruhe in einen Zustand rascher Veränderung übergeht. Darauf müssen wir unsere Arbeit ausrichten. Wir müssen unsere Fähigkeit erhöhen, die Zeichen dieser Entwicklung besser zu erkennen und auszuwerten. In unserer taktischen Hauptresolution heißt es: "Die Hauptwidersprüche der gegenwärtigen Zeitspanne der Epoche des Imperialismus und der sozialen Revolution wirken sich sämtlich objektiv und subjektiv auf die Klassenkämpfe in Westdeutschland aus" und "Die Grundlage, auf der sich die internationalen Widersprüche auswirken, ist das Ausbeutungssystem in Westdeutschland selber mit seinem Hauptwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat". Wenn wir diese beiden Sätze berücksichtigen und die inneren und äußeren Ursachen des Klassenkampfes ständig untersuchen, dann können wir zu einer richtigen Einschätzung der Klassenkampfsituation in Westdeutschland kommen und unsere Aufgaben richtig bestimmen.

DIE STREIKBEWEGUNG UND DER KAMPF GEGEN DEN RECHTSOPPORTUNISMUS IN UNSEREN EIGENEN REIHEN

Wie stellen sich unter diesem Gesichtspunkt die Ereignisse der letzten Zeit dar? Sind sie einfach ein Zwischenspiel in einer allmählichen Entwicklung, besteht der Zustand der relativen Ruhe unverändert weiter? Nein, er besteht nicht unverändert weiter und die Streikbewegung, die sich über das ganze letzte Jahr hinzog und immer wieder an neuen Punkten aufflammt, ist nur das deutlichste Zeichen dafür, daß der Zustand der relativen Ruhe seinem Ende entgegengeht.

Es ist falsch in dieser Streikbewegung nur die spontane Abwehrreaktion der Arbeiter gegen den Druck auf den Reallohn und die Verschlechterung der Lebensbedingungen zu sehen. Diese Streiks bedeuten von Seiten der Arbeiter die Aufkündigung des Tariffriedens und der Mechanismen reformistischer Lohnpolitik; sie sind ein Schlag gegen die sozialpartnerschaftliche Ideologie und bedeuten, daß die Arbeiter sich nicht mehr ohne weiteres mit dem stummen Zwang der Verhältnisse abfinden, sondern gegen diese Verhältnisse zu rebellieren beginnen. Diese Seite der Streikbewegung ist die vorwärtsweisende und diese Seite der Streikbewegung müssen wir uns vor allem klar machen. Statt dessen hat es in unserer Organisation Tendenzen gegeben, diese Seite der Streikbewegung nicht zu beachten und die selbständigen Streiks lediglich als Aktionen im Vorfeld der Tarifauseinandersetzung zu behandeln, die selbständige Streikbewegung als Magd der Tarifauseinandersetzung zu betrachten. Es ist kein Zufall, daß diese Tendenz sich vor allem bei Genossen zeigte, die die Linie der Kühl/Maier-Thesen vertreten haben oder immer noch vertreten. Jedoch blieb dieser Fehler nicht auf diese Genossen beschränkt, sondern hat die ganze Organisation bis zu einem gewissen Grad infiziert. Er schlug sich sogar in der taktischen Hauptresolution nieder, in der es zu den selbständigen Streiks heißt:

"Auf die verschärfte Ausbeutung, die Ausplünderung auf dem Warenmarkt und die Knebelung des Lohnkampfes, verbunden mit der Aushöhlung des Tarifwesens, die durch die Gewerkschaftsführung und die Kapitalisten betrieben wird, antwortet die Arbeiterklasse immer häufiger mit Streiks in einzelnen Betrieben. Die Kommunisten müssen sich nicht nur auf die Möglichkeit solcher Streiks einstellen, sondern alles daran setzen, daß diese Streiks mit einem möglichst hohen Grad an Bewußtsein und Organisation eingeleitet werden. Die Kommunisten richten die Agitation und Propaganda darauf aus, diese Streiks über ihre Zersplitterung in einzelnen Betrieben hinauszutragen zur Übernahme der Betriebe der ganzen Branche. Zugleich müssen die selbständigen Streiks unbedingt verbunden werden mit dem Kampf um die Gewerkschaften und um den Tarifkampf, indem versucht wird, die Gewerkschaften zur faktischen Anerkennung dieser Streiks (materielle und rechtliche Unterstützung der Streikenden) zu zwingen und vor allem zur vorzeitigen Kündigung der Tarifverträge und Verkürzung der Laufzeiten." (Ergebnisse der Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, S.40f.)

Dieser Abschnitt der Resolution wurde in scharfem Kampf gegen jene Genosse durchgesetzt, die keinerlei aktive Stellung zu der Einleitung selbständiger Streiks entwickelt hatten, sondern diese eher als notwendiges Übel betrachteten. Insofern war dieser Absatz der Resolution vorwärtstreibend und seine Durchsetzung, wie die Durchsetzung der ganzen Hauptresolution, ein Sieg über den rechten Opportunismus in unserer Organisation. Gleichzeitig enthält er aber auch Zugeständnisse an den rechten Opportunismus. Er enthält nichts falsches, arbeitet aber die Hauptseite an den selbständigen Streiks nicht heraus: die selbständigen Streiks werden nicht als Schritt zur Herausbildung einer revolutionären Massenstreikbewegung betrachtet. Erst unter diesem Gesichtspunkt erhält aber die Verbindung der selbständigen Streiks mit dem Kampf um die Gewerkschaften und mit dem Tarifkampf ihren richtigen Stellenwert. Diese Verbindung muß nicht deshalb hergestellt werden, weil in ihr die eigentliche Bedeutung der selbständigen Streiks besteht. Sie muß deshalb hergestellt werden, weil die Arbeiterbewegung auf ihrem Vormarsch (und die selbständigen Streiks sind ein Schritt auf diesem Vormarsch) Linien errichten, Positionen festigen und 'Nahrungsmitteldepots' anlegen muß, um bei jedem weiteren Schritt nach vorn, die Bewegung aus einer besseren Position einleiten zu können. Der Kampf um die Gewerkschaften und der Tarifkampf sind für die Kommunisten kein Selbstzweck, sondern sie dienen der Flankensicherung auf dem Weg zur sozialistischen Revolution. Der Fehler der Linksopportunisten besteht darin die Notwendigkeit dieser Flankensicherung zu mißachten und die Kommunisten zu verachten, weil sie der Flankensicherung eine große Bedeutung zumessen. Der Fehler der Rechtsopportunisten besteht darin, über der Flankensicherung den Vormarsch zu vergessen, und die Kommunisten, die den Vormarsch einleiten und organisieren wollen als Linksradikale zu bekämpfen. Innerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung ist unsere Organisation im scharfen Kampf gegen den Linksopportunismus entstanden. Über diesem Kampf ist bis zu einem gewissen Grad der Kampf gegen den Rechtsopportunismus vernachlässigt worden, bis sich dieser in den Kühl/Maier-Thesen eine eigene Plattform schuf und auf der Gründungskonferenz des KBW offen auftrat. Obwohl der Kampf zweier Linien, in der ganzen Vorgeschichte der Gründung des KBW deutlich zu verfolgen ist (z. B. in der Gewerkschaftsarbeit, der Führung des Tarifkampfes, der Beurteilung der selbständigen Streiks), wurde dieser Kampf nicht konsequent und systematisch geführt, so daß dem Rechtsopportunismus schließlich als er überraschend als geschlossene Linie auftrat, nicht in jeder Frage entschieden genug entgegengetreten wurde. In Bezug auf die selbständigen Streiks wurden ihm sogar Zugeständnisse gemacht. Das hatte auch schlechte Folgen für die weitere Praxis, weil die taktische Hauptresolution zwar in der Hauptsache richtig ist, aber in diesem Punkt dem Rechtsopportunismus einen Ansatz bietet. Nur so konnten die bekannten Fehler in der politischen Anleitung der Ortsgruppen durch Mitglieder des ZK auftreten (2. siehe S.14 oben).Nur so konnte die Forderung nach vorzeitiger Kündigung der Tarife in einigen Ortsgruppen zur Hauptparole werden und teilweise bis heute als solche beibehalten werden.

In der nächsten Zeit muß innerhalb der Organisation der Kampf gegen den Rechtsopportunismus fortgesetzt werden, ohne dem Linksopportunismus irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Wenn wir die Arbeiterbewegung insgesamt und die demokratische Bewegung betrachten, dann ist gewiß der Rechtsopportunismus gegenwärtig die Hauptgefahr. Das gilt auch für unsere Organisation. Wenn der Klassenkampf jedoch fortschreitet, dann kann auch der Linksopportunismus, wenn auch nicht in der Bewegung, so doch in unserer Organisation die Hauptgefahr werden. Tschou En-lai hat in seinem Bericht an den X. Parteitag die Kommunisten daran erinnert, daß im Kampf zweier Linien, die eine Tendenz die andere überlagern kann. Unsere eigenen Erfahrungen bestätigen dies voll und ganz: im Kampf gegen den Linksopportunismus anderer Organisationen haben wir lange Zeit die rechtsopportunistische Tendenz in unserer eigenen Organisation entweder übersehen oder nicht scharf genug bekämpft. In Zukunft müssen wir die Tatsache, daß die eine Tendenz die andere überlagern kann, besser beachten.

DIE ERRUNGENE SELBSTÄNDIGKEIT IM TARIFKAMPF ERHALTEN UND STÄRKEN!

Dies muß die Hauptrichtlinie unserer Agitation und Propaganda im Tarifkampf sein. Diese Richtlinie ist auch dort anzuwenden, wo es zu keinen selbständigen Streiks gekommen ist. Wir richten den Kampf am Fortschritt der Arbeiterklasse aus und nicht an den rückschrittlichen Bereichen. In der Anwendung der Richtlinie auf diese Bereiche darf jedoch der Unterschied zwischen den fortgeschrittenen Betrieben und Bereichen und zwischen den zurückgebliebenen Betrieben und Bereichen nicht unterschlagen werden, sondern muß sorgfältig beachtet werden, damit wir zur Vereinheitlichung der Arbeiter auf den fortgeschrittenen Positionen beitragen können.

Eine zentrale Losung unserer taktischen Hauptresolution lautet: Die ideologische Offensive führen! Diese Losung muß noch besser in die Tat umgesetzt werden, als uns dies bisher gelungen ist. Im Kampf an der ideologischen Front entscheidet sich, ob es uns gelingt, die Offensive der Arbeiterklasse an den anderen Fronten vorzubereiten. Die Umsetzung dieser Losung in die Praxis erweist sich als umso dringender und gleichzeitig leichter, als gegenwärtig viele Vorurteile der breiten Arbeiter- und Volksmassen ins Wanken geraten sind und die ideologische Unsicherheit der Bourgeoisie und in ihrem Gefolge des Reformismus und des Revisionismus immer deutlicher in Erscheinung tritt. Gerade die Durchhalteparolen der Bourgeoisie zeigen dies deutlich. Aber wenn wir eine Offensive führen, dann kann das nicht bedeuten, daß wir auf Sorgfalt und Geduld in der Durchführung der Offensive verzichten. Die ideologische Offensive muß gerade darin bestehen, daß wir die objektiven Widersprüche umfassend und geduldig vor den Massen darlegen und unter keinen Umständen in Phrasendrescherei verfallen. Je mehr die Massen ihre von der Bourgeoisie aufgepfropften Vorurteile ablegen und ihre falschen Meinungen in Frage stellen, desto mehr wollen sie von uns ernsthafte Antworten. Wenn wir die Losung, die ideologische Offensive führen, richtig anwenden, dann können wir sowohl rechts- als auch linksopportunistische Fehler vermeiden.

Die wichtigste Voraussetzung hierfür ist, daß wir die Einschätzung der Situation als einer Situation, die durch den Übergang aus einem Zustand der relativen Ruhe in einen Zustand rascher Veränderung gekennzeichnet ist, all unserer Arbeit zugrundelegen, jedes Anzeichen der weiteren Veränderung erkennen und berücksichtigen.

DEN PARTEIAUFBAU AUF DER RICHTIGEN LINIE VORANTREIBEN !

Die richtige Linie hat man nicht in der Tasche wie ein Schnupftuch oder einen Hausschlüssel. Obwohl unsere taktische Resolution in der Hauptsache richtig ist, haben wir doch einige Fehler gemacht und auch in der taktischen Hauptresolution selbst ist die Rolle der selbständigen Streiks nicht richtig herausgearbeitet. Fehler lassen sich niemals vollständig vermeiden. Entscheidend ist, daß man sie frühzeitig erkennt und korrigiert. Damit haben wir gerade erst begonnen. Umso weniger können wir es uns leisten, uns nach der Gründung des KBW auf die faule Haut zu legen und so zu tun, als hätten wir jetzt alle Probleme im wesentlichen gelöst. Davon kann keine Rede sein. Erstens haben wir nicht alle Probleme gelöst und zweitens tauchen täglich neue auf. Wir müssen unsere Fehler korrigieren und vor allem mit dem Fehlschluß aufräumen, als könnten wir jetzt nach der Gründung des KBW erst mal Luft holen. Wenn wir so an den Parteiaufbau herangehen, dann schleicht sich in unsere Organisation durch die Hintertür dieselbe Selbstgefälligkeit ein, die wir an den Pseudoparteien immer wieder zu Recht kritisiert haben. Jede Stärkung unserer eigenen Organisation dient der Organisierung des Proletariats nur insoweit, als sie zum Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei und zur Vereinheitlichung der fortgeschrittenen Teile des Proletariats auf der richtigen Linie beiträgt. Unsere Organisation ist bekanntlich kein Selbstzweck. Obwohl das eigentlich selbstverständlich ist, wird es doch nicht immer beachtet. Sicher ist es richtig, daß wir gegenwärtig den Schwerpunkt darauf legen, alle Marxisten-Leninisten, die auf unserer Linie arbeiten, in unserer Organisation zusammenzuschliessen. Aber darüber dürfen wir nicht die Notwendigkeit vergessen, die Revolutionäre in anderen Organisationen von der Richtigkeit unserer Linie durch Überzeugungsarbeit und durch die Praxis zu überzeugen. Das wichtigste aber ist und bleibt, daß wir neue Kräfte vor allem aus der Arbeiterklasse gewinnen und organisieren. Das können wir nicht, wenn wir nur den Fortschritt sehen, den die Gründung des KBW zweifellos bedeutet und nicht sehen, wie weit die Kommunisten noch hinter ihrer Aufgabe zurückbleiben, organisierter Vortrupp der Arbeiterklasse zu sein.

Gegenwärtig ist auch die Zerschlagung des Zirkelwesens in unserer eigenen Organisation noch keineswegs abgeschlossen. Vielfach schleppten die Ortsgruppen noch die ideologischen, politischen und organisatorischen Überreste des Zirkelwesens mit sich herum. Das zeigt sich in einer gewissen Selbstgenügsamkeit in der örtlichen Arbeit und im fehlenden Bezug auf die Gesamtorganisation. Organisatorisch sind die Strukturen noch manchmal so, als handle es sich immer noch um die alten Zirkel und nicht um Ortsgruppen einer demokratisch-zentralistischen Organisation. Das zeigt sich in zu großen Leitungen, in einem ausufernden Abteilungswesen und in der Herausnahme viel zu vieler Genossen aus der Zellenarbeit. Hier muß die Organisation vereinfacht werden und müssen alle bürokratischen Auswüchse beseitigt werden.

Die örtlichen Zirkel waren vor allem Propagandazirkel, die eher die Notwendigkeit des Klassenkampfes aufzeigten, als ihn tatsächlich zu führen. Zweifellos bedeutet es einen großen Schritt von der Struktur und Arbeitsweise eines Propagandazirkels überzugehen zur Struktur und Arbeitsweise einer demokratisch-zentralistischen Organisation, die tatsächlich den Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes anleitet. Die Klassenkampfsituation und die Tendenz ihrer Entwicklung zwingt uns aber gerade zu diesem Schritt, wenn wir nicht hoffnungslos hinter der spontanen Bewegung hinterherhinken wollen. Der Grundfehler der rechtsopportunistischen Kühl/Maier-Thesen besteht gerade darin, vor diesem Schritt zurückzuweichen und ein ganzes Sortiment von ökonomistischen Argumenten zu entwickeln, um die Notwendigkeit dieses Schrittes hinwegzudisputieren. In der Zurückweisung und Kritik der Kühl/Maier-Thesen müssen wir jetzt darauf achten, daß wir diesen Grundfehler herausarbeiten und unsere Kritik auf die notwendigen praktischen Schritte ausrichten, statt uns mit der Zerrupfung der ökonomistischen Argumentationen zu begnügen und ihnen lediglich mit Lenins 'Was tun?' und dem Hinweis auf die Notwendigkeit der allseitigen Agitation und Propaganda entgegenzutreten. Dieser Hinweis ist richtig, aber eine solche Kritik reicht heute schon nicht mehr. Die allseitige Agitation und Propaganda ist die Voraussetzung für den Übergang zu einer marxistisch-leninistischen Organisation, die die Massenkämpfe anleitet. Aber heute bedeutet es schon ein Zurückzerren hinter die wirklichen Aufgaben, wenn man bei den Voraussetzungen stehenbleibt.

DIE ZEITUNG ALS WAFFE GEBRAUCHEN

Ein wichtiges Mittel auf dem Weg zur Vorhutorganisation, die die Kämpfe der Massen anleitet, ist die Kommunistische Volkszeitung. Die Kommunistische Volkszeitung darf von den Betriebszeitungen nicht getrennt werden. Auf der einen Seite muß sie den Betriebszeitungen breites Material liefern, das es diesen Zeitungen ermöglicht, von der nur ökonomischen Agitation fortzuschreiten und die ökonomische Agitation mit der politischen Agitation zu verbinden, auf der anderen Seite muß die KVZ selbst zu einem Instrument der Massenarbeit in den Betrieben und im Volk werden. Bisher hat man oft den Eindruck, als würden manche Genossen die KVZ noch als die 'Wahrheit' betrachten, die etwas über den Dingen steht. Das zeigt sich in der erst im Ansatz entwickelten Korrespondenz, das zeigt sich aber auch in dem Zurückstellen des Zeitungsverkaufs zugunsten der unmittelbaren Betriebsagitation. Die KVZ ist aber nicht wie die 'Wahrheit' eine 'politische' Zeitung, die sich auf einem breiten Bodensatz ökonomistischer Agitation in den lichten Höhen politischer Aufklärung erhebt, sondern sie ist eine Massenzeitung, die zunehmend in den Alltagskampf eingreifen muß, um zur Waffe der Organisation und zum kollektiven Organisator aller Bewegungen im Volk zu werden. Es ist offensichtlich, daß wir davon noch einigermaßen weit entfernt sind. Es kommt aber nicht darauf an, Entfernungen festzustellen und es damit bewenden zu lassen. Es kommt darauf an, unser Ziel zu bestimmen und alles in unserer Kraft stehende zu tun, um zu diesem Ziel zu gelangen. Jeder Genosse muß die Zeitung als seine Sache begreifen, muß zum Mitarbeiter der Zeitung werden. Die Mitarbeit muß sich von der Lektüre, über die regelmässige Kritik, die Mitarbeit in Form von Korrespondenzen und Artikeln bis zum Vertrieb und Verkauf und der Diskussion mit den Lesern erstrecken. Wenn sich jeder Genosse und die ganze Organisation in dieser Weise zur Zeitung verhält, dann werden wir die KVZ bestimmt zu einer Waffe im Massenkampf schmieden.

J.S.

Aus der Organisation

DELEGIERTENKONFERENZ DER ORTSGRUPPE BREMEN

Bremen. Am 6. und 7. Oktober fand die erste Delegiertenkonferenz der Ortsgruppe Bremen des KBW statt. Der Delegiertenkonferenz lag ein Rechenschaftsbericht der provisorischen Ortsleitung vor, die im wesentlichen mit der alten Führung des Kommunistischen Bundes Bremen (KBB) identisch war, Dieser Rechenschaftsbericht hatte sorgfältig alle politischen Differenzen innerhalb des KBW umschifft und auch die politischen Probleme der Ortsgruppe vollständig umgangen. Deshalb war dieser Rechenschaftsbericht schon vor Beginn der Delegiertenkonferenz durch die große Mehrheit der Zellen abgelehnt worden. Auf der Delegiertenkonferenz selbst wurde der Rechenschaftsbericht der kommissarischen Ortsleitung einstimmig zurückgewiesen. Doch darauf beschränkte sich die Delegiertenkonferenz nicht. Auf der Konferenz wurde damit begonnen, die ganze bisherige Politik des KBB im Lichte des Kampfes zweier Linien zu untersuchen und die bisherigen ökonomistischen und rechtsopportunistischen Fehler der Ortsgruppe und vor allem der provisorischen Ortsleitung, die gerade nach der Gründungskonferenz verschärft aufgetreten waren, systematisch zu kritisieren. Auch die provisorische Ortsleitung beteiligte sich an dieser Kritik und übte Selbstkritik.

Die Konferenz beschloß einstimmig eine Resolution zur Einleitung einer Kampf-Kritik-Umgestaltungskampagne. Zum Abschluß der Konferenz wurde eine neue Ortsleitung gewählt, die aus sieben Mitgliedern besteht. In diese neue Ortsleitung wurden nur noch drei Mitglieder der ehemaligen provisorischen Ortsleitung hineingewählt. Die neue Ortsleitung wird nun auf Grundlage der Beschlüsse der Delegiertenkonferenz, des Programms des KBW und seiner taktischen Resolutionen die Ortsgruppe anleiten und zusammen mit allen Mitgliedern sich bemühen, die bisherigen Fehler zu überwinden.

Ein ausführlicher politischer Bericht über die Delegiertenkonferenz in Bremen und den Kampf zweier Linien in der Ortsgruppe wird gegenwärtig von der neuen Ortsleitung erstellt und in der zweiten Nummern von "Kommunismus und Klassenkampf" veröffentlicht werden.

NEUE ORTSGRUPPEN

Als Ortsgruppe aufgenommen wurden die ehemaligen Mitglieder der Kommunistischen Gruppe **Frankfurt/Offenbach** aus Frankfurt. Die Ortsgruppe arbeitet vor und in Betrieben der Metall-, Chemie- und Druckindustrie, hat die Arbeit unter der Arbeiterjugend und den Schülern begonnen und leitet eine Studentenorganisation an. Die Ortsgruppe hat in Frankfurt bisher etwa 1 500 KVZ verkauft.

Als Ortsaufbaugruppe wurden die Mitglieder der ehemaligen KG Ffm/Off aus Offenbach aufgenommen. Die Ortsgruppe arbeitet vor und in Betrieben der Metall- und Chemieindustrie. Die Ortsaufbaugruppe hat in Offenbach bisher etwa 250 KVZ verkauft.

Als Ortsaufbaugruppe wurden die Mitglieder und Kandidaten des KBW in **Speyer** zusammengefaßt. Die Ortsaufbaugruppe arbeitet vor und in Betrieben der Metall-, Leder- und Druckindustrie. Die Arbeit unter der Arbeiterjugend und unter den Schülern wurde begonnen. Die Ortsaufbaugruppe hat bisher etwa 150 KVZ in Speyer verkauft.

Als Ortsgruppe aufgenommen wurde der ehemalige KB **Hannover**, der vor einigen Wochen aus der Verschmelzung zweier Organisationen hervorgegangen ist. Die Ortsgruppe arbeitet auf der Basis von Zellen und Aufbauzellen in Betrieben und Behörden.

Als Ortsaufbaugruppe aufgenommen wurde der KB **Hameln**, der in mehreren Betrieben auf der Basis von Aufbauzellen arbeitet.

Als Ortsaufbaugruppe wurden die **Dortmunder** Genossen der ehemaligen Kommunistischen Fraktion Ruhrgebiet (KFR) aufgenommen. Die Genossen haben sich von Anfang an an der Programmdebatte beteiligt und seit der Gründung des KBW dessen Arbeit aktiv unterstützt. Die Ortsaufbaugruppe betreibt eine regelmäßige Agitation vor den Dortmunder Hoesch-Betrieben und vor der Zeche Hansa. Sie leitet eine örtliche Hochschulorganisation an.

HOCHSCHULKOMMISSION GEBILDET

Mit der Bildung einer Hochschulkommission durch das ZK hat der KBW die Initiative zum Aufbau eines kommunistischen Studentenbundes Westdeutschland ergriffen. Ziel der Kommissionsarbeit ist die Zusammenfassung aller mit dem KBW sympathisierenden und zusammenarbeitenden Studentengruppen in einer einheitlichen Organisation auf der Basis der Zustimmung zum Programm des KBW. Die Kommission wird im Laufe des Wintersemesters einen Vorschlag für die Gründungserklärung, das Statut und die Resolutionen den Studentengruppen vorlegen.

EIN GUTER VORSCHLAG

Die Ortsgruppe Hildesheim hat hohe Verkaufszahlen mit der KVZ erzielt. In ihrem Monatsbericht schreibt sie über eine Methode, um gleichzeitig den Verkauf der Zeitung und die öffentliche Agitation zu fördern: Die öffentliche Verkäuferversammlung, zu der interessierte Kollegen, sympathisierende Schüler, Studenten eingeladen werden. "Auf der Verkäuferversammlung werden wichtige Artikel aus der KVZ diskutiert." Hier die Tagesordnung der 3. Verkäuferversammlung in Hildesheim: 1.Diskussion über den Artikel "Chile – Das Volk ist nicht besiegt" KVZ Nr.3 2. Zum X.Parteitag der KPCh; 3. Berichte, Erfahrungen des KVZ-Verkaufs; 4. Weiterer Verkauf.

Erläuterungen zum Bericht S.12/13

(1) Die Kühl/Maier-Thesen wurden als Beilage zur 'Wahrheit' Nr.5/6, der früheren Zeitung des früheren KB Bremen veröffentlicht. Gegen sie wurde auf der Gründungskonferenz des KBW der Kampf geführt (vgl. KVZ Nr.1). In der ersten Nummer des theoretischen Organs des KBW 'Kommunismus und Klassenkampf' erscheinen zwei Auseinandersetzungen mit den 'Thesen', die inzwischen auch von ihren beiden Verfassern nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Verfasser werden in Nr.2 von 'Kommunismus und Klassenkampf' Stellung beziehen.

(2) Die "bekannten Fehler in der politischen Anleitung der Ortsgruppen durch Mitglieder des ZK" sind bisher nur innerhalb der Organisation behandelt worden. Es handelt sich hierbei darum, daß die betreffenden ZK-Mitglieder auf dem Höhepunkt der Streiks im August unzureichende, bzw. falsche Rundbriefe an die Ortsgruppen verschickten. Innerhalb des ZKs des KBW wurden diese Fehler im September kritisiert. Dabei ist Einheit erzielt worden, Auch in den verschiedenen Ortsgruppen wurden diese Fehler kritisiert.

An Hand eines vom ZK einstimmig verabschiedeten Berichts des Sekretärs wurde eine allgemeine Diskussion dieser Fehler in allen Ortsgruppen und befreundeten Organisationen eingeleitet.

SPENDENLISTE VOM 6.10. BIS ZUM 19.10.1973

L.St., Westberlin	300,00 DM
D.G., Bremen	250,00 DM
Th.L., Bielefeld.	180,00 DM
A.St., Hernß	100,00 DM
D.A., Lübeck	100,00 DM
D.W., Westberlin	70,00 DM
Af.De., Aachen	20,00 DM
Kommunistischer Oberschüler Bund Bremen	250,00 DM
J.B., Hamm	50,00 DM
Buchladensammlung Polibula Frankfurt	155,00 DM
H.B., Braunschweig	30,00 DM
M.H.G., München	50,00 DM
E Co., Bremen	120,00 DM
SSK Chemie TU Westberlin	420,00 DM
F.-J.Sch., Frankfurt	500,00 DM
KHI Bochum	754,50 DM
H.B., Braunschweig	20,00 DM
Buchladensammlung Polit.Buch Braunschweig	330,00 DM
M.B.T., Dortmund	30,00 DM
F.N., Stürzelber	20,00 DM
Zelle Chemie des KSB Göttingen	150,00 DM
Fachschaftsgruppen an der PH Freiburg	1 385,00 DM
KHG Freiburg	4 500,00 DM

SPENDENKONTO DES KBW
COMMERZBANK
MANNHEIM
KTO. NR. 32 58 589 – 00

Berichtigung

KVZ Nr.4: Im letzten Satz des Artikels "Die Politik der VR China gegenüber den Supermächten. . ." ist ein sinnentstellender Fehler unterlaufen, indem ein Halbsatz ausgelassen wurde. Der vollständige Satz heißt: "In der Außenpolitik zwischen Staaten, in denen die Arbeiterklasse herrscht, **und Staaten, in denen die Bourgeoisie herrscht**, ist die Herstellung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz gerade ein wichtiges Mittel, um die Aggressions- und Kriegspolitik der imperialistischen Staaten zu bekämpfen und die Weltherrschaftspläne der Supermächte zum Scheitern zu bringen."

Leserbrief

DER MENSCH KEIN ANHÄNGSEL DER MASCHINE

Die China-Reisegruppe des KBW hat den Arbeiterkorrespondenzbericht eines Genossen (in KVZ Nr.4) diskutiert und festgestellt, daß sachliche und inhaltliche Fehler vorhanden sind. Deshalb haben wir folgende Ergänzung beschlossen:

Der Durchschnittsverdienst in China von 60 Yüan (ein Nettoverdienst, da es keine Steuern gibt, und da jede Fabrik einen festen Fond hat und Arbeitslosigkeit unbekannt ist) entspricht nach offiziellem Wechselkurs 80 DM (1 Yüan = 1,33 DM).

Das erscheint wenig. Aber die Lebenshaltungskosten sind sehr viel billiger als hier, da vor allem die Preise für Grundnahrungsmittel und den sonstigen Grundbedarf durch die staatliche Planung niedrig gehalten werden und sogar sinken.

Die Miete z. B. kostet pro qm ungefähr 10 Fen (100 Fen = 1 Yüan), also umgerechnet 13 Pfennig. (Nicht, wie angegeben eine Wohnungsmiete 25 Fen!) Für 12 Yüan = 16 DM monatlich kann sich der chinesische Arbeiter an 6 Tagen in der Woche gut und reichlich in der Fabrik verpflegen. 1 kg Reis, das Hauptnahrungsmittel, kostet 33 Fen = 44 Pfennig. Für 7,2 Yüan bekommt man eine gut gearbeitete Oberjacke aus sehr haltbarem Baumwollstoff. Nach Abzug der notwendigen monatlichen Ausgaben hat so der chinesische Arbeiter noch relativ mehr von seinem Verdienst übrig, als wir hier!

Schluss mit der Ausländerverfolgung

ERKLÄRUNG DES ZK DES KBW GEGEN DIE AUSWEISUNG BAHA TARGÜNS

Das ZK des Kommunistischen Bundes Westdeutschland verurteilt aufs entschiedenste den Versuch der westdeutschen Behörden, Baha Targün aus der Bundesrepublik auszuweisen. Baha Targün war Mitglied der Streikleitung bei Ford und einer ihrer Sprecher gewesen. Der Ausweisungsbeschluß, ebenso wie die Entlassung Baha Targüns und anderer Kollegen durch die Ford-Betriebsleitung bedeuten den Versuch der Kapitalistenklasse und ihres Staates, aus einer vorübergehenden Niederlage der Fordarbeiter den größtmöglichen Nutzen zu ziehen und die Fordarbeiter und die ausländischen Arbeiter generell einzuschüchtern, um sie weiter in Rechtlosigkeit und brutaler Unterdrückung zu halten. Der Ausweisungsbescheid ist eine weitere Maßnahme im Rahmen der umfassenden Versuche, die Arbeiterklasse in jene Abhängigkeit zurückzudrängen, aus der sie durch die selbständigen Streiks ausbrachen. Auch in anderen Betrieben haben die Kapitalisten klassenbewußte deutsche und ausländische Arbeiter entlassen, und auch anderswo hat der kapitalistische Staat ausländische Arbeiter ausgewiesen. Gegen solche Verfolgungsmaßnahmen der Kapitalisten und ihres Staates gilt es eine breite Einheitsfront zu schaffen, die deutsche und ausländische Arbeiter und alle fortschrittlichen Kräfte umfaßt. Die Schaffung einer solchen Einheitsfront ist unser Ziel, und auf dem Weg zur Herstellung dieser Einheitsfront sind wir bereit, mit allen Organisationen Aktionseinheiten zu schließen, die mit uns gemeinsam den Kampf gegen die besondere Unterdrückung der ausländischen Arbeiter führen wollen. Umso schädlicher empfinden wir es aber, wenn bestimmte Organisationen, wie im Falle Baha Targüns aufs Neue die Gruppe Rote Fahne (KPD), unter dem Deckmantel des Rufes nach Einheit in Wirklichkeit die Spaltung der Einheit betreiben, weil sie fälschlicherweise meinen, dies diene den Interessen ihrer Organisation. Mit der Behauptung, Baha Targün im Kampf gegen die Ausweisung zu unterstützen, versucht die Gruppe Rote Fahne (KPD) wieder einmal, einen ernsten Kampf in sein Gegenteil zu verzerren und damit zu sabotieren.

Statt im Kampf gegen die Verfolgung Baha Targüns alle Kräfte zusammenzufassen, nimmt sie die Verfolgung zum Anlaß, sich selbst in den Vordergrund zu spielen. Damit wendet sie sich gegen jene Kräfte, die ehrlich den Kampf gegen die Verfolgungsmaßnahmen führen, aber nicht zum Anhängsel der Gruppe Rote Fahne (KPD) werden wollen.

In Köln selbst hat die Gruppe Rote Fahne den Kampf zur Unterstützung der entlassenen Fordarbeiter gespalten, in Bochum hat sie dasselbe getan und den Kampf zur Unterstützung der entlassenen Opelarbeiter gespalten. Wenn sie sich jetzt mit einem Aufruf des Ford-Solidaritätskomitees und der Roten Hilfe e.V. an alle wendet, dann hat sie wiederum nichts anderes vor, als die Solidaritätsgefühle aller für ihre finsteren und organisationsopportunistischen Ziele einzusetzen und in bekannter Manier die Verfolgung Baha Targüns zu einem Werberummel für die Gruppe Rote Fahne (KPD) auszunutzen.

Aber die Form der Baha-Targün-Kampagne der Gruppe Rote Fahne ändert nichts daran, daß gegen die Entlassung und Ausweisung Baha Targüns, wie gegen ähnliche Verfolgungsmaßnahmen gegen andere Arbeiter, entschieden gekämpft werden muß, mit dem Ziel, die besondere Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter zu beseitigen und die Einheitsfront der deutschen und ausländischen Arbeiter im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und für den Sieg des Sozialismus herzustellen.

Wir fordern all unsere Ortsgruppen und Zellen auf, in ihrer Agitation gegen die Ausweisung Baha Targüns zu protestieren und alles daran zu setzen, um die Einheit der deutschen und ausländischen Arbeiter zu stärken.

Solidaritätstheater

ZUR ARBEIT DER GRUPPE ROTE FAHNE (KPD) IM FORD–SOLIDARITÄTSKOMITEE

Nach der Zerschlagung des Streiks bei Ford Köln hatte sich ein Solidaritätskomitee gegründet, das im wesentlichen von der Gruppe "Kölner Fordarbeiter" getragen wurde. Die Gruppe "Kölner Fordarbeiter" ist ein Zusammenschluß verschiedener revolutionärer Organisationen und Strömungen, die bei Ford eine gemeinsame Politik in Fragen des praktischen Kampfes zu organisieren versuchen.

DIE SPALTUNG DER SOLIDARITÄTSBEWEGUNG

Die Gruppe Rote Fahne ignorierte die Initiative der "Kölner Fordarbeiter" und gründete ein eigenes Komitee, das von vornherein darauf angelegt war, die breite solidarische Kampffront zur Unterstützung der entlassenen Kollegen zu sabotieren. Andere Organisationen und fortschrittliche Menschen durften quasi als Befehlsempfänger die Aktionen des Solidaritätskomitees "unterstützen". Statt um die ernsthafte Organisierung der Solidarität ging es um die bedingungslose Durchsetzung der Linie der Gruppe Rote Fahne, Und die hieß: Wiederaufnahme des Streiks um jeden Preis und Organisierung der RGO!

Mit ihren Manövern gelang es der Gruppe Rote Fahne, einen Anfangserfolg zu erzielen: Aus Furcht, die Arbeiterklasse und die Bevölkerung durch das Auftreten zweier Komitees zu verwirren, gaben die "Kölner Fordarbeiter" ihr Komitee auf. Wegen ihrer mangelnden Verbindung zu Ford und der daraus resultierenden Unsicherheit über ihre eigene Rolle gelang es der Ortsgruppe Köln des KBW nicht, diesen Schritt zu verhindern.

DIE "NATIONALE DEMONSTRATION FÜR DIE ENTLASSENEN METALLER" DER GRUPPE ROTE FAHNE

Statt einer ernsthaften Unterstützungsarbeit für die entlassenen Kollegen, Sammlungen, Aufklärungen, Rechtsschutz, trat die Gruppe Rote Fahne gleich mit ihrem ersten "Großprojekt" einer nationalen Demonstration auf den Plan. An der Demonstration nahmen etwa 2 000 Menschen teil. Laut eigenen Angaben der Gruppe Rote Fahne bestand sie fast ausschließlich aus studentischen Mitgliedern der Liga gegen den Imperialismus und ihres Studentenverbandes (KSV), die aus allen Teilen der BRD kamen. An der Spitze marschierten Teile der ehemaligen Streikleitung und vier Reihen meist türkischer Kollegen. Die anderen beteiligten Organisationen verließen die Demonstration oder zogen ihre Beiträge zurück, da die Aufmachung dieses Aufmarsches eher geeignet war, die von der bürgerlichen Presse über den Fordstreik hergestellten Vorurteile und Lügen zu bestätigen.

DIE ABENTEURERPOLITIK DER GRUPPE ROTE FAHNE

Nach der Demonstration war von Solidarität im Komitee nur noch selten die Rede. Die Gruppe Rote Fahne schob diese Aufgabe der Roten Hilfe zu, um mit Macht an die Organisierung eines neuen Streiks heranzugehen. Die Ausgangsbedingungen waren, schlicht gesagt, katastrophal: Zusätzlich zu der oben beschriebenen Situation im Betrieb waren der Gruppe Rote Fahne ihre immer schon sehr dünnen Fäden in den Betrieb abgerissen, den anderen Organisationen und den entlassenen Kollegen ging es nicht viel besser. Niemand war in der Lage, die Strömung im Betrieb annähernd richtig zu beschreiben und einzuschätzen. Entsprechend abenteuerlich waren die Pläne der Gruppe Rote Fahne. Das ging vom Zusammenfassen und Losschlagen der entschlossensten Kollegen im Betrieb (zu denen sie überhaupt keine Verbindung hatte und hat) bis hin zu dem Vorschlag, einen Trupp von KSV-lern zusammenzustellen, in den Betrieb einzudringen und so den Streik wieder in Gang zu bringen (diese Absicht hatte die Gruppe Rote Fahne auch schon **während** des Streiks, als sie befürchtete, die Kollegen bei Ford hätten nicht Mut genug, den Streik am Montag nach Streikbeginn fortzusetzen.).

Alle, die nicht bereit waren, diese Abenteuer mitzumachen, flogen unter fadenscheinigen Begründungen

aus dem Komitee raus. Davon blieben auch Kollegen nicht verschont, die an hervorragender Stelle den Streik mitgeführt hatten. Sie wurden wüst beschimpft als Feiglinge und Arbeiterverräter.
Zudem trieb die Gruppe Rote Fahne gefährliches Schindluder mit den türkischen Kollegen, die zu Anfang das Komitee zahlreich unterstützten (bis zu 50). Ein türkischer Genosse bezeichnete denn auch die Politik der Gruppe Rote Fahne als opportunistische Sammelei und als "Agententum" für die türkischen Faschisten. Die Ortsgruppe Köln des KBW stellte ihre Unterstützung des Komitees nach einer offenen Auseinandersetzung über die falsche Linie der Sektierer ein. Ein großer Teil der Organisierung der Solidarität spielte sich danach außerhalb des "Ford-Solidaritätskomitees" ab. Die "Kölner-Fordarbeiter" bzw. die daran beteiligten Organisationen nahmen wieder, wenn auch nicht öffentlich als Komitee, verstärkt ihre Arbeit auf, unterstützt von der türkischen Patriotischen Einheitsfront und der Kölner Ortsgruppe des KBW. Das Komitee der Gruppe Rote Fahne versumpfte in der Bedeutungslosigkeit.

EIN NEUER STREICH: DIE DEMONSTRATION FÜR BAHA TARGÜN

Die Sektierer der Gruppe Rote Fahne versuchen jetzt verzweifelt, mit einem zweiten Schaustück in Sachen Ford – der Demonstration für Targün – die Initiative wieder in die Hand zu kriegen. Doch dieser Versuch ist schon im Ansatz gescheitert. Keine Organisation, kein fortschrittlicher Mensch in Köln hat diese Initiative unterstützt. Auch die türkischen Kollegen haben den Sektierern weitgehend die Mitarbeit aufgekündigt. Und es ging dabei niemandem darum, Baha Targün die Solidarität zu verweigern, sondern den widerlichen und schändlichen Machenschaften der Gruppe Rote Fahne eine klare Absage zu erteilen. Vielen ist klargeworden, was die Politik dieser Gruppe ausmacht: Die große Phrase und Theaterdonner. Mit der ernsthaften Aufgabe der Kommunisten, führend in die Kämpfe der Massen einzugreifen, sie in jeder Situation des Klassenkampfes richtig vorzubereiten und anzuleiten, hat diese "Partei" nichts zu tun. Sie beschwört und inszeniert Bewegungen und ignoriert zugleich die wirkliche Entwicklung der Klassenkämpfe. Diese Leute haben kein Vertrauen in die Kraft der Massen. Sie halten sich selbst für die einzigen Revolutionäre und huldigen der "Mentalität umherschweifender Rebellenhaufen", und das ist, wie Genosse Mao Tse-tung sagt, nicht die Art der proletarischen Vorhut, sondern die einer Sekte von Kleinbürgern.

—KBW, Ortsgruppe Köln—

Wer spaltet Kampffront gegen Entlassungen bei Opel Bochum?

Bereits während des Streiks bei Opel im August 1973 hatte sich auf Initiative eines fortschrittlichen Bochumer Pfarrers ein Komitee "Opel Solidarität" gegründet. Die ersten, die diesem Komitee beitraten, waren die DKP und ihr nahestehende Organisationen (SDAJ, MSB Spartakus, Naturfreundejugend). Direkt nach dem Streik wollten mehrere weitere Organisationen dem Komitee beitreten, um die Einheit im Kampf gegen die Entlassungen der Kollegen Benaissa, Schönstedt, Kanschik und Krawutschke herzustellen. Das Zustandekommen dieser Einheit wurde von der DKP verhindert, indem sie die Zusammenarbeit mit marxistisch-leninistischen Organisationen (ML Bochum, GRM (KPD/ML), GRF (KPD), Rote Hilfe, Kommunistische Hochschulinitiative) grundsätzlich ablehnte. Da die DKP formal über die Mehrheit im Komitee verfügte, lehnte sie die Aufnahmeanträge dieser Organisationen einfach ab, selbst die Gruppe oppositioneller Gewerkschafter bei Opel Bochum, die bei den Betriebsratswahlen fast ein Drittel der Stimmen erhalten hatte, wurde nur mit einer Mehrheit von 5:4 Stimmen aufgenommen, obwohl ihr einige der entlassenen Kollegen angehörten. Daraufhin verließen die Jusos, die Evangelische Studentengemeinde und die Gruppe oppositioneller Gewerkschafter unter Protest das Komitee und schlossen sich mit den anderen abgewiesenen Organisationen zu dem Komitee "Solidarität mit den entlassenen Kollegen bei Opel Bochum" zusammen. Ziel des Komitees sollte sein, den Kampf für die Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen zu organisieren, Spenden für die Kollegen zu sammeln und sie juristisch zu unterstützen. Doch wer glaubte, diese Ziele nun ohne erneute Spaltungsversuche einheitlich verfolgen zu können, hatte sich getäuscht.
Einige Tage, nachdem das Komitee eine Kundgebung in der Bochumer Innenstadt durchgeführt hatte, verteilte die Gruppe "Rote Fahne" (KPD) vor den Werkstoren bei Opel ein Flugblatt, in dem sie im deutschen Text die Gruppe oppositioneller Gewerkschafter scharf und unsolidarisch angriff. Im spanischen Text war dann offen von "Klassenverrätern" die Rede. Die Empörung unter den Kollegen war groß, handelte es sich doch bei den Entlassenen selbst um einige von diesen "Klassenverrätern". Im Komitee auf dieses Flugblatt angesprochen, versuchten die Vertreter der GRF sich zunächst mit "Übersetzungsfehlern" herauszureden. Eine Bereitschaft zur Selbstkritik bestand nicht. Daraufhin wurde die GRF aus dem Komitee ausgeschlossen mit der Auflage, daß sie erst dann wieder einen neuen Aufnahmeantrag stellen dürfte, wenn sie öffentlich vor dem Betrieb ihre unverschämten Anwürfe widerrufen hätte. Daraufhin gründete sie mit Mitgliedern ihrer Studentenorganisation (KSV) ein eigenes Komitee an der Uni.

Ungeachtet dieser Spaltungsversuche wurde unsere Spendensammlung für die entlassenen Kollegen ein großer Erfolg. Gerade bei Opel selbst wurde unter der Belegschaft sehr viel Geld gesammelt. Die Solidaritätsbewegung mit den entlassenen Opel-Kollegen ist über die DKP und die Gruppe Rote Fahne (KPD) hinweggegangen, ohne sich weiter um die Spaltungsmanöver zu kümmern.

—H.W.,Mitgl. d. Solidaritätskomitees—

LUXEMBURG, 9. Oktober:

Generalstreik

Luxemburg. Der Luxemburger Arbeiterverband (LAV) hatte den 9. Oktober zum gewerkschaftlichen Aktionstag proklamiert und alle Arbeiter zum Streik und zur Demonstration gegen die Regierung aufgerufen.
Bereits im Juli und im August hatten die Arbeiter des ARBED-Werkes Belval aus Protest gegen die Verschärfung der Arbeitshetze mehrmals die Arbeit niedergelegt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer fielen ihnen dabei in den Rücken, indem sie die Kampfmaßnahmen der Kollegen für illegal erklärten.
Sie wollten den gewerkschaftlichen Aktionstag dazu benutzen, um ihre gesellschaftspolitischen Reformen unter den Arbeitern zu propagieren und die Arbeiter vom Lohnkampf abzulenken. Die Marxisten-Leninisten hatten deshalb in ihrer Agitation versucht, dem sozialdemokratischen Aktionsprogramm für den 9. Oktober gewerkschaftliche Forderungen für die anstehende Tarifrunde entgegenzusetzen, auf deren Grundlage die Einheit aller Kollegen gegen ihre Ausbeuter hergestellt werden konnte. Die Taktik der sozialdemokratischen Führung bestand darin, die Auseinandersetzung zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern aus dem Betrieb zu bringen und sie in eine Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und christlich-sozialer Regierung umzumünzen, um damit die Parlamentswahlen im kommenden März vorzubereiten und die Position der Luxemburger Sozialistischen Arbeiterpartei (LSAP) zu stärken.

Den Marxisten-Leninisten gelang es überall dort, wo ihre Betriebskollektive arbeiten, gewerkschaftliche Forderungen für die nächste Tarifrunde zu verankern. Ihr Einfluß war aber noch zu gering, um diese Forderungen auch in der gewerkschaftlichen Vertragskommission durchzusetzen. Immerhin wurde die Vertragskommission gezwungen, die Lohnerhöhungsforderung in Prozent zugunsten einer Forderung in Franken fallenzulassen. Diese Forderung liegt ungefähr um 30 Mark niedriger als die, welche die Kollegen in einzelnen Betrieben bereits aufgestellt hatten und die vom Kommunistischen Bund Luxemburg aufgegriffen worden war.
In Bezug auf den Generalstreik vom 9. Oktober propagierten die Marxisten-Leninisten deshalb die Parole: "Den 9. Oktober zu einer mächtigen Waffe im Lohnkampf machen."

Am 9. Oktober streikten fast 80 % der Arbeiter der Schwerindustrie und rund 50 % der Arbeiter der Metallindustrie. Am Nachmittag des 9. Oktober bekundeten über 30 000 Arbeiter in einer Protestdemonstration ihre Unzufriedenheit mit den Zuständen in Luxemburg. Dies war die größte Demonstration in Luxemburg seit 1936. Der 9. Oktober war aber lediglich der erste Schritt der luxemburgischen Arbeiterklasse auf dem Weg der neuen Entfaltung der Klassenkämpfe.

—C.D.—

CHRYSLER / GROSSBRITANNIEN:

2 Monate Streik

Teile der britischen Autoindustrie werden seit zwei Monaten durch einen Streik der Elektriker im Werk Coventry des amerikanischen Chrysler-Konzerns lahmgelegt. Die Forderung der Arbeiter auf eine Lohnerhöhung von 5 Pfund pro Woche (30 DM) ist von Chrysler mit der Begründung abgelehnt worden, daß dies gegen die Lohnstopp-Politik der konservativen Regierung verstoßen würde. Die Erhöhung von 1 Pfund plus 4 % Lohnzuschlag, die unter dem Lohnstopp zulässig ist, ist völlig unzureichend angesichts der enormen Preissteigerungen in Großbritannien in den letzten Monaten.

Um die Produktion ungehindert fortsetzen zu können, hat die Chrysler-Betriebsleitung mehrere Entlassungen unter den Streikenden der ETU-Gewerkschaft ausgesprochen und Streikbrecher von anderen Gewerkschaften mit der Zustimmung von deren Führung an ihre Stelle eingesetzt.
Daraufhin haben Elektriker im schottischen Linwood-Betrieb sich mit ihren Kollegen in Coventry solidarisch erklärt und die Arbeit niedergelegt. Der Versuch von Chrysler, diesem Streik auch durch den Einsatz von Streikbrechern schnell ein Ende zu machen, ist an dem Solidaritätsstreik aller 7 000 Arbeiter des Linwood-Betriebes gescheitert. Trotz Entlassungsdrohungen in den letzten Tagen wird der Streik einheitlich fortgesetzt.
In diesem Streik geht es nicht nur um die Interessen der Autoelektriker bei Chrysler, sondern um die Verteidigung des Streikrechts überhaupt. Die reaktionäre Heath-Regierung hat die Phase III ihres sogenannten Stabilitätsprogramms in Kraft gesetzt. In dieser Phase werden den Arbeitern jährliche Lohnerhöhungen von lediglich 1 Pfund pro Woche plus 4 % zugestanden. Diese reaktionäre Maßnahme ist eine scharfe Einschränkung der Rechte der britischen Arbeiterklasse.

—H.B.—

Lip/Besançon Verhandlungen gescheitert

Besancon. Die französische Regierung hat die Verhandlungen für die Wiederaufnahme der Arbeit bei dem französischen Uhrenkonzern LIP scheitern lassen. Der Unterhändler der französischen Regierung, der Unternehmer Giraud, ist von seinem Mandat zurückgetreten. (Giraud besitzt verschiedene Betriebe und will neben dem Schweizer Uhrenkonzern Ebauches Teilhaber einer neuzugründenden Gesellschaft LIP werden.) Der französische Ministerpräsident Messmer erklärte, damit habe sich die Angelegenheit LIP erledigt und der Industrieminister Charbonnel sagte: "Ich sehe nicht, welche Worte der Hoffnung ich geben kann."

Am Freitag, dem 13. Oktober, hatte die Mehrheit der LIP-Kollegen noch einmal ihre ursprünglichen Forderungen bekräftigt: "Keine Entlassungen, Garantie der erreichten Sozialleistungen." 626 Kollegen sprachen sich für das Festhalten dieser Forderungen aus, während 174 für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit entsprechend den Vorschlägen des staatlichen Unterhändlers Giraud waren. Giraud hatte sich einverstanden erklärt, die Fabrik wieder zu öffnen, wenn die Belegschaft der Entlassung von 159 Kollegen zustimmen würde. Nachdem etwa 250 Kollegen sich bei den staatlichen Behörden als arbeitslos gemeldet und den Kampf für die Wiedereinstellung bei LIP aufgegeben haben, außerdem etwa 60 Kollegen aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden und Rentner werden sollen, hat der Unterhändler Giraud sich bereiter- [illegible] anderen weiter zu beschäftigen. Ursprünglich hatte er gefordert, daß knapp die Hälfte der Belegschaft entlassen werden müßte.

Nicht geklärt waren außerdem in diesem Vorschlag die Frage der Garantie der erreichten Sozialleistungen sowie die Wahrung des Lebensniveaus der 60 Frührentner.
Die Gewerkschaft CFDT, die über den größten Einfluß bei LIP verfügt, hatte die Ablehnung dieses Vorschlags empfohlen und war für das Festhalten der ursprünglichen Forderungen eingetreten. Die Gewerkschaft CGT war für die Wiederaufnahme der Arbeit eingetreten, wobei die Bedingungen noch genauer geklärt werden müßten.

DIE TAKTIK DER CFDT- UND CGT-FÜHRUNGEN

Nach der Abstimmung haben die Gewerkschaften angekündigt, im Sinne des Ergebnisses weiterzumachen. Angesichts der Erklärungen der Regierung und des Rücktritts des staatlichen Unterhändlers Giraud sieht das aber nicht so aus, daß jetzt der breite Kampf der französischen Werktätigen entwickelt wird. Auf dem Boden des Kampfes für die eigenen Interessen kann der besondere Kampf der LIP-Arbeiter am stärksten unterstützt werden. Obgleich große Teile der französischen Arbeiterklasse kampfbereit sind und zum Beispiel die Beschäftigten der Eisenbahn in einer breiten Streikaktion ihrer Forderung nach Erhalt ihres Lebensniveaus angesichts der ständigen Preissteigerungen Nachdruck verliehen haben, suchen die Gewerkschaftsführungen jetzt erneut den Weg der Verhandlungen mit der Regierung. Das haben die Vorsitzenden der CFDT und der CGT nach der Abstimmung der LIP-Kollegen erklärt.
Am 29. September waren 100 000 Menschen nach Besancon gekommen und hatten sich an der Solidaritätsdemonstration mit den LIP-Kollegen beteiligt. Das zeigt das große Interesse, das die französische Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen an einem Erfolg der LIP-Kollegen haben. Sie erklärten auf ihren Transparenten: "LIP wird siegen – sonst kommen wir wieder."
Die französischen Arbeiter und die übrigen Werktätigen wissen, daß man kämpfen muß, wenn man siegen will. Die Gewerkschaftsführer der CFDT und der CGT verspielen den Sieg, wenn sie jetzt erneut verhandeln ohne sich auf einen breiten Kampf der Arbeiter zu stützen. Die französische Regierung wird Zugeständnisse in Worten machen aber nicht in Taten. Zur Änderung ihrer Haltung wird sie nur bereit sein unter dem tatsächlichen Druck des Kampfes der französischen Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen.

—D.T.—

SPANIEN:

Arbeiter zu Tode gefoltert

Unter den Folterungen der spanischen Faschisten ist der 28-jährige Bauarbeiter Cipriano Martos gestorben. Martos war Mitglied der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten (PCE/ML) und der gewerkschaftlichen Arbeiteropposition (OSO). Ende August wurde er verhaftet und nach schweren Folterungen in ein Krankenhaus in Taragona eingeliefert, wo er nach 3 Wochen starb.
In Barcelona sind Anfang Oktober 3 weitere Mitglieder der PCE/ML festgenommen worden. Im Gefängnis von Carabanchel in Madrid haben die politischen Gefangenen einen Hungerstreik am 5.Oktober begonnen. Sie protestieren gegen den Versuch, drei der politischen Gefangenen vor ein sogenanntes Gericht der öffentlichen Ordnung zu stellen. In Wirklichkeit sollten die drei Gefangenen, die im Anschluß an die verbotenen Demonstrationen am 1. Mai festgenommen worden waren, nicht vor ein Gericht gestellt werden, sondern den Folterungen der faschistischen Polizei ausgeliefert werden. 14 der politischen Gefangenen sind inzwischen isoliert und an einen geheimen Ort gebracht worden.

TÜRKEI:

Parlamentswahlen kein Ende des Terrorregimes

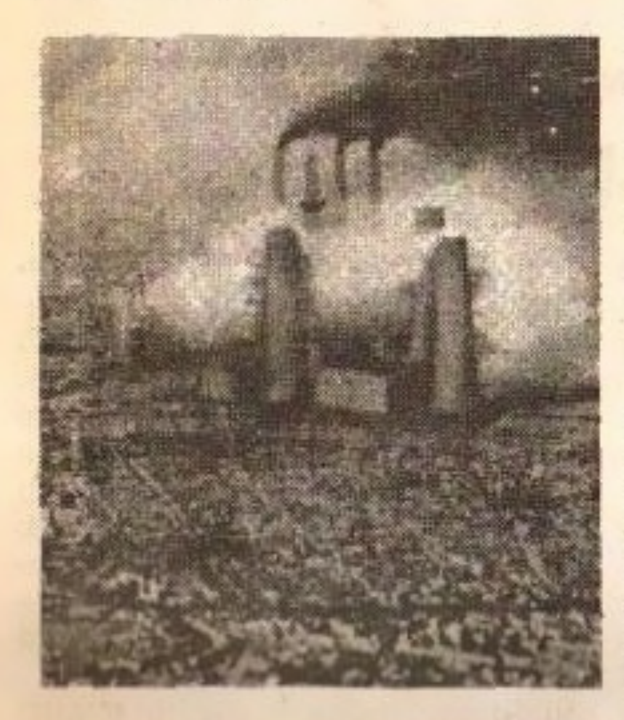
Mit der Erklärung, Reformen in der Türkei durchzuführen, hatten 1971 die Militärs die Macht ergriffen und die Nationalversammlung aufgelöst. Sie haben das Kriegsrecht über die ganze Türkei verhängt, die Türkische Arbeiterpartei sowie alle fortschrittlichen Organisationen verboten, nur noch die Türk-Is, eine gelbe Gewerkschaft, zugelassen, 10 000 Demokraten und Kommunisten eingekerkert, gefoltert und ermordet, jede fortschrittliche Regung unter den Völkern der Türkei mit schrecklichem Terror unterdrückt.
1,5 Millionen Arbeiter sind als arbeitslos registriert, die Preise haben sich seit 1971 mehr als verdoppelt.
Die parlamentarische Regierung, die jetzt die Militärregierung ablösen wird, wird die Politik der Militärs fortsetzen. Die Republikanische Partei, die diese neue Regierung stellen wird, ist eine Partei, die genauso wie die Gerechtigkeitspartei mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Demirel oder wie die Militärs von den Imperialisten ausgehalten wird. Die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der Türkei und die Verelendung der Massen wird keineswegs geringer werden. Darüber werden die pompösen Feiern der neuen Machthaber zum 50. Jahrestag der Gründung der Türkei am 29. Oktober keinen Menschen täuschen.

Großverschmutzer Kraftwerk Fechenheim

WEM NÜTZT DAS GROSSKRAFTWERK?

Mit riesigen Anzeigen in lokalen Zeitungen und Lokalausgaben der Frankfurter Rundschau wirbt derzeit die Stadt Frankfurt bei der Bevölkerung um Verständnis für den Bau eines Mammutkraftwerks (Leistung: 600 Megawatt, Endausbaustufe 1 500 Megawatt).

Berechnungen haben ergeben, daß der Ausstoß des Schwefeldioxyds bei der Endausbaustufe reichen würde, um einen Luftraum vom 60 mal 60 km bei 200 m Höhe gesundheitsgefährdend zu vergiften. (Das entspricht dem Raum von Mainz bis Aschaffenburg und Darmstadt bis Friedberg.) Schon jetzt steigt die Schadstoffkonzentration in Frankfurt und Umgebung bei "austauscharmen Wetterlagen" (das sind 100 von 300 Tagen) auf mehr als das Doppelte der behördlich vorgeschriebenen Höchstkonzentration an. Die Folgen des dann auftretenden Smogs sind Kopfweh, Übelkeit, Erbrechen und Schwierigkeiten mit den Atemwegen. Durch die vielfach erhöhte und andauernde Smogbildung des geplanten Kraftwerks werden längerfristige Krankheiten wie Asthma, Bronchitis, Rachitis (besonders bei Kindern) und die Wahrscheinlichkeit von Krebs stark zunehmen.



In der BRD sollen in den nächsten Jahren zwei Dutzend Kernkraftwerke gebaut werden, die zwischen 1 200 und 2 450 Megawatt Leistung erbringen. Eines davon wird schon im Juli 1974, 60 km von Frankfurt entfernt (bei Biblis) fertiggestellt. Die erste Ausbaustufe mit 1 200 MW allein ist nach Ansicht ihrer Erbauer imstande, "mehrere Millionenstädte mit Strom zu versorgen". Die zweite, 1 240 MW liefernde Ausbaustufe ist im Bau und soll in drei Jahren betriebsbereit sein, also noch vor der Fertigstellung des Fechenheimer Kraftwerks (1979). Auch in Ludwigshafen, bei Schweinsfurt/M., bei Bad Breisig (Koblenz) und an der Oberweser werden bereits Planstudien für ähnliche Kraftwerke angefertigt. "Mit anderen Worten: Rund um das Ballungsgebiet Rhein-Main-Kinzig werden Kernkraftwerke gebaut, die rund 8 400 MW Leistung bringen, ohne die Umwelt zu verseuchen. Was soll unter diesen Umständen in einem Gebiet, das von rund 1,5 Millionen Menschen bewohnt wird, eine solche 'Dreckfabrik'? " (Offenbachpost, 17.7.73)

Die Sache ist noch viel einfacher. Auch wenn keines dieser Kraftwerke in Zukunft gebaut würde, "wäre (es) ohne weiteres möglich, vom bestehenden Großkraftwerk Krotzenburg 300 MW der Stadt Frankfurt zur Verfügung zu stellen" (Karry, hessischer Minister vor dem Landtag am 9.2.73). Um der Bevölkerung das geplante Riesenkraftwerk dennoch als notwendig hinzustellen, tischt die Stadt Frankfurt zwei Argumente auf. "Fremdstrom" aus dem bundesweiten Verbundnetz zu kaufen sei zu teuer, weil die Preise von den Lieferanten "diktiert" würden; zudem seien die Transportkosten zu hoch. In Wahrheit wollen die Stadtvertreter nur selbst das Geschäft machen.

DAS INTERESSE "UNSERES" STAATES: PROFITDENKEN GEGEN BEVÖLKERUNGSINTERESSEN

Gebaut und betrieben wird das geplante Kraftwerk von der Stadt Frankfurt und der Preußen-Elektra (PREAG), einer kapitalistischen Aktiengesellschaft. Hauptaktionär dieser Gesellschaft ist mit 86,5 % eine andere Aktiengesellschaft, die VEBA (Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG Berlin/Bonn). Davon wiederum ist mit 40,23 % der Bund wichtigster Aktionär. Wenn man überlegt, daß die Stadt Frankfurt auch zu 6,8 % in der PREAG drin hängt (was ihr immerhin 1972 eine Dividende von 6 Mill.DM verschafft hat), das Land Hessen mit 2,7 % und andere Städte und Landkreise mit 1,0 % beteiligt sind, dann ergibt sich, daß der Staat zusammengenommen mit fast 50 % an der PREAG beteiligt ist – also Hauptaktionär eines großen Kapitalbetriebes.

Diese günstige Situation "nutzte" die Stadt Frankfurt und schloß am 25.7.72 einen Vertrag mit der PREAG, den man als Schildbürgerstreich betrachten könnte, wäre er nicht auf dem Rücken der Bevölkerung abgeschlossen. Frankfurt erhält den benötigten Zusatzstrom vom Kraftwerk Krotzenburg bis zum Jahre 1997 (es geht also!) und als "Gegenleistung" dafür, daß die PREAG (in der der Staat sowieso das Sagen hat) ein "preisgünstiges" Angebot gemacht hat, verpflichtet sich die Stadt, das Großkraftwerk bis zum 31.12.79 beendet zu haben (woran sie allerdings die Hälfte der Kosten tragen muß, ca. 200 Mill.DM, die dann natürlich für andere kommunale Aufgaben fehlen).

Die Stadt scheut sich also nicht, wenn es für sie vorteilhaft ist, kräftig ins Geschäft einzusteigen und damit die Anarchie der kapitalistischen Produktion, die sich auf dem Warenmarkt in Überproduktion von Gütern, Absatzkrisen und einhergehender Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse äußert, mit anzuheizen. Denn der Bau eines Kraftwerks bei verlangsamtem Verbrauchsanstieg und in Konkurrenz zu zwei Dutzend weiteren geplanten Großkraftwerken ist nichts anderes als Förderung der Anarchie bei der Energieversorgung durch den Staat.

Damit nicht genug. Die VEBA, bei der der Bund Hauptaktionär ist, will nach jüngsten Meldungen stärker in das Ölgeschäft einsteigen. Deshalb wird das Fechenheimer Großkraftwerk so gebaut, daß es mit Öl und Erdgas betrieben werden kann. Auf diese Weise sichert sich der Bund als Kapitalist langfristig die Möglichkeit, riesige Mengen Öl (1,3 Mill.Tonnen im Jahr) an ein staatlich kontrolliertes Kraftwerk zu verkaufen. Die Stadt Frankfurt aber erwirtschaftet sich derweil eine jährlich wachsende Dividende, die dem Verbraucher, der Masse der Lohnabhängigen über die steigenden Strom- und Energiepreise aus der Tasche gezogen werden.

J.F.

Wohnraumzerstörung

EIN FRANKFURTER HAUSBESITZER UND GRUNDSTÜCKSSPEKULANT LEGTE SELBST HAND AN BEI DER ZERSTÖRUNG VON WOHNRAUM





Im September 1970 wurde das seit langem leerstehende Haus Kettenhofweg 109 im Frankfurter Westend von Sozialarbeitern und Obdachlosenfamilien besetzt. Seit dieser Zeit unterliegt das Haus der Selbstverwaltung. Schon lange wollen die Hausbesitzer Rosen, Sznap und Dziewinsky das erst 14 Jahre alte Haus zusammen mit dem Nachbarhaus abreißen lassen, um an dieser Stelle einen neuen Büropalast zu errichten. Bis jetzt haben sie jedoch weder eine Abrißnoch Baugenehmigung. Seit einiger Zeit versuchen die Hauseigentümer, die Bewohner durch Bestechungsgelder (zwischen 600,- und 2 000,- DM) zum Ausziehen zu bewegen, und ihre eigenen Wohnungen so zu zerstören, daß sie unbewohnbar sind.

Am Donnerstag, den 11.10. drangen ca. 30 Polizisten unter Begleitung der Hausbesitzer in das Gebäude ein und demolierten eine leerstehende Wohnung. Doch damit war es noch nicht genug. Einen Tag später kamen Rosen und Dziewinsky mit einem Abbruchtrupp und zerschlugen alle vier Wohnungen im Parterre und im ersten Stock, die zum Teil noch bewohnt waren. Als nach erst 20 Minuten drei Streifenwagen eintrafen, hielt es die SPD-Polizei nicht für nötig, dem Abbruchtrupp Einhalt zu gebieten, sondern nahm lediglich die Personalien der Abbruchtruppe und der Bewohner auf. Fotografieren wurde verboten und das Haus kurzzeitig abgeriegelt, um zu vermeiden, daß die Bevölkerung von diesem Akt der Wohnraumzerstörung erfährt. Dieses Beispiel zeigt erneut, daß trotz "Sozialbindungspapier" Bodenspekulanten und Polizeiapparat Hand in Hand arbeiten.

Hauskollektiv Kettenhofweg 109

China: Die Beseitigung der »3 Ab«

DIE ARBEITER DER SCHANGHAIER PETROCHEMISCHEN FABRIK SCHÜTZEN DIE UMWELT

In der ersten Septemberhälfte besuchte eine Reisegruppe von Mitgliedern des Kommunistischen Bundes Luxemburg, des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und der befreundeten Kommunistischen Hochschulgruppen die Volksrepublik China. Sie wurden von den chinesischen Genossen außerordentlich freundlich aufgenommen und sorgfältig mit allen Problemen und Errungenschaften des chinesischen Volkes bekanntgemacht, soweit es in der zur Verfügung stehenden Zeit möglich war. Unsere Genossen haben ihre Eindrücke, Informationen, Gespräche festgehalten und aufgeschrieben, um sie hier den Arbeitern und allen aufgeschlossenen Menschen wiederzugeben.

Am 15.September besuchte unsere Reisegruppe die Shanghaier Petro-Chemische Fabrik. Wir fuhren mit einem Bus von unserer Unterkunft zu dem ca. 20 km außerhalb gelegenen Betrieb, und obwohl Shanghai die größte Stadt der Welt ist, kommen wir schnell zu unserem Ziel. Es herrscht lebhafter Bus- und LKW-Verkehr, aber die zigtausend PKW's, die bei uns den Weg versperren und die Luft verpesten, gibt es dort nicht. Dafür ist das öffentliche Verkehrsnetz sehr gut ausgebaut, das den Interessen der großen Masse der Werktätigen viel besser gerecht wird, als der nervtötende und städtezerstörende Individualverkehr. Auf den Feldern bringen Bauern und Soldaten die Herbsternte ein und wir erinnern uns sofort daran, daß das Militär bei seinen Manövern bei uns den Bauern ihre Ernte höchstens kaputt macht.

Wir waren jetzt gespannt darauf, welche Fortschritte das chinesische Volk unter der Führung der Arbeiterklasse bei dem Schutz der Umwelt vor Zerstörungen durch giftige Industrieabfälle gemacht hat. Kaum waren wir durch das mit riesigen revolutionären Malereien und Parolen eingesäumte Fabriktor gefahren, werden wir von vielen Arbeiterinnen und Arbeitern freundlich begrüßt und nach einer kurzen Einführung vom Revolutionskomitee zur Besichtigung des Betriebes eingeladen. Bei der anschließenden Diskussion mit Vertretern des Revolutionskomitees, der Gewerkschaft und des Kommunistischen Jugendverbandes steht die Behandlung der Abfallstoffe, Abwasser und Abgase – in China kurz die "3 Ab" genannt – im Vordergrund. Eine Vertreterin des KJV berichtet uns, daß die Jungarbeiter, bevor sie in der Fabrik anfangen zu arbeiten, ganztägige Kurse zur ideologischen Erziehung und zum Studium der Beseitigung der "3 AB" besuchen. Sie werden hier darauf hingewiesen, daß nicht der Profit und die Rentabilität bei der Produktion an erster Stelle stehen, sondern der Dienst am Volk. Wie schwierig es ist, dies in die Tat umzusetzen, erklärte uns ein Mitglied des Revolutionskomitees. Er sagte: "Wir produzieren monatlich 92 000 cbm Abgase, 28 000 t Abwasser und 510 t Schlacke. Im letzten Jahr haben wir 14 Millionen Tonnen chemische Rohmaterialien zurückgewonnen, das sind 85 % aller Abgase, 70 % der Abwässer und 95 % der festen Abfallstoffe. Als beim Aufbau des Betriebes im Jahre 1959 giftige Gase die Pflanzen beschädigten und die Bewässerungsanlagen verdreckt wurden, kamen die Bauern, um gemeinsam mit den Arbeitern die Probleme zu lösen. So wurden zunächst Abwasseranlagen gebaut, damit kein vergiftetes Wasser mehr auf die Felder gelangen konnte. Außerdem wurde den Bauern ihr Schaden, ohne daß sie dazu jemals ein Gericht anrufen mußten, sofort ersetzt." Aber bei der Behandlung der Abfallstoffe im Dienste des Volkes hat es auch in diesem Betrieb heftige Auseinandersetzungen gegeben. Vor der Kulturrevolution war die Leitung des Betriebes von der produktiven Arbeit losgelöst und hat unter dem Einfluß der arbeiterfeindlichen Linie Liu Schao-tschis die Produktion an die erste Stelle gesetzt.

Daraufhin ergriffen die revolutionären Arbeiter, Bauern, Kader und Techniker die Initiative zur Kritik dieser falschen Linie, um die Diktatur des Proletariats zu festigen, und die bürgerlichen Karrieristen, die sich in die Partei eingeschlichen hatten, davonzujagen. Unter der Losung des Vorsitzenden Mao Tse-tung: "Die Revolution anpacken und die Produktion fördern" und unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas wurden in der Shanghaier Petro-chemischen Fabrik sogenannte Dreierverbindungsgruppen gebildet, in denen Arbeiter, Techniker und Kader Massenkampagnen für die Beseitigung der "3 AB" anleiteten. Hier wurde diskutiert, wie der Betrieb die sehr schädliche Fluorwasserstoffsäure, die stark ätzend und pflanzentötend ist, weiterverarbeiten kann. Die beste Möglichkeit ist die, aus der Säure Kriolit zu gewinnen. Aber in der Herstellung kostet eine Tonne 4 000 Yüan, im Verkauf bekommt man nur 2 400 Yüan. So prallten in den Diskussionen, an denen alle Arbeiter, Techniker und Kader beteiligt waren, zwei Linien hart aufeinander. Die einen behaupteten, der Betrieb dürfe nicht mit Verlust arbeiten und hatten nur die hohe Produktion im Auge. Diese Auffassung wurde von den meisten Arbeitern scharf kritisiert, denn sie sagten: "Wenn wir die Revolution anpacken, muß der Dienst am Volke an erster Stelle stehen." Nach langen Diskussionen wurde Einheit über diese Auffassung erzielt. Heute ist es gelungen, durch Verbesserung der Methoden, die Schlacke von Kriolit, die Wasser untrinkbar macht, als Rohprodukt für die Herstellung von Zement weiterzuverwenden, so daß kein Verlust mehr bei der Mehrfachbenutzung von schädlichen Abfällen entsteht. Es kann auch nicht mehr so leicht vorkommen, daß die Führung des Betriebes, die das von den Arbeitern gewählte Revolutionskomitee innehat, die Interessen des Volkes mißachtet, denn durch die ideologische Erziehung sind nach der Kulturrevolution alle Kader zur produktiven Arbeit angehalten worden, um von dem kühnen Denken der Arbeiter zu lernen, ihr Buchwissen mit der Praxis zu verbinden und ihre Ideologie umzugestalten.

Wie sieht es denn bei uns in der BRD aus? Da heißt es: "Alle sollen gemeinsam die Umwelt schützen." Kippt denn etwa der einfache Arbeiter tonnenweise Schmutz und Gift in den Rhein? Die, die mit dem Gift ihre Millionen verdienen, sollen auch den Schmutz beseitigen, den sie machen. Das Tollste ist aber, daß z. B. der Verkaufsleiter von BASF in Shanghai, die Dolmetscher anlügt, wie die BASF in der BRD vorbildlich die Umwelt schützt. Er vergaß offensichtlich die Zentner toter Fische zu erwähnen, die häufig im Rhein treiben. Mannheim/Ludwigshafen hat bekanntlich die dickste und schädlichste Luft in ganz Westdeutschland und die BASF ihren maßgeblichen Anteil daran. Genauso wie die Kapitalisten die Umwelt zerstören, machen sie auch die Arbeiter, die sie ausbeuten, kaputt. Kaputt durch Arbeitshetze, kaputt, indem sie die Leute nicht ausreichend schützen und untersuchen. Die chinesischen Chemiearbeiter haben es da besser. Dreimal im Jahr werden sie kostenlos untersucht. Sind sie krank, kommen sie sofort in eine Klinik. Da kommen sie dann erst raus, wenn sie wirklich gesund sind.

So sieht das aus, wenn die Arbeiter die Macht haben! Wenn ein Arbeiter seine bisherige Arbeit nicht mehr machen kann, kommt er auf eine Arbeit, die leichter ist. Aber der Lohn bleibt der alte. Daraus erklärt sich auch, wie sehr unsere Kapitalisten so eine Hetze gegen die Kommunisten betreiben. Solche Zustände wie im roten China würden uns nämlich sehr gut tun. Doch die erreichen wir nur im Kampf gegen das Kapital. Freiwillig geben die nie das, was wir brauchen, um leben zu können. Wir müssen ihnen den Krieg erklären. Hier in Mannheim, in Ludwigshafen, in Westdeutschland, in der ganzen Welt.